

1

2. Angenommene Anträge

1
2
3 **Packen WIR es an – wird alles anders!**
4 **Der erfolgreichste politische Jugendverband in RLP**
5

6
7 ***Die Zeit in der wir leben – eine politische Standortbestimmung***
8

9 Seit nunmehr zehn Jahren ist die SPD in Regierungsverantwortung. Zunächst als
10 größerer Teil in der rot-grünen Regierung mit Bundeskanzler Gerhard Schröder,
11 dann ab 2005 als JuniorpartnerIn in einer Großen Koalition. Die real stattgefundene
12 Politik in beiden Regierungskoalitionen hat den Verband und Teile der Partei sowie
13 der Bevölkerung jedoch enttäuscht zurückgelassen. Die Auseinandersetzungen um
14 die Agenda 2010 und die Hartz-Reformen stellen sicherlich den Tiefpunkt der nicht
15 erfüllten Erwartungen an die Sozialdemokratie dar. Die Jusos insgesamt und auch in
16 Rheinland-Pfalz haben sich in den letzten Jahren immer wieder an dieser Politik und
17 den ihr zugrunde liegenden Analysen sowie der damit verbundenen politischen
18 Strategie abgearbeitet.

19
20 Die Politik der Agenda 2010, die in weiten Teilen die Sozial- und
21 Beschäftigungspolitik der Ära Schröder in der rot-grünen Bundesregierung
22 bestimmte, führte zu einer tiefen Vertrauenskrise innerhalb der Partei und innerhalb
23 der sozialdemokratischen WählerInnenschaft. Nicht zuletzt ist die erneute Spaltung
24 der parteipolitisch organisierten Linken die Folge dieser Entwicklung.

25
26 Die Jusos waren es, die diesen Politikwechsel hin zu den scheinbar alternativlosen
27 Reaktionen auf Sachzwänge von Anfang an sachlich, aber in aller nötigen Schärfe
28 kritisiert hatten. Mit diesem Politikwechsel haben sich nicht nur Analyseperspektiven
29 und Lösungsstrategien auf bestehende Probleme geändert, sondern es hat auch ein
30 neuer Politikstil Einzug gehalten. Die Schrödersche Basta Politik und ein Top-Down-
31 Vermittlungsansatz passt nicht nur zur Tradition der SPD als emanzipatorische
32 politische Bewegung.

33
34 Sicherlich kann man die Absichten und Ziele der Agenda 2010, wie sie in der
35 Regierungserklärung vom 14. März 2003 verkündet wurden, am Erreichten messen,
36 und wird dabei ein Scheitern in den arbeitsmarktpolitischen Zielen feststellen
37 müssen. Die Grundlage für die kritische Auseinandersetzung hatten wir auf der
38 Landeskonferenz 2004 in Trier gelegt. Eine kritische Haltung muss sachlich und
39 gezielt fortgesetzt werden. Aber wie auf der Landeskonferenz von Trier gilt, dass
40 gerade im Bereich der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und
41 Sozialhilfeversicherung einige Personenkreise erhebliche Vorteile und rechtliche
42 Besserstellung empfangen haben, bleiben wir dennoch bei anderer substantieller
43 Kritik. Mit einer Verteufelung per se hat das jedoch nichts zu tun

44
45 Wir bleiben dabei und werden auch durch wissenschaftliche Befunde in unserem
46 Urteil bestärkt: für das Gros der Menschen haben die Agenda-Reformen erhebliche
47 Verschlechterungen mit sich gebracht – zusätzlich auch für solche Personen, die gar
48 nicht den direkten Wirkungen der Regelungen ausgesetzt sind. Der neuste Armuts-
49 und Reichtumsbericht der Bundesregierung bestätigt dies. Leider hat es die SPD in

50 den zehn Jahren Regierung nicht geschafft, soziale Gerechtigkeit im Sinne einer
51 gerechteren Verteilung von Wohlstand in der Gesellschaft durchzusetzen. Wir haben
52 es heute mit 13% in unserem reichen Land zu tun, die als arm gelten. Weitere 13%
53 sind von Armut bedroht. Die Verunsicherung hat die Mittelschicht schon längst
54 erreicht.

55 Aber bei der bloßen Rückschau kann es nicht bleiben. Hier müssen nun neue
56 Antworten folgen und alte Rezepte, auch durchgesetzte Regierungspolitik, auf den
57 Prüfstand. Denn nichts desto trotz muss der Verband sich vom reinen Abarbeiten
58 lösen und sich der Formulierung von neuen Politiken und Ansprüchen an eine
59 sozialdemokratische Regierungsbeteiligung ab 2009 zuwenden. Dies muss Ziel der
60 Arbeit für unseren jungsozialistischen Verband sein.

61

62 ***Die Partei in einer Sinnkrise?***

63

64 Die Lage der Partei hat sich in der Großen Koalition durchaus nicht zum Besseren
65 gewandelt. Einer unserer zahlreichen Parteivorsitzenden hat einmal das Zitat
66 „Opposition ist Mist“ geprägt – man muss entgegen „Regieren auch, wenn die
67 Inhalte nicht stimmen“. Seit der großen Koalition muss man immer wieder
68 beobachten, wie durch politische Orientierungslosigkeit der sozialdemokratischen
69 MinisterInnen ureigenste sozialdemokratische Politikfelder inzwischen der Union
70 zugeschrieben werden. Die Partei verliert dadurch immer weiter an Profil – die SPD
71 verschwindet dadurch schier hinter der Union, nicht nur inhaltlich sondern auch in
72 den Umfragen, von der Bildfläche.

73

74 Sozialdemokratisches Profil in der Großen Koalition sucht man an vielen
75 entscheidenden Stellen vergeblich. Reformen in zentralen Politikfeldern, wie dem
76 Gesundheits- oder dem Steuersystem wurden von SPD-MinisterInnen
77 vorangebracht. Die sozialdemokratische Handschrift lassen sie jedoch vermissen.
78 Die Aufhebung des Grundsatzes der Gleichbehandlung der Einkommensarten und
79 die weitere Besserstellung der Kapitaleinkünfte, Unternehmensteuersenkung und der
80 Gesundheitsfonds, welcher die Probleme der Gesetzlichen Krankenversicherung
81 nicht lösen wird, sind nur ein paar pointierte Beispiele hierfür.

82 Positives Gegenbeispiel ist der Einsatz für einen gesetzlichen Mindestlohn. Hier
83 bringt die SPD sozialdemokratische Forderungen ein, wird aber von der Union
84 gebremst. Eine fortschrittliche Politik ist hier, wie auch auf anderen Feldern, nicht mit
85 den Konservativen zu machen.

86

87 ***Programmdebatte***

88

89 Die Partei stand vor der Herausforderung in Regierungsverantwortung eine
90 programmatische Neuaufstellung zu erreichen. Die Basis hat in der Debatte um den
91 Bremer Entwurf gezeigt, dass sie nicht gewillt war, Regierungshandeln nachträglich
92 in ein Parteiprogramm zu überführen. Es war Kurt Beck, dem als Parteivorsitzender
93 die Aufgabe zufiel, diesen schwierigen Prozess zu Ende zu führen. Mit dem
94 Hamburger Programm hat die Partei ein Programm verabschiedet, welches durchaus
95 linke Perspektiven in der alltäglichen Politik, aber auch visionäre Räume eröffnet.
96 Das Hamburger Programm ist eine gute Grundlage für zukünftige
97 sozialdemokratische Politik.

98

99 Programme und Beschlüsse sind das Papier aber nicht wert, auf dem sie gedruckt
100 sind, wenn sie in der praktischen Politik nicht berücksichtigt werden. Es kann und

101 darf nicht sein, dass sich die Parteiführung über Parteitagsbeschlüsse hinwegsetzt
102 und auf eigene Faust handelt. Das führt auf der einen Seite zu Verdrossenheit und
103 Unmut an der Basis, was zum Misserfolg der Partei beiträgt. Es führt andererseits
104 aber auch dazu, dass die Partei als widersprüchlich in der Öffentlichkeit
105 wahrgenommen wird, als innerlich zerrissen und von Flügelkämpfen geprägt gilt. Die
106 Richtung der Partei wurde in Hamburg bestimmt. Dies ist maßgeblich für die Partei
107 im Hier und jetzt und auch für ein Regierungsprogramm 2009.

108

109 ***Kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Politik***

110

111 Der Umgang mit dem Parteivorsitzenden und die Illoyalitäten, die ihm entgegen
112 gebracht wurden, zeigen die tiefe Zerrissenheit der Partei. Wenn sich ein
113 strukturkonservativer Sozialdemokrat plötzlich nur noch von der Parteilinken
114 unterstützt sieht, erkennt man die Urheberschaft deutlich. Neben einer personellen
115 Hegemonie muss jetzt eine inhaltliche Hegemonie der konservativen Kreise der
116 Partei verhindert werden. Die Projekte, für die Kurt Beck stand, müssen inhaltlich
117 weitergeführt werden. Die klare Auseinandersetzung mit der Linkspartei ist weiter
118 von Nöten. Ein bloßes Machtwort, man möge niemals mit dieser Partei kooperieren,
119 bringt die SPD nicht weiter und treibt sie in eine babylonische Gefangenschaft der
120 Union. Nichts weiter als das gilt es zu erkennen. Hier kommt es auf die Jusos als
121 kritische MahnerInnen an, die ihrer Stimme auch Gehör verschaffen.

122

123 Wir brauchen vielmehr konzeptionelle Auseinandersetzungen und nicht plumpe
124 Abgrenzung. Das haben weite Teile der Partei noch nicht verstanden. Denn es geht
125 in dieser Debatte nicht um Machtarithmetik, sondern darum, wie wir es als
126 Sozialdemokratie schaffen, unsere Projekte, mit denen wir antreten, für die wir
127 gewählt werden, am besten umsetzen können. Hier geht es um inhaltliche
128 Glaubwürdigkeit. Das erwarten die Menschen von uns und nicht machtpolitisches
129 oder völlig ideologieüberladenes „Mit denen spiel ich nicht“- Abgrenzungsetue.

130

131 Ebenso haben viele Genossinnen und Genossen nicht begriffen, dass die eigene
132 Politik kritisch überdacht werden darf und muss. Die Grundkonzeption der Agenda-
133 Politik bestand zum großen Teil aus Individualisierung von gesamtgesellschaftlichen
134 Problemen. Interessensgegensätze wurden nicht mehr realisiert – oder man glaubte
135 sie durch die Schaffung von Startchancengleichheit zu nivellieren.

136

137 Die Reformpolitik vor allem in den Sozial- und Steuersystemen hat dazu geführt,
138 dass die Verteilung von Einkommen und Vermögen deutlich zu Lasten der unteren
139 Einkommensschichten voranging. Partizipation an Gesellschaft bedingt aber auch
140 eine monetäre Grundausstattung die ein sozioökonomisches Existenzminimum
141 garantiert – ohne die fallen Benachteiligte durch ein soziales Netz. Weiter haben die
142 politischen Veränderungen der letzten Regierungen in weiten Teilen der Mittelschicht
143 eine weit verbreitete Abstiegsangst bewirkt. Hier droht das Grundversprechen der
144 sozialen Marktwirtschaft zu scheitern – nämlich möglichst viele an der ökonomischen
145 Prosperität teilhaben zu lassen. Denn ohne starke gesetzliche Regelungen als
146 Rahmenbedingungen der Wirtschaft, ist soziale Marktwirtschaft nichts anderes als
147 ein kapitalistischer Verteilungsmechanismus, der eben auch nach den strukturellen
148 Mechanismen des Kapitalismus funktioniert und Ungleichheiten produziert. Dies gilt
149 es zu erkennen, zu kritisieren und Perspektiven einer Alternative zu benennen. Ohne
150 Kapitalismuskritik kann es keine „soziale Marktwirtschaft“ geben.

151

152 Diesen Weg müssen wir als Jusos weiter bestreiten, denn ohne eine linke Kraft
153 innerhalb der SPD, wird es keinen treibenden Motor innerhalb der Partei geben. Mit
154 Kurt Beck als Parteivorsitzenden wäre dieser Weg einfacher zu bestreiten gewesen,
155 denn – wenn auch mit einigen Abstrichen – stand er doch für einen partizipativen
156 Kurs, den wir Jusos auch jetzt weiter einfordern müssen und werden. Aus der
157 kritischen Rückschau gilt es nun, Politiken und Ansprüche in unserem Sinne für die
158 kommenden Jahre zu formulieren.

159

160 **SPD in den Wahlen 2009**

161

162 Die SPD muss wieder die Marke der sozialen Gerechtigkeit besetzen. Sie muss den
163 Menschen, die nicht in der Lage sind, die schnell steigende Zahl von individuellen
164 Lebensrisiken zu überblicken und zu meistern, wieder durch reale Politik die
165 Gewissheit vermitteln, dass sie PartnerIn dieser Leute ist und dafür sorgt, dass nicht
166 nur sie alleine, sondern die Gesellschaft insgesamt die potenziellen Folgen der
167 Risiken solidarisch auffängt.

168 Ziel sozialdemokratischer Politik muss es sein die in den letzten Jahren von statten
169 gegangene negative **Einkommensverteilung** umzukehren. **Umverteilung** muss
170 wieder in den politischen Wortschatz der Partei aufgenommen werden. Dazu ist es
171 notwendig eine gerechte **Einkommenssteuer** zu etablieren, die die geschaffene
172 Ungleichbehandlung der Einkommensarten aufhebt.

173 Im Bereich der **Guten Arbeit** ist ein gesetzlicher **Mindestlohn** ohne Alternative. Aber
174 damit hört das Thema nicht auf. Wir stehen für einen emanzipatorischen
175 Arbeitsbegriff. Arbeit ist für uns mehr als Erwerbsarbeit. Menschen müssen die
176 Möglichkeit erhalten in ihrer Beschäftigung aufzugehen und sich weiter zu
177 entwickeln. Die **Sozialsysteme** müssen zukunftsfest und sozial gerecht reformiert
178 werden. Die Bekämpfung von Ursachen der finanziellen Schief lagen müssen hier in
179 den Fokus rücken – nicht die Linderung von Symptomen. Zudem muss die Partei
180 Antworten im Bereich der **Energiepolitik** geben, die die soziale Dimension des
181 Themas berücksichtigen.

182 Ein besonderes Augenmerk der Jusos muss den Kommunalwahlen am 07. Juni
183 2009 gelten. Gerade auf der kommunalen Ebene sind Jusos nicht nur als
184 WahlkämpferInnen für die Partei aktiv, sondern schicken auch selbst zahlreiche
185 KandidatInnen auf den Listen der SPD ins Rennen. Daher ist es natürlich unser Ziel,
186 nicht nur gute Ergebnisse für unsere Mutterpartei zu erreichen, auch möglichst viele
187 KandidatInnen im Juso-Alter zu einer Kandidatur zu motivieren. Hier gilt es auch um
188 aussichtsreiche Listenplätze zu kämpfen, um entsprechend viele Jusos in die
189 jeweiligen Parlamente zu bringen, um damit auch Juso-Positionen fest in den
190 Parlamenten zu etablieren. Das schaffen wir am besten durch eine landesweite
191 Vernetzung und gegenseitige Unterstützung, sowie einen gemeinsamen
192 JungwählerInnen-Wahlkampf. Der Landesvorstand der Jusos RLP wird im
193 kommenden Jahr den jungen WahlkämpferInnen natürlich mit Rat und Tat zur Seite
194 stehen, ihnen den Rücken stärken und gerade bei der Basisarbeit kräftig
195 unterstützen.

196

197 **SPD in Rheinland-Pfalz**

198

199 Die SPD ist in Rheinland-Pfalz Regierungspartei – an sich auf der heutigen
200 politischen Landkarte schon eine Besonderheit. Die absolute Mehrheit aber
201 garantiert ein Alleinstellungsmerkmal. In dieser Situation sehen wir große Chancen
202 für eine sozialdemokratische Politik in Rheinland-Pfalz. Als Jusos müssen wir die

203 Partei aber immer wieder drängen, entschieden voranzugehen. Sonst droht die
204 Situation, dass die SPD ihre absolute Mehrheit nicht zu nutzen vermag. Gerade im
205 Bereich der Bildungspolitik müssen wir im Land weiter voran gehen. Die
206 Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems ist eine der größten
207 Herausforderungen, um mehr soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem zu schaffen.
208 Die „Realschule plus“ kann nur ein erster Schritt auf dem Weg dahin sein. Auch sind
209 die Anstrengungen bei der Frage nach zusätzlichen Ausbildungsplätzen zu
210 begrüßen, ebenso wie das klare Bekenntnis zur Dualen Berufsausbildung. Wo aber
211 trotz aller Bemühungen um zusätzliche Ausbildungsplätze keine Erfolge zu sehen
212 sind, brauchen wir dringend die Ausbildungsplatzumlage. Diese wurde in RLP
213 gerade im Bereich der Altenpflege durch die SPD eingeführt und zeigt, wie auch in
214 den anderen Branchen, in denen man mit dem Instrument arbeitet, Erfolge, die sich
215 sehen lassen können. Die Partei darf sich nicht weiter gegen die Umlage sperren.
216 Die Partei hat unsere volle Unterstützung, wenn sie hier weiter voran gehen möchte.
217 Wir Jusos verstehen uns unserem Selbstverständnis entsprechend als kritischen,
218 progressiven Teil der Partei und sind in vielen Bereichen aktiv. Leider sind Jusos
219 nicht überall in der Partei angemessen vertreten. Das muss sich ändern. Hier werden
220 wir, neben dem Dialog mit der Partei, den Austausch mit den anderen
221 Arbeitsgemeinschaften suchen, deren Probleme in die gleiche Richtung gehen.
222 Fest steht, dass die Partei gestärkt aus dem letzten Parteitag hervorgegangen ist
223 und sich die erfolgreiche Politik in RLP für die SPD auszahlen wird.

224

225 ***Unser jungsozialistischer Richtungsverband***

226

227 Die Jusos sind Teil einer weitaus größeren linken Bewegung, die in Gewerkschaften
228 ebenso fußt wie in anderen sozialistischen Jugendorganisationen, wie den Falken
229 oder der AWO Jugend - nicht zuletzt finden sich KooperationspartnerInnen mit den
230 selben Ansprüchen auch außerhalb fester, verbandlich organisierter Strukturen.
231 Vielen ist die ArbeiterInnenbewegung eine gemeinsame Wurzel – neue
232 Bewegungen, wie die Friedens- oder Ökologiebewegung kamen hinzu.

233 Die Tatsache traditionsreicher und immer gleichzeitig politischer Jugendverband und
234 Parteijugend zu sein, die sich zudem in die alltägliche (Regierungs-) Politik einmischt
235 und die mehr sein will und muss als „brave Parteijugend“, die zu Wahlkampfaktionen
236 bereitwillig herangezogen wird, stellt die Jusos vor Herausforderungen, die wir immer
237 wieder schultern müssen. Diese Herausforderungen betreffen ebenso
238 innerverbandliche Bereiche, wie aber auch unser Verhältnis zur Mutterpartei.

239

240 Auch die Jusos haben einen Mitgliederschwund zu verzeichnen. Diese Entwicklung
241 beobachten wir nicht erst seit gestern. Sie ist schon fast „normal“ für die meisten
242 politischen, organisierten Jugendverbände. Auch ist diese Entwicklung keine andere
243 als in der Partei selbst. Verschärfend kommt für die Jusos hinzu, dass Eintritte, oder
244 besser ausgebliebene Eintritte, eine politische Konjunkturerscheinung sind. So fehlen
245 heute in unserem Verband ganze Juso-Generationen als Aktivposten, da sie den
246 Weg in den Verband gar nicht erst gefunden haben oder ausgetreten sind.
247 Besonders deutlich wird dies, wenn man zu den großen politischen Streitfragen der
248 letzten Jahre zurückblickt.

249

250 Wie gehen wir damit um, wenn wir den Anspruch an unseren politischen
251 Handlungsradius nicht schmälern wollen – Weitere Professionalisierung und die
252 Tradierung von Inhalten bei gleichzeitiger Partizipation möglichst vieler Mitglieder
253 bleibt die maßgebliche Strategie, wie wir der Entwicklung begegnen.

254
255 Dies heißt aber auch neue Instrumente zu entwickeln oder bestehende zu
256 überarbeiten. Professionalisierung darf nicht bedeuten, für neue Mitglieder nicht
257 mehr andockfähig zu sein – das wäre das Ende des Verbandes. Es heißt vielmehr,
258 junge Mitglieder auf ihre Verantwortungsübernahme in ihrem weiteren
259 Verbandsleben vorzubereiten – politische, methodische Bildung ist hierzu das
260 Instrument. Hier ist unser Bildungsprogramm ein hervorragendes Instrument. Wir
261 werden es weiter auf die Bedürfnisse des Verbandes ausrichten. Unsere
262 Kommissionen leisten den zentralen Beitrag zur politischen Weiterentwicklung des
263 Verbandes. Hier gilt es aber Konzeptionen zu überarbeiten, um zum einen mehr
264 Transparenz in den Verband hinein zu schaffen und mehr Expertise zu bündeln.

265 266 ***Eine linke Alternative***

267
268 Unsere Gesellschaft wird nicht durch tatenloses Zuschauen gerechter und gleicher.
269 Hierzu brauchte es eine starke organisierte linke Kraft, die auch fähig ist
270 Programmatik umzusetzen. Dazu braucht es einen Brückenkopf in der
271 parlamentarischen Auseinandersetzung. Für uns Jusos ist klar, dass dieser
272 Brückenkopf die SPD ist und sein wird. Progressive Reformen lassen sich nur mit der
273 SPD durchsetzen. Wir müssen für eine SPD kämpfen, die eine linke Alternative zum
274 politischen Mainstream der Sachzwanglogik ermöglicht. Das werden wir nur
275 erreichen, wenn wir die SPD von links unter Druck setzen. Hier müssen wir
276 Menschen erreichen und ermutigen, ihre Visionen zu artikulieren und im Austausch
277 weiterzuentwickeln. Wer Visionen hat, wird von uns nicht zum Arzt geschickt,
278 sondern wir wollen gedankliche Räume für sie eröffnen.

279
280 Wir wollen Scharnier für linke, demokratische Kräfte in der Gesellschaft sein – ganz
281 im Sinne der Doppelstrategie. Nur wenn wir dies schaffen, können wir die
282 gesellschaftliche Strahlkraft der Linken erneuern. Konservativen Kreisen fehlen die
283 strategischen und emanzipatorischen BündnispartnerInnen – ein Pfund mit dem wir
284 wuchern können.

285
286 Unsere Stärke ist es, Partizipation und nicht Abgrenzung in den Vordergrund zu
287 stellen. Wir sind immer wieder aufs Neue bereit zu diskutieren und zu argumentieren.
288 Aber wir müssen auch klar sagen, bei welchen Inhalten und Politikansätzen wir
289 mitgehen und wo nicht. Diese klare Sprache werden wir sprechen.

290 291 **Dazu machen wir Jusos Rheinland-Pfalz Angebote – Unsere Themen**

292 293 **I Schwerpunkt Arbeit**

294
295 Für eine gerechte und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft ist Gute Arbeit,
296 die ein freies und emanzipiertes Leben ohne Existenzängste ermöglicht, von
297 zentraler Bedeutung. Dies schließt gerechte Entlohnung ebenso ein, wie
298 Arbeitsschutzbedingungen und emanzipatorische Entfaltung. Für uns
299 JungsozialistInnen ist es deswegen ein grundlegendes Anliegen, die Verhältnisse auf
300 dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt so zu gestalten, dass eine solche Teilhabe
301 möglich ist. Arbeit ist für uns mehr als bloße Erwerbsarbeit.

302 Dieses Schwerpunktthema wird für uns Aufhänger sein, den Kontakt zu den
303 Gewerkschaften und jungen ArbeitnehmerInnen zu intensivieren.

304

305 **Gute Arbeit und Ausbildung**

306
307 Der Juso-Bundesverband hat mit seiner Kampagne „Gute Arbeit und Ausbildung“
308 einen wichtigen Stein ins Rollen gebracht. Diese Kampagne wurde maßgeblich von
309 uns und unseren befreundeten Tradi-Verbänden initiiert.

310 Wir brauchen dringend bessere Aussichten und Bedingungen für Auszubildende. Wir
311 brauchen ein Recht auf Ausbildung, das zwangsläufig zu einer
312 Ausbildungsplatzumlage führen muss. Wir müssen aktiv für einen Abbau der
313 prekären Beschäftigungsverhältnisse eintreten.

314 Die Jusos RLP beteiligen sich tatkräftig an der Kampagne und ergänzen sie sinnvoll
315 durch eigene Ideen. So soll ein Rheinland-Pfalz-weiter „Aktionstag für Gute Arbeit
316 und Ausbildung“ ins Leben gerufen werden, an dem zeitgleich alle Unterbezirke
317 teilnehmen können. Denkbar wäre ein jeweiliger Aktionsstand, an dem an
318 Berufsschulen oder markanten Orten die Inhalte der Kampagne durch Verteilen von
319 Info-Material und eigene kreative Ideen vermittelt werden.

320
321 **Soziale Sicherung**

322
323 Die Änderungen am Arbeitsmarkt durch Agenda 2010 und die damit
324 zusammenhängenden Hartz-Reformen haben sich vordergründig und nur im Hinblick
325 auf die statistischen Arbeitslosenzahlen zwar als zielführend erwiesen, jedoch
326 müssen die weit reichenden negativen Auswirkungen als große Misere angesehen
327 werden.

328 Beispielsweise weicht Normalbeschäftigung mehr und mehr atypischen
329 Beschäftigungsformen wie Leiharbeit und Teilzeitarbeit: „Während die Zahl der
330 Erwerbstätigen in so genannten Normalarbeitsverhältnissen von 1997 bis 2007 um
331 1,5 Millionen gesunken ist, stieg die Anzahl der Personen in neuen oder atypischen
332 Beschäftigungsformen in diesem Zeitraum um 2,6 Millionen an. Insgesamt ergibt sich
333 für alle abhängig Beschäftigten eine Zunahme um 1,1 Millionen.“¹ Atypische
334 Beschäftigung wird dabei schlechter entlohnt, bietet weniger Aufstiegsmöglichkeiten
335 und ist oftmals nicht armutsfest. Meist sind es junge ArbeitnehmerInnen und Frauen,
336 die davon betroffen sind und die negativen Auswirkungen als erstes spüren.

337
338 Langzeitarbeitslosigkeit hat sich nicht verringert. Eine Vermittlung in Arbeit bleibt den
339 meisten LangzeitbezieherInnen von ALG II verwehrt: Nur knapp 4% aller
340 Langzeitarbeitslosen schaffen den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt.

341 Diese Liste könnte noch lange fortgesetzt werden; die Auswirkungen der
342 Arbeitsmarktreformen bedrohen viele Menschen in ihrer Existenz und führen zu einer
343 Ausweitung und Verfestigung von relativer Armut.

344 Wir Jusos RLP werden hier nicht tatenlos zusehen und müssen uns der großen
345 Aufgabe stellen, eine Wende in der Agenda-Politik herbeizuführen. Wir sprechen
346 hierbei nicht von der Forderung einer Rücknahme der Reformen, sondern von
347 umfassenden und detaillierten Änderungsvorschlägen, um die derzeit hitzige Debatte
348 auf die Handlungsebene zu heben. Nur so werden wir in eine sachliche und
349 inhaltliche Diskussion einsteigen können, die den Menschen hilft und ihre soziale
350 Situation verbessert.

351
352
353

¹ Statistisches Bundesamt 09.09.2008

354 ***Rentensystem***

355
356 Das Recht auf eine Beschäftigung, die auf die persönlichen Bedürfnisse Rücksicht
357 nimmt und gleichzeitig eine möglichst lange Beteiligung am Erwerbsleben ermöglicht,
358 muss für alle ArbeitnehmerInnen garantiert sein. Aufgrund dessen setzen sich die
359 Jusos RLP für eine Altersteilzeitregelung ein, die ältere Menschen länger am
360 Erwerbsleben teilhaben lässt und hierfür auch die Motivation erhält. Aber nicht nur
361 das. Wir müssen unsere Sozialsysteme gegenüber dem marktradikalen Mainstream
362 verteidigen. Solidarische Lösungen haben für uns stets Vorrang vor individualisierten
363 Lösungen des Kapitalmarktes. Im Bereich der Sozialen Pflegeversicherung und der
364 Gesetzlichen Krankenversicherung haben wir gute und richtungweisende
365 Beschlüsse. Im Bereich der Alterssicherung wollen wir das auch erreichen. Dazu
366 werden wir das Vorstandsjahr intensiv nutzen, um unsere Anforderungen mit dem
367 Verband, Arbeitsgemeinschaften und der Partei zu diskutieren. Aber nicht nur die
368 wollen wir einbeziehen – hier ist auch ein Austausch mit unseren
369 BündnispartnerInnen notwendig.

370

371 **II Schwerpunkt Internationales und Entwicklungspolitik**

372

373 ***Europawahlkampf 2009***

374

375 Europa steht vor einer wichtigen Richtungsentscheidung. Wir Jusos wollen in RLP
376 mithelfen der Sozialdemokratie ein europäisches Gesicht zu geben. Wir Jusos sind in
377 diesen Wahlen ein wichtiger Faktor der Partei, es ist vor allem unsere Zukunft, die in
378 Europa gestaltet wird. Die SPE muss stärkste Partei/Fraktion im Parlament werden
379 und wir wollen wieder drei Abgeordnete im europäischen Parlament aus Rheinland-
380 Pfalz sehen. Unser Kampf gilt dem sozialen Europa, als Antwort auf zunehmende
381 Ungleichverteilung von Einkommen und Besitz in der Welt und die
382 Herausforderungen, die mit der Globalisierung einhergehen.

383

384 ***Eine gerechte Entwicklungszusammenarbeit***

385

386 Teil einer solidarischen Politik auf internationaler Ebene ist immer auch eine
387 verantwortungsbewusste Entwicklungsarbeit. Ziel müssen dabei nachhaltige Projekte
388 und ein Technologieaustausch sein, die die Entwicklungsländer aus ihrer
389 Abhängigkeit entlassen. Dazu gehört aber auch, die eigenen staatlichen Handlungen
390 zu verändern. Zur Armutsbekämpfung in den Ländern gehört z.B. auch eine
391 Veränderung der Agrar- und Fischereipolitik, der Handelspolitik, der internationalen
392 Finanzpolitik.

393 Anschauliches Beispiel für die Folgen des internationalen Handels- und
394 Finanzsystems ist die Nahrungsmittelkrise der letzten Monate, die durch hohe Preise
395 hervorgerufen wurde, die auf Spekulationen mit Agrarprodukten und Nahrungsmitteln
396 sowie die weitere Verbreitung von Biosprit zurückging. Mit den Ursachen wollen wir
397 uns näher auseinandersetzen und Alternativen entwickeln. Hierzu können wir euch
398 bereits ein Seminar im Seminarprogramm 2009 anbieten.

399 Ein konkreter Ansatz, den wir u.a. vor Ort vorantreiben können ist der Handel mit fair
400 gehandelten Produkten wie Kaffee oder Schokolade- dieser ist leider zu wenig
401 verbreitet. Wir wollen den Verkauf von solchen Waren in Uni-Cafés in
402 Zusammenarbeit mit den Juso-HSGen voranbringen. Als Beispiel dafür ist das „Café
403 Kunterbunt“ des AStA der Karl-Marx-Universität Trier zu nennen. Dabei können
404 insbesondere ruandische Projekte unterstützt werden.

405 Diese langjährige Partnerschaft des Landes RLP mit Ruanda ist ein weiterer
406 Baustein in unserer Arbeit zur Entwicklungszusammenarbeit wie zur internationalen
407 Zusammenarbeit.

408

409 **Abrüstung**

410

411 Wir Jusos bekennen uns zu unserem antimilitaristischen Verständnis. Wir sind kein
412 mehrheitlich pazifistischer Verband, wir kämpfen allerdings für internationale
413 Abrüstung und Abrüstung in Rheinland-Pfalz im Konkreten. Gemeinsam mit dem
414 Bundesverband haben GenossInnen unseres Verbandes ein Seminar zum Thema
415 Abrüstung gestaltet. Außerdem haben wir mit der Friedenskonferenz im Frühjahr
416 2008 bereits die Grundlagen für eine breite Diskussion des Themas im Verband
417 gelegt.

418 Die Landesregierung unter sozialdemokratischer Regierung und Kurt Beck geht die
419 Frage der Konversion von ehemals militärischen Einrichtungen hin zur zivilen
420 Nutzung dieser konsequent an. Wir wollen uns diese Projekte genauer anschauen
421 und uns in den Prozess mit eigenen Positionen einbringen. Dabei spielt eine ganz
422 konkrete Sorge der Menschen für uns eine wichtige Rolle. Der Fluglärm, der
423 insbesondere von Militärmaschinen über weiten Teilen Rheinland-Pfalz verursacht
424 wird, wird zu einer gesundheitlichen und psychischen Belastung. In diesem
425 Zusammenhang will sich der Landesverband gemeinsam mit den Untergliederungen
426 vor Ort für Ursachenbekämpfung des Fluglärms einsetzen. Diese Bekämpfung
427 mündet letztlich in der Abrüstung. Hier wird deutlich wie internationale politische
428 Tendenzen und der Kampf für diese unmittelbar lokale Auswirkungen haben können
429 und warum auf allen Ebenen eine sozialdemokratische Richtung notwendig ist.
430 Entscheidend wird der Kampf gegen Atomwaffen in RLP und weltweit sein. So
431 werden wir unsere Verstärkungen bemühen, damit RLP atomwaffenfrei wird.

432

433 **Saar-Lor-Lux Jugendparlament**

434

435 In der Region Saar-Lor-Lux im Herzen Europas ist Europa „erlebbar“. Wir Jusos
436 sehen in der Gestaltung und Zusammenarbeit der Regionen einen wichtigen
437 Bestandteil der Schaffung einer europäischen Gesellschaft. In den Regionen trifft
438 kommunales und europäisches politisches Handeln unmittelbar zusammen. Unter
439 Federführung der JEF u.a. soll im Frühjahr 2009 ein Jugendparlament veranstaltet
440 werden, welches Interessierten aus den politischen Jugendorganisationen der
441 Regionen eine Plattform zur Diskussion über die zukünftige Gestalt Europas bieten
442 soll. Wir Jusos RLP haben uns gemeinsam mit unseren saarländischen
443 GenossInnen entschlossen dieses Projekt zu unterstützen und TeilnehmerInnen in
444 unserem Verband zu werben. Wir wollen die Chance nutzen: Wo sonst trifft man auf
445 die Grüne Jugend, Junge Liberale, Junge Union und dazu noch aus fünf
446 verschiedenen Regionen Frankreichs, Deutschlands und Luxemburgs? Eng
447 zusammenarbeiten werden wir u.a. mit den jeweiligen Juso-Untergliederungen vor
448 Ort in den unmittelbaren Grenzregionen.

449

450 **IUSY-Festival 2009 - Ungarn und die Welt warten**

451 Im Sommer 2009 wird das nächste reguläre IUSY (International Union of Socialist
452 Youth) World Festival in Ungarn am Balaton stattfinden. Das größte
453 sozialdemokratische und sozialistische Jugendfestival der Welt. Hier wollen wir als
454 Jusos Rheinland-Pfalz vertreten sein und vielen GenossInnen den Besuch dieses
455 Ereignisses ermöglichen.

456 Ein besonders guter Anlass, um unsere Partnerorganisationen beispielsweise aus
457 Israel und Palästina wieder zu treffen und an unsere Delegationsreise von 2007
458 anzuknüpfen. Außerdem möchten wir an zahlreichen Diskussionsrunden, Seminaren
459 und Workshops teilnehmen, Themen der internationalen Solidarität und Gerechtigkeit
460 diskutieren. Auch der Spaß wird sicher nicht zu kurz kommen

461

462 ***Internationale Partnerschaften***

463 Als Alleinstellungsmerkmal für unseren Landesverband gilt unsere Partnerschaft mit
464 der Social Democratic Union of Youth in St. Petersburg. In diesem Jahr haben wir die
465 Partnerschaft stark gefestigt. Fünf Genossinnen aus Russland haben an unserer
466 Sommerschule teilgenommen. Wir haben gemeinsame Erklärungen, wie zum
467 Beispiel die Resolution gegen den Krieg in Südossetien herausgegeben. Der Besuch
468 des Filmfestivals „Open your Eyes“ im Frühjahr in St. Petersburg oder die
469 regelmäßigen Videokonferenzen sind Ausdruck der besonderen Lebendigkeit der
470 Partnerschaft – keine Selbstverständlichkeit. So sind auch die Ergebnisse des
471 zweiten Delegationsbesuches in St. Petersburg und Nowgorod von besonderer
472 Qualität. Wir freuen uns auf den Besuch der russischen GenossInnen im Sommer
473 2009 in Rheinland-Pfalz. Gemeinsam wollen wir ihnen gute GastgeberInnen sein.

474 Neue Mitglieder auf beiden Seiten, die durch die Partnerschaft begeistert sind, sind
475 sicherlich nur ein Indiz- aber ein wichtiges- für die Zukunft unserer Partnerschaft. Für
476 die Zukunft wird es nun darauf ankommen, wie wir unseren GenossInnen
477 weiterhelfen können- auf dem Weg zu einer starken russischen Sozialdemokratie.
478 Dazu ist es wichtig beispielsweise Gespräche mit führenden SozialdemokratInnen in
479 Europa zu suchen, aber auch gesellschaftliche Kräfte in Deutschland und Russland
480 mit einzubeziehen. Dabei werden insbesondere auch die inhaltlichen Schwerpunkte
481 unseres Besuchs 2008 eine bedeutende Rolle spielen. Wir kämpfen gemeinsam
482 gegen Rechts, für Demokratie und sozial verantwortliche Unternehmen. Wir kämpfen
483 für starke Gewerkschaften und starke demokratische Elemente in der Wirtschaft.
484 Und wir setzen uns auch für junge Menschen ein, die massive
485 Freiheitseinschränkungen wegen Militärdienst oder anderer Zwangsdienste zu
486 befürchten haben- sprechen uns gegen Zwangsdienste im Allgemeinen aus! Dies gilt
487 für Deutschland wie für Russland.

488 Neben der Partnerschaft mit unseren russischen GenossInnen könnte es dieses Jahr
489 gelingen, wieder einen Kontakt zu unseren französischen GenossInnen der MJS
490 aufzubauen- diesmal insbesondere in der Grenzregion Lothringen-Pfalz. Der
491 Landesverband wird hier intensiv mit dem Regionalverband Pfalz daran arbeiten
492 beispielsweise über den Europawahlkampf und dessen Vorbereitung über ein oder
493 mehrere Treffen und Aktionen eine gemeinsame Plattform für die Zukunft zu
494 schaffen. Die Partnerschaft mit unseren französischen GenossInnen war leider die
495 letzten Jahre eingeschlafen. In einem Europa, dessen Motoren eindeutig Frankreich
496 und Deutschland sind, wird es darauf ankommen wie die beiden
497 sozialdemokratischen Parteien und eben auch die Jugendorganisationen
498 zusammenarbeiten.

499

500 **III Querschnittsthemen**

501

502 ***a) Geschlechtergerechtigkeit***

503

504 Als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten empfinden wir es als eine unserer
505 zentralsten Aufgaben, für die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern zu
506 kämpfen. Auch wenn sich die Situation seit der Gründung der Bundesrepublik

507 signifikant geändert hat, kann man immer noch nicht von ernsthafter und
508 ausreichender Geschlechtergerechtigkeit sprechen.

509
510 Auf dem Arbeitsmarkt wird Frauen der Weg in gewisse Berufe und höhere Positionen
511 versperrt. Die Bezahlung der Frauen bei gleicher Qualifikation und Position ist rund
512 24 % niedriger als bei Männern, obwohl Frauen die besseren Studienabschlüsse
513 haben. Des Weiteren ist die Anzahl der Frauen in der Wissenschaft und in der Politik
514 verschwindend gering. So beträgt die Anzahl der weiblichen Professuren gerade mal
515 15% an den deutschen Hochschulen. Gegen diese desolate Situation werden wir
516 kämpfen und die Problematik stets ansprechen. So gibt es überdies auch
517 Benachteiligungen durch Berufsberatung für Mädchen hin zu „frauentypischen
518 Ausbildungsberufen“, die überdies noch schlechter bezahlt werden, was schon in der
519 Berufsbeschreibung in den (Tarif-) verträgen angelegt ist. Dagegen vorzugehen
520 muss gerade auch Bestandteil unseres Schwerpunktthemas *Arbeit* sein.

521
522 Diese geringen Löhne und auch die strukturelle Benachteiligung der Frau beim
523 Ehegattensplitting, zwingen die Frau aus rein wirtschaftlichen Gründen in die
524 Kindererziehung und fördern das konservative, antiquierte Frauenbild. Aber auch die
525 Gesellschaft trägt hier einen Großteil des Dilemmas. Immer noch ist es
526 ungewöhnlich, wenn ein Mann die Kindererziehung übernimmt oder gar den Namen
527 der Frau annimmt. Es gilt diese Barrieren und alten Denkmuster aufzubrechen. Wir,
528 als Jusos werden einen Beitrag dazu leisten. Wir möchten als Multiplikatoren in den
529 Verband und in die Gesellschaft wirken. Es muss eine wirkliche Wahlfreiheit bei der
530 Kindererziehung und Lebensplanung geben. *Geschlechtergerechtigkeit heißt hier
531 mehr Freiheit für Frauen und Männer!*

532
533 Bedauerlicherweise ist die Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Sprache noch
534 nicht angekommen und es gibt keine breite Unterstützung in der Gesellschaft für
535 einen Wandel. Im Gegenteil, Frauen werden immer mehr in der deutschen Sprache
536 diskriminiert. In keiner anderen Sprache der Welt gibt es Ausdrücke wie *Rabenmutter*
537 oder *Schlüsselkinder*. Hier müssen wir als gutes Beispiel vorangehen und nicht nur
538 bei unseren Publikationen gendern, sondern auch in der Uni, auf der Arbeit und bei
539 privatem Schriftverkehr.

540
541 Es ist noch ein weiter, aber kein endloser, Weg zu einer menschlichen Gesellschaft,
542 in der gleiche Chancen und Freiheiten für Frauen und Männer gelten. Im
543 kommenden Jahr werden wir wieder unseren Beitrag zur Erfüllung dieses Auftrags
544 leisten. Dafür wird die Frauenkommission des Landesverbandes das Seminar „Kein
545 Juso ohne Sex“ neu auflegen und damit wieder eine neue Seminarreihe starten.

546
547 Geschlechtergerechtigkeit ist für uns ein Querschnittsthema, da in jedem
548 Themengebiet der Politik und Gesellschaft die Problematik zwischen Frauen und
549 Männern auftaucht. Deswegen legen wir bei all unseren Themen im Landesverband
550 besonderes Augenmerk auf geschlechtsspezifische Aspekte. Aber nicht nur bei uns
551 in Rheinland-Pfalz und Deutschland ist die Geschlechtergerechtigkeit eine wichtige
552 Frage, sondern auf der ganzen Welt. Wir wollen dafür kämpfen, dass Frauen
553 nirgendwo mehr benachteiligt oder gar unterdrückt werden. Denn es gibt immer noch
554 rein patriarchalisch strukturierte Staaten, in denen Frauen als Besitz und nicht als
555 selbständige Individuen angesehen werden. Dies äußert sich darin, dass sie zum
556 Beispiel zwangsverheiratet, beschnitten oder zur Prostitution, oft schon als kleine

557 Mädchen, gezwungen werden. Absolut inakzeptable und menschenverachtende
558 Zustände, welche abzuschaffen sind!

559
560 Bei den anstehenden Wahlen 2009 muss bei den Programmen stets darauf geachtet
561 werden, dass Geschlechtergerechtigkeit nicht zu einem Randthema wird, sondern
562 als Querschnittsthema fokussiert wird. Besonders im Hinblick auf die Europa-Wahl,
563 denn gerade in den EU-Ländern herrschen große Diversitäten bezüglich der
564 Geschlechtergerechtigkeit. Man siehe nur den Unterschied zwischen Frankreich und
565 Italien.

566
567 Darüber hinaus gilt es junge Frauen zu motivieren, sich bei den kommenden Wahlen
568 aufstellen zu lassen, aber auch innerparteilich mehr zu wagen. Gemeinsam mit der
569 AsF werden wir uns auch dafür einsetzen, dass mehr frauenpolitische Themen
570 durchgesetzt werden. Gerade bei den Listen für die Wahlen müssen wir Jusos
571 genauesten darauf achten, dass die Quote eingehalten wird. Auch wenn unsere
572 Mutterpartei nur die Geschlechterquote hat. Aber auch hier müssen wir immer wieder
573 in den Dialog mit ihr treten und für die Frauenquote eintreten und sie einfordern.

574 575 **b) Soziale Gerechtigkeit**

576
577 Mit dem Querschnittsthema „Soziale Gerechtigkeit“ verankern wir das Thema
578 Sozialpolitik fest in unserer Verbandsarbeit. Die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre
579 zum Thema der Geschlechtergerechtigkeit zeigt, dass ein Querschnitt nicht an
580 Bedeutung verliert – sondern ins Zentrum der Wahrnehmung des Verbandes gestellt
581 werden kann, wenn man den Anspruch dazu auch ernst nimmt.

582 Unser klares Ziel ist es, ein Mehr an sozialpolitischer Kompetenz im Verband zu
583 erarbeiten.

584
585 Zentral wird es bei unserer Arbeit im Landesverband darum gehen, Themen und
586 tagesaktuelle Inhalte unter dem Blickwinkel der sozialen Gerechtigkeit abzu prüfen.
587 Ähnlich wie beim Thema Geschlechtergerechtigkeit ergibt sich oft erst auf den
588 zweiten Blick die sozialpolitische Dimension eines Themas – diese gilt es dann in
589 den Fordergrund zu stellen. So wollen wir den Verband wieder für sozialpolitische
590 Themen sensibilisieren und ein Bewusstsein dafür schaffen, Debatten anhand
591 jungsozialistischer Prüfsteine zu bewerten: **Einer dieser Prüfsteine muss die**
592 **Soziale Gerechtigkeit sein.**

593 So wird es gerade bei unseren Schwerpunktthemen darum gehen, die
594 sozialpolitische Dimension herauszustellen. Schnell wird klar, dass Sozialpolitik nicht
595 nur zu dem originären Bereich der Wirtschafts- und Steuer- bzw. Finanzpolitik im
596 Sinne von monetärer Umverteilung gehört. Immer mehr Menschen in unserem Land
597 sehen sich großer existenzieller Unsicherheit gegenüber. Besonders für sie ist es
598 Realität, dass sie nicht nur das Gefühl haben, sondern immer wieder die Erfahrung
599 machen müssen, dass soziale Gerechtigkeit nicht für sie gilt. Etwa indem sie sich
600 immer höherem Druck durch die Träger der sozialen Sicherung ausgesetzt sehen
601 ohne selbst eigene Wünsche und Bedürfnisse formulieren zu können.
602 ArbeitnehmerInnen müssen sich berechtigte Lohnerhöhungen immer härter
603 erkämpfen, während Unternehmen immer höhere Gewinne erzielen.

604
605 Wir Jusos nehmen uns die Freiheit, nach Bedarf zu allen aktuellen Fragen der
606 Sozialpolitik Positionierungen vorzunehmen und Themen zu setzen. Hier treten wir
607 für die Rechte der SchülerInnen, Studierenden, Auszubildenden, ArbeitnehmerInnen,

608 prekär Beschäftigten und Arbeitslosen, sowie für die Rechte der sozial
609 Benachteiligten, der behinderten und älteren MitbürgerInnen ein. Soziale
610 Grundrechte und damit soziale, kulturelle und materielle Partizipation zu
611 ermöglichen, ist Aufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge. Wir brauchen dazu
612 institutionalisierte Mitbestimmung für junge Menschen, öffentlichen Mobilität,
613 Jugendsozialarbeit und noch mehr Angebote zur Integration in Bildung und
614 Arbeitsmarkt für die wir uns in unserer täglichen Arbeit einsetzen.

615

616 **IV Spezielle Arbeitsbereiche**

617

618 **a) Antifaschismus**

619

620 *„Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf“*

621 *Fritz Danner*

622

623 Fremdenangst und Fremdenhass, Antisemitismus - latent und manifest,
624 Diskriminierung und Gewalt, Politikverdrossenheit und Demokratiefeindlichkeit. Die
625 Gefahren des so genannten rechten Randes, der jedoch weit in die so genannte
626 Mitte reicht, sind vielfältig aber immer weniger erkannt. In ihrer Konsequenz
627 bedrohen und bedrücken sie nicht nur einzelne Menschen, sie stellen sich gegen alle
628 Grundwerte, für die wir einstehen. Wenn man die braune Gefahr auch nicht groß
629 reden sollte und ein zweites 1933 nicht vor der Tür zu stehen scheint, so lässt doch
630 jedes Nickerchen, das sich die Demokratinnen und Demokraten gönnen, Freiraum
631 für die Verbreitung des menschenverachtenden Gedankenguts und Weltbildes. Der
632 Rechtsextremismus ist nicht erst dann Gefahr, wenn er die Macht ergreift.
633 Rechtsextreme Gewalt trifft auch heute Menschen. Deshalb müssen es als unsere
634 ständige Aufgabe sehen, überall dort, wo Menschen aufgrund ihrer „Andersartigkeit“
635 ausgegrenzt werden, wo rechtes Gedankengut an unseren Straßenlaternen klebt, wo
636 Stammtischparolen zur Meinung der Mitte werden, einzuschreiten und „NEIN“ zu
637 sagen. Und auch auf der Straße gilt es präsent zu sein: Da gilt es, die Parolen aktiv
638 zu bekämpfen.

639

640 Wir Jusos Rheinland-Pfalz nehmen den Kampf gegen Rechts ernst und sind mit
641 Veranstaltungen, Materialien und inhaltlicher Arbeit in diesem Themenfeld engagiert.
642 Auch im kommenden Jahr werden wir diese Aufgabe wahrnehmen. Gerade auch mit
643 Blick auf die Kommunalwahlen, wo rechte Parteien in Stadt- und Ortsbeiräte drängen
644 oder schon angekommen sind und durch den Wegfall der 3,03 %-Hürde in größeren
645 Städten leichteres Spiel haben werden. Gerade auch mit Blick auf die Europawahlen,
646 die mit über den Weg entscheiden werden, den Europa gehen wird. Und natürlich
647 auch mit Blick auf die Bundestagswahlen. Unter diesem Gesichtspunkt wollen wir
648 unsere Kampagne „Deine Stimme gegen Rechts“ neu auflegen und für die
649 anstehenden Wahlkämpfe Informationsmaterial erarbeiten.

650

651 Der nächste Schritt ist es nun, darüber aufzuklären, mit welchen Symbolen und
652 Marken sich die RechtsextremistInnen von heute zu erkennen geben und das
653 Auftreten, den Normalisierungsprozess und die Marken zu bekämpfen. Hierzu
654 streben wir eine landesweite Kampagne gegen Kleidungsstücke rechtsextremer
655 Hersteller wie „Thor Steinar“ in Fußballstadien an. Darüber hinaus befürworten wir
656 ein Verbot in öffentlichen Einrichtungen.

657

658 Erfolgreich kann die antifaschistische Arbeit nur sein, wenn sie überparteilich
659 gemacht wird. Um die Vernetzung in diesem Bereich weiter zu stärken, für einen
660 Austausch von Projekten, Aktionsvorschlägen und Materialien auf einer Art Börse,
661 und für die inner- und außerverbandliche Bildung in diesem Bereich wollen wir 2009
662 einen Antifa/Inners-Kongress, in ähnlichem Rahmen der bisher stattgefundenen
663 kleinen Landeskonferenzen, gemeinsam mit BündnispartnerInnen organisieren.
664

665 Neben diesen neuen Ansätzen werden bereits erfolgreich laufende Projekte wie die
666 Fahrt zur Gedenkstätte Buchenwald gemeinsam mit den Jusos Thüringen und die
667 Arbeit in der Antifa/Inneres Kommission fortgesetzt.
668

669 ***Totalitarismus und seine Konsequenzen für den Menschen***

670

671 In Form einer kulturellen Abendveranstaltung möchten wir uns als Landesverband in
672 die spezielle Situation von Menschen hineinversetzen, die in totalitären Regimen
673 gelebt haben. Dabei soll nicht eine Gleichsetzung von Linksextremismus und
674 Rechtsextremismus das Ziel sein und es soll auch nicht zu einer Aufrechnung von
675 Todesopfern von links oder rechtsgerichteten Regimen kommen. Diese
676 Gleichsetzung lehnen wir ab. Vielmehr steht die Freiheit von Gedanken, Schrift und
677 Kunst im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses dieser Veranstaltung. Wir konnten
678 bereits in St. Petersburg mit unseren russischen GenossInnen diskutieren - die
679 Ergebnisse unserer Veranstaltung würden sicher auch neue Impulse für unsere
680 Partnerschaft mit sich bringen.
681

682 ***NDC- ein erfolgreiches Projekt fortführen***

683

684 Mit dem NDC unterstützen wir Jusos eine der erfolgreichsten Projekte in ganz
685 Deutschland in Sachen antirassistischer Bildungsarbeit und Arbeit für demokratische
686 Grundwerte. Das Projekt ist deshalb ein Erfolg weil es u.a. stetig wächst und sich
687 stetig weiterentwickelt. Dies ist nicht zuletzt auf die zahlreichen ehrenamtlich Tätigen
688 zurückzuführen. Sie sind es, die dem Projekt das nötige Leben einhauchen. Doch,
689 wie in den letzten Jahren auch gilt es sich im Rahmen von
690 Finanzierungsprogrammen und Lobbyarbeit in unserer Partei für das Projekt stark zu
691 machen. Eine langfristige Finanzierung und unbürokratischere Hürden sind zentrales
692 Ziel unseres Einsatzes in den nächsten Jahren. Dabei stellen wir uns entschieden
693 gegen all diejenigen Kräfte, die versuchen Gelder von Töpfen im Kampf gegen
694 Rechtsextremismus, welche auch dem NDC zu Gute kommen, in den Kampf gegen
695 Linksextremismus zu stecken. Dies entspräche nicht den Realitäten und der Gefahr,
696 die unserer Gesellschaft von rechts droht.
697

698 ***Migration/Integration - Alle Menschen sind gleich!***

699

700 Neben der Arbeit gegen Rechts setzen wir Jusos RLP uns für die Belange von
701 MigrantInnen ein. Wir lehnen eine Inwertsetzung von Menschen mit
702 Migrationshintergrund oder im Asyl ab. Es gibt nicht den guten oder schlechten und
703 normativ auch nicht den legalen oder illegalen Menschen! Wir setzen uns deshalb für
704 eine humane Asylpolitik in Deutschland und Rheinland-Pfalz ein. Wir kritisieren die
705 Bedingungen in den Ausreisezentren und fordern deren Abschaffung. Auch muss die
706 konkrete Abschiebungspraxis von Grund auf überdacht werden. Wir Jusos werden
707 deshalb weiterhin das Gespräch mit der Landesregierung, der Landes-SPD suchen,
708 aber uns auch vor Ort an Demonstrationen und anderen Aktionen beteiligen.

709 Wir Jusos begrüßen das Kommunalwahlrecht für EU-AusländerInnen, fordern
710 darüber hinaus aber ein Wahlrecht auch für nicht EU-AusländerInnen. Dafür werden
711 wir uns auch in Diskussionen mit der Partei im Kommunalwahlkampf und danach
712 einsetzen.

713
714 Neben eine möglichst hohen Durchlässigkeit (für uns zentrales Kriterium für ein
715 sozial gerechtes Schulsystem, welches MigrantInnen und andere nicht diskriminiert.)
716 kämpfen wir Jusos auch für spezielle Angebote für MigrantInnen. Die Sprache ist
717 essenziell um sich in eine Gesellschaft zu integrieren. Das Erlernen dieser erreichen
718 wir jedoch nicht durch restriktive Maßnahmen wie beispielsweise besondere
719 Einbürgerungstests, sondern doch Angebote, die positive Anreize aussenden.

720 Die Integration von MigrantInnen in unsere Gesellschaft verlangt auch eine
721 Integration von MigrantInnen in unsere Partei und für uns Jusos in unseren Verband.
722 Dazu müssen wir entsprechende Politikangebote unterbreiten die auch attraktiv sind.
723 Einige davon sind in den Punkten zuvor bereits genannt worden. Innerhalb des
724 Verbandes muss es gelingen MigrantInnen stärker zu vernetzen. Um dies zu
725 erreichen werden wir neue Initiativen im nächsten Vorstandsjahr vorantreiben.

726

727 **b) Inneres und Jugend**

728

729 **Jugend**

730

731 Um für Jugendliche in unserer Gesellschaft „Räume“ zu schaffen, muss ein breites
732 Angebot zur Verfügung gestellt werden – Räume, in denen sie sich alters- und
733 bedürfnisgerecht entwickeln können ohne jeweils einen erhobenen pädagogischen
734 Zeigefinger vorfinden zu müssen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass für
735 Jugendliche sinnvolle und adäquate Möglichkeiten zur Freizeitbeschäftigung
736 geschaffen werden. Gerade Vereinen kommt hierbei eine große Bedeutung zu. Wir
737 möchten daher für mehr Engagement bei der Jugendarbeit in Vereinen werben und
738 über die Vielfalt der Möglichkeiten informieren.

739 Wir wollen Jugendliche verstärkt in politische und gesellschaftliche Prozesse
740 einbinden. Hierfür müssen angepasste Angebote her, die attraktiv gestaltet sind und
741 Jugendliche auch zum Engagement motivieren. Dazu bieten insbesondere die
742 kommunalen Jugendparlamente eine gute Möglichkeit, deren Aufbau und
743 Unterstützung vorangetrieben werden muss. Gleichzeitig muss ein Prozess in den
744 Kommunen einsetzen, der dafür sorgt, dass solche demokratischen Organe
745 anerkannt, gefördert und sinnvoll in die kommunalen Entscheidungsprozesse
746 eingebunden werden.

747 Wir fordern, dass Engagementbestrebungen von jungen Menschen in keiner Weise
748 von der sozialen Situation oder der Herkunft abhängig sein dürfen.

749 Jugendzentren in den Kommunen sind wichtig, können jedoch nicht alle Bedürfnisse
750 der Jugend abdecken. Deshalb müssen neben den genannten Möglichkeiten
751 Jugendlichen und jungen Erwachsenen weitere Freiräume in der Gesellschaft
752 eingeräumt werden. Dies können etwa Bars, Cafés oder jugendspezifische Clubs
753 sein, die jedoch attraktiv ausgestaltet sein sollen, ohne dabei die Möglichkeit zu
754 verlieren, präventiv (etwa in Bezug auf Alkohol und Drogen) auf diese einzuwirken.
755 Darüber hinaus setzen sich die Jusos RLP aktiv gegen eine gesellschaftliche
756 Diskriminierung von Jugendlichen ein, die vor allem in Form von medialen
757 Stigmatisierungen und neuen gesetzlichen Einschränkungen erkennbar wird.

758

759 In diesen Fällen von Gesetzesübertretungen muss vor allem pädagogisch restriktiv
760 interveniert werden. Dabei muss stets unser Anliegen sein, Kriminalprävention der
761 Repression vorzuziehen, ohne letztere ganz aus den Augen zu verlieren. Wir streben
762 daher ein kooperatives Zusammenwirken mit Organisationen, Vereinen und
763 Arbeitsgemeinschaften an, die sich die Kriminalprävention zur Aufgabe gemacht
764 haben.

765 Auch die auf kommunaler Ebene wirkenden kriminalpräventiven Räte können uns
766 wertvolle Hinweise zu ihren Erfahrungen mit präventiver Jugendarbeit geben, die wir
767 durch Kontakte gerne nutzen möchten.

768 Es ist in diesem Zusammenhang von enormer Bedeutung, mit Verantwortlichen und
769 EntscheidungsträgerInnen in Verbindung zu stehen, daher möchten wir Kontakte
770 zum Justizministerium aufbauen und halten. Auch können wir uns einen Besuch in
771 einer Jugendstrafanstalt sowie den kürzlich erst gegründeten „Häusern des
772 Jugendrechts“ in Ludwigshafen und Mainz vorstellen.

773

774 **Drogen- und Suchtpolitik**

775

776 Die Bundespolitik ist in Bezug auf den Umgang mit Suchtproblematiken weiter als
777 viele Bundesländer. Die Grundlage derzeitiger Bundesdrogenpolitik bilden vier
778 Säulen: Prävention, Beratung / Therapie, Repression und Überlebenshilfe. Diese
779 Säulen stehen theoretisch gleichberechtigt nebeneinander. In der Realität wird
780 jedoch vor allem die Überlebenshilfe in der Bevölkerung, der Kommunal- und
781 Landespolitik und in den Medien sehr gering geschätzt. Ängste, Tatsachenverklärung
782 und Intoleranz führen dazu, dass dieser wichtige Teil der Suchthilfe einer
783 wachsenden Inakzeptanz gegenübersteht.

784 Auch Rheinland-Pfalz hat in dieser Hinsicht noch einiges aufzuarbeiten. So gibt es
785 nur sehr wenige niedrigschwellige Einrichtungen der akzeptierenden Drogenhilfe und
786 kein flächendeckendes Netz an substituierenden ÄrztInnen. Unsere
787 Nachbarbundesländer zeigen schon lange einen modernen Umgang mit der
788 Drogenproblematik: hier findet ein bedarfsgerechter Ausbau an akzeptanzorientierten
789 Angeboten statt. In einigen Städten wird u.a. die sog. „Heroin-Studie“ durchgeführt,
790 die bislang zu überaus positiven Ergebnissen geführt hat. Immer nur den Fokus auf
791 die ohne Frage wichtigen, jedoch nicht einzigen Säulen der Prävention und die der
792 Restriktion zu werfen, ist nicht hinreichend und wird der Drogenproblematik nicht
793 gerecht.

794 Die Jusos RLP treten für eine moderne Drogenpolitik in RLP ein, die diese
795 Problematik in umfassender und professioneller Weise behandelt. Zudem fördern wir
796 die Aufklärung und die öffentliche Akzeptanz der Überlebenshilfe, eine finanzielle
797 und ideelle Festigung sowie den bedarfsgerechten Ausbau von akzeptanzorientierten
798 Angeboten in der Drogenhilfe. Um uns ein Bild von der derzeitigen Situation zu
799 machen, werden die Jusos RLP verschiedene Veranstaltungen zu dieser Thematik
800 durchführen, u.a. auch Exkursionen in Einrichtungen der Drogenhilfe (Therapie-
801 Kliniken, Drogenhilfezentren usw.).

802

803 Substanzgebundene Sucht ist nicht nur ein Problem von illegalen Drogen, sondern
804 gerade der Konsum von legalen berausenden Substanzen. An erster Stelle wäre
805 hier der Konsum von Alkohol zu nennen, dem zwar häufig präventiv begegnet wird,
806 dem jedoch durch die allgemeine gesellschaftliche und kulturelle Anerkennung nur
807 schwer zu begegnen ist. Besonders kritisch müssen u.a. Volksfeste betrachtet
808 werden, bei denen das Zelebrieren des Alkoholkonsums neben einem wichtigen
809 kulturellen Zweck an erster Stelle steht. Um hier präventiv tätig zu werden, bedarf es

810 neben der bestehenden Prävention auch Kampagnen von Seiten der Alkohol
811 herstellenden Betriebe (Brauereien, Brennereien, WinzerInnen), die beispielsweise
812 die gesetzlichen Regelungen zur Alkoholabgabe an Kinder und Jugendliche
813 thematisieren und plakatieren oder Erwachsenen den Verzicht auf einen
814 übermäßigen Alkoholkonsum empfehlen. Die Jusos RLP werden sich dafür
815 einsetzen, dass die Alkoholindustrie ihrer Verantwortung in Sachen Suchtprävention
816 und Suchthilfe nachkommt.

817 Ferner werden wir Veranstaltungen und Fachgespräche zum Thema Drogenpolitik
818 durchführen, wobei auch die Frage nach einer wirkungsvollen Suchtprävention bei
819 illegalen und legalen berauschenden Substanzen sowie nach Legalisierung und
820 Kriminalisierung angesprochen und mit ExpertInnen kontrovers diskutiert werden
821 soll.

822 Auch die Nicht-Substanzgebundene Sucht ist ein immer wichtigeres
823 gesellschaftliches Thema. Vor allem Online-Sucht ist eine Problematik, der
824 professionell begegnet werden muss und bei der Verbotsschreie aus dem
825 konservativen Lager bei weitem nicht zielführend sind. Hier wird ein Ausbau an
826 Therapie- und Beratungsangeboten sowie eine Aufklärungsarbeit benötigt, die u.a.
827 eine Früherkennung von süchtigem Verhalten für Betroffene wie auch
828 Außenstehende ermöglicht. Der Landesvorstand wird sich in Zusammenarbeit mit
829 der Kommission Antifa/Inneres intensiv mit dieser Thematik befassen, um im
830 folgenden Jahr Positionen und Anträge zu erarbeiten.

831

832 ***Grundrechte und Datenschutz***

833

834 Die Bundesgesetzgebung hat in den letzten Jahren vermehrt versucht, unsere
835 Freiheitsrechte mit dem Ziel der Terrorismusbekämpfung einzuschränken. Es wurde
836 versucht, durch Telefonüberwachung, Online-Durchsuchung und
837 Kennzeichenspeicherung die gläsernen BürgerInnen zu schaffen, die sich gegen
838 diese Grundrechtseingriffe nicht zu erwehren vermögen. Wir werden nicht aufhören
839 immer wieder aufs Neue unsere Grundrechte einzufordern und aufs Schärfste zu
840 verurteilen, dass unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung in den Schutzbereich
841 unserer Freiheitsrechte eingegriffen wird, ohne eine hinreichende
842 verfassungsrechtliche Rechtfertigung zu haben.

843 Auch die Wirtschaft verhält sich zunehmend kriminell in Bezug auf den Umgang mit
844 den ihr anvertrauten Daten, versucht zur Gewinnmaximierung immer wieder
845 bestehende Datenschutzgesetze zu umgehen oder bestehende löchrige Regelungen
846 auszunutzen. Deshalb müssen Unternehmen hierbei wirksam in ihre Schranken
847 verwiesen werden, die Datenschutzgesetze ausgebaut und Strafen für Verstöße
848 dagegen erhöht werden.

849 Die Jusos RLP setzen sich somit für einen modernen und intelligenten gesetzlich
850 geregelten Datenschutz ein – innerhalb des Staates wie auch der Wirtschaft. Zu
851 diesem Zweck werden wir zusammen mit verantwortlichen AkteurInnen in Sachen
852 Datenschutz über die Kommission Antifa/Inneres diese Thematik fixieren und
853 Positionen erarbeiten.

854

855 ***Entflechtung von Staat und Kirche***

856

857 Wir Jusos treten für einen pluralistischen Staat, für einen freien und fairen
858 Wettbewerb der Ideen und Positionen auf dem Boden des Grundgesetzes ein.
859 Hierfür muss sich der Staat weltanschaulich neutral verhalten. Dies ist in
860 Deutschland derzeit in vielerlei Hinsicht nicht gegeben: Es gibt zahlreiche

861 Verflechtungen zwischen Staat und Weltanschauungsgemeinschaften, insbesondere
862 mit den beiden christlichen Großkirchen, sowohl in administrativer, rechtlicher als
863 auch finanzieller Art. Dadurch kommt es zwangsläufig zur Benachteiligung
864 Andersdenkender beispielsweise durch Konkordatslehrstühle und kirchliches
865 Sonderarbeitsrecht.

866 Um eine Entflechtung von Staat und Kirche in der Bundesrepublik zu erreichen, ist es
867 unbedingt notwendig politisch in dieser Richtung aktiv zu werden. Wir werden uns in
868 enger Verbindung mit der Kommission Antifa/Inneres, intensiv mit diesem Thema
869 auseinandersetzen, um einen fundierten Antrag auf dem Juso-Bundeskongress 2009
870 einzubringen, der die Forderung nach einer klaren Trennung zwischen Staat und
871 Kirche in allen Bereichen in das Blickfeld des Juso-Bundesverbandes rückt.

872

873 ***Gegen eine Diskriminierung Homosexueller – Für mehr Akzeptanz!***

874

875 Auch wenn sich die rechtliche und gesellschaftliche Lage für Homosexuelle in den
876 letzten Jahren sicherlich sehr verbessert hat, so bleibt die Diskriminierung aufgrund
877 sexueller Orientierung noch immer ein bedrückendes Problem für die betroffenen
878 Minderheiten. Gerade in einem strukturkonservativen und ländlich geprägten
879 Bundesland wie Rheinland-Pfalz ist es für homosexuelle Menschen alles andere als
880 einfach sich zu „outen“ und als bekennende Schwule oder Lesben gesellschaftlich
881 toleriert oder gar akzeptiert zu werden. Für uns Jusos, für die Solidarität mit
882 diskriminierten oder benachteiligten Minderheiten ein Herzensanliegen ist, ist dieser
883 Zustand nicht hinnehmbar. Wir treten für die Gleichberechtigung aller Menschen in
884 allen Lebensbereichen ein! Wir wollen verstärkt auf diese Thematik hinweisen und
885 verschiedentlich – auch parteiintern – dafür sensibilisieren. Außerdem wollen wir die
886 Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Schwulen und Lesben „Schwusos“
887 und anderen Interessensverbänden in Rheinland-Pfalz aufnehmen und intensivieren.

888

889 ***c) Energie und Umwelt***

890

891 Der Arbeitskreis Energie soll vor allem informieren: zunächst sich selbst, dann
892 andere. Das Ziel dabei ist, sich einen Überblick über Aspekte heutiger Energiepolitik
893 zu verschaffen, um sich anschließend auf spezifische Arbeitsfelder zu konzentrieren.
894 Der AK Energie beobachtet die Entwicklungen energiepolitischer Vorstellungen und
895 geht mit eigenen Ideen und Forderungen in die innerverbandliche Debatte.

896

897 **Da es im Bundestagswahlkampf vermutlich zu einer Zuspitzung zwischen den**
898 **beiden konventionellen Energieformen Kohle und Kernenergie kommen wird, ist**
899 **„Kohle“ ein unumgängliches Thema im kommenden Jahr. Denn diese wird bei**
900 **der erwähnten Zuspitzung die von der SPD favorisierte Energieform sein.**
901 **Unsere Antwort muss hierbei lauten: keine von beiden. Wir Jusos in RLP stehen**
902 **für den Ausstieg sowohl aus der Atom- als auch aus der Kohlekraft. Wir dürfen**
903 **und wir müssen uns dabei erlauben, visionär zu denken, denn unsere**
904 **Generation wird von den verheerenden Folgen der bisherigen**
905 **Energiegewinnung aus fossilen Quellen direkt betroffen sein. Mit enormen**
906 **Anstrengungen und einer gezielten Politik muss es möglich sein, eines Tages**

907 **bei einer zu 100% nachhaltigen Energieproduktion anzugelangen.**
908 **Bis dahin ist es jedoch ein langer Weg und die Bevölkerung muss diesen Weg**
909 **mitgehen. Es leuchtet noch lange nicht allen ein, dass ein Ausstieg aus beiden**
910 **Erzeugungsarten möglich ist. Es gilt die Ängste in der Bevölkerung wegen der**
911 **angeblichen Energieunsicherheit im Spitzenlastbereich zu lindern und ein**
912 **Bewusstsein für einen sinnvolleren und sparsameren Umgang mit Energie zu**
913 **schaffen. Uns ist nicht geholfen, wenn Strom und Wärme CO₂-arm erzeugt**
914 **werden - wobei wir nicht auf CO₂-Speichermethoden setzen, die das Problem**
915 **nur verlagern, sondern tatsächliche Alternativen suchen. So lange CO₂ bei den**
916 **Energiegewinnungsprozessen erzeugt wird, muss man Wege des Einsparens**
917 **von Energie finden.**

918
919 Der AK Energie wird sich außerdem auch intensiv mit regenerativen Energien
920 beschäftigen. Auf der Tagesordnung kann hier beispielsweise stehen: Welche
921 Formen regenerativer Energie gibt es, wie und wo werden diese Energieformen
922 umgesetzt, was sind die wissenschaftlichen Basics hinter diesen, wie sieht die
923 Kostenentwicklung dieser Energieformen aus? Zur Beantwortung dieser Fragen wird
924 der AK Energie zu verschiedenen Themen Informationsveranstaltungen bzw.
925 Seminare, nach Möglichkeit mit ExpertInnen, anbieten.

926
927 Ergebnis dieser Arbeit müssen außerdem Infomaterialien und Aktionsvorschläge
928 sein, die in den Untergliederungen im Rahmen des Bundestagswahlkampfes und
929 darüber hinaus genutzt werden können, um das Thema Energie und Umwelt
930 angemessen zu besetzen.

931 Ein weiteres Projekt, möglicherweise in Zusammenarbeit mit der Landeskommission
932 Internationales, ist die Erstellung einer Karte des Erneuerbaren-Energien-Potentials
933 weltweit, um das Potential von Rheinland-Pfalz in den internationalen Kontext zu
934 stellen. Im Rahmen des Querschnittthemas Soziales dürfen die sozialpolitischen
935 Aspekte der Energie- und Umweltpolitik nicht übersehen werden. Gerade im Bereich
936 Energienutzung und Energiekosten müssen Maßnahmen geschaffen werden, die
937 eine Energieeinsparung zum einen gerecht monetär bewerten, zum anderen aber
938 überhaupt erst einmal finanziell möglich machen.

939 940 **V Verband**

941 942 ***Was wir alleine nicht schaffen - schaffen wir zusammen*** 943 ***Netzwerke und Bündnisarbeit der Jusos RLP***

944
945 Über den eigenen Tellerrand zu blicken ist für Jusos eigentlich selbstverständlich –
946 aber wie jede Selbstverständlichkeit muss auch die Doppelstrategie immer wieder
947 „neu“ definiert bzw. bestärkt und weiterentwickelt werden, um ihre gesellschaftliche
948 Relevanz zu begründen und die politische Notwendigkeit einsehbar zu machen.

949 Als Teil der ArbeiterInnenjugendbewegung sind die Jusos eingebettet in die Tradition
950 einer Vielzahl verschiedenster Organisationen - angefangen bei den Falken, über die
951 Gewerkschaftsjugend bis zur AWO-Jugend.

952 Das Alleinstellungsmerkmal der Jusos ist es, neben einem politischen
953 Jugendverband der ArbeiterInnenbewegung auch noch Parteijugend zu sein. Das
954 führt zu einer besonderen Verantwortung unseres Verbandes. Bewegen können wir
955 Jusos effektiv nur dann etwas, wenn wir die Doppelstrategie nutzen, um unsere
956 Positionen auch nach außen zu tragen.

957

958 ***Doppelstrategie***

959

960 Die Doppelstrategie wurde aus der beschriebenen Überzeugung heraus entwickelt,
961 Schlüsselstelle und Scharnier für die ArbeiterInnenjugend zu sein. Auf der einen
962 Seite Ideen und Inhalte dieser Bewegung und weiterer linker gesellschaftlicher
963 AkteurInnen aufzunehmen, um diese als politischer Einflussfaktor in die
964 Sozialdemokratie, in die SPD zu tragen. Aber auch dabei gleichzeitig in die
965 Organisationen der ArbeiterInnenjugendbewegung politisierend zu wirken. Mit der
966 Doppelstrategie wurde hier eine entscheidende Institution von den Jusos seit der
967 Linkswende entwickelt und mit Leben gefüllt.

968 Ein Allheilmittel ist sie aber nicht, denn selbst dort, wo klassische
969 Organisationsstrukturen noch bestehen, werden sie von uns scheinbar nicht mehr
970 genutzt. Auf der anderen Seite hat sich die politische Landschaft, der
971 Organisationsgrad von politisch motivierten Jugendlichen, die uns inhaltlich am
972 nächsten stehen, verändert. Hier gilt es neue Wege zu gehen und Barrieren im Kopf
973 zu überwinden – solidarisch reichen wir Initiativen und anderen Gruppen die Hand,
974 die in unserem Sinne für eine gerechtere, solidarischere Gesellschaft eintreten. Es
975 gilt die Doppelstrategie mit neuen Inhalten zu füllen und sie im Verbandsalltag wieder
976 stärker zu verankern.

977

978 ***Hand in Hand mit den Gewerkschaften***

979

980 Für uns Jusos bleibt die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zentraler
981 Handlungswille. Die Gewerkschaften sind die originären PartnerInnen der
982 Sozialdemokratie. In der Zeit mit Kurt Beck als Parteivorsitzenden hat sich das
983 Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften glücklicherweise entspannt. Hieran
984 gilt es anzuknüpfen. Gerade wir Jusos, die auch vielfach Mitglieder in
985 Gewerkschaften sind, können wichtige Schritte der erneuten Annäherung
986 einschlagen. Gemeinsame Veranstaltungen, wie der Aktionstags gegen Rechts,
987 Positionierungen zum Thema Berufsausbildung und junge ArbeitnehmerInnen sind
988 zentrale Bausteine hierfür.

989

990 ***Professionelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit***

991

992 Wir wollen unsere Medienpräsenz weiter steigern – dazu ist eine gute
993 Medienbetreuung und weitere Professionalisierung unerlässlich. Ein/e zentrale/r
994 AnsprechpartnerIn für Pressearbeit im Landesvorstand gehört ebenso dazu wie ein
995 aktuell gehaltener Pressebereich mit Angeboten für MedienvertreterInnen auf der
996 Homepage.

997 Unseren Presseverteiler werden wir weiter ausbauen und auch gezielt
998 Lokalredaktionen ansprechen – hier sind wir auf eure Unterstützung und Kontakte
999 vor Ort angewiesen. Auch werden wir weiterhin mit viel persönlichem Engagement
1000 unsere Meldungen begleiten. Dies bedeutet im Einzelnen viel Arbeit der/des
1001 Presseverantwortlichen, die sich oftmals im Hintergrund abspielt und nicht auf den
1002 ersten Blick erkennbar ist, aber entsprechend gewürdigt werden muss. Wir wollen

1003 PMs immer auch als Musterpressemittelungen an den Verband weitergeben, damit
1004 die UB/KV auf aktuelle Themen vor Ort eingehen können. Die UB sind herzlich
1005 eingeladen sich in unseren Presseverteiler aufnehmen zu lassen.

1006

1007 **Materialien**

1008

1009 Im kommenden Jahr möchten wir unsere Materialien überarbeiten bzw. eine
1010 generelle Bestandsaufnahme dieser machen. Ziel ist es dem Verband ein
1011 umfassendes Paket an „Give-aways“ und inhaltlichen Positionen für die Wahlkämpfe,
1012 aber auch darüber hinaus über unser Büro oder den Online-Shop anbieten zu
1013 können. So wird z.B. im Europawahlkampf ein langfristiger Flyer, der zum Thema
1014 Europa wichtige Juso-Positionen, die über den Wahlkampf bestand haben,
1015 produziert. In anderen Themenfeldern wollen wir ähnlich verfahren.

1016

1017 **SozialistMuss (SiM) – unsere Verbandszeitung**

1018

1019 Mit dem SiM hat sich eine Verbandszeitung etabliert, mit der sich in kürzeren
1020 Abständen vor allen Informationen des Verbandes in den Verband kommunizieren
1021 lassen. Wir nutzen ihn um aktuelle inhaltliche Positionierungen sowie Infos über
1022 Aktionen aus den UB/KV zu transportieren. Ziel bleibt es zwei Druckversionen mit
1023 Sonderthemen pro Jahr herauszugeben. Online soll alle 3 Monate ein SiM
1024 veröffentlicht werden, der Aktionen der UBen und Informationen des LaVo in den
1025 Verband trägt. Wir wollen den SiM attraktiver für UB machen und dafür werben noch
1026 mehr Berichte aus dem Verband mit aufzunehmen. Zudem wollen wir die Redaktion
1027 des SiM unabhängiger von Mitgliedern des LaVo machen und ein Redaktionsteam
1028 aus VertreterInnen des LA und des LaVo bilden

1029

1030 **Strategie- und Verbandsentwicklung**

1031

1032 Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen finden auch in unserem innerverbandlichen
1033 Alltag als Jusos RLP ihren Ausdruck. So stehen auch wir Jusos, wie alle anderen
1034 politischen Jugendverbände, vor der Herausforderung sinkender Mitgliederzahlen.
1035 Zurückzuführen sind diese Tendenzen zum einen darauf, dass generell die
1036 Bereitschaft in der Gesellschaft abnimmt, sich politisch, organisatorisch gebunden zu
1037 engagieren, d.h. überhaupt Kritikfähigkeit und Abstraktionsfähigkeit zu entwickeln.
1038 Zum anderen sind sie darauf zurückzuführen, dass eine klare Verbandsidentität, die
1039 nach außen hin eine große Strahlkraft entwickeln könnte, weniger existent erscheint
1040 als noch vor einigen Jahren. Wir wollen uns als Landesvorstand dieser
1041 Herausforderung stellen.

1042

1043 **Kommissionen des Landesverbandes**

1044

1045 Die Kommissionen, in denen wichtige inhaltliche und konzeptionelle Arbeit stattfindet,
1046 haben sich grundsätzlich bewährt. Sie arbeiten dem Landesverband nicht nur zu, wie
1047 es ursprünglich angedacht war – aus ihnen entstanden komplette Seminarkonzepte
1048 oder Strukturen für Kampagnen und Aktionstage. Die Kommissionswochenenden
1049 sind als zentrale Veranstaltungen des Landesverbandes, auf denen Verband wirklich
1050 stattfindet, nicht mehr wegzudenken.

1051 Die Konzeption der Kommissionen sieht vor, dass sie Treffpunkt für die ExpertInnen
1052 des Verbandes zu einem bestimmten Thema sind, die dann gemeinsam intensiv an
1053 der jeweiligen Thematik arbeiten. Die Verbandsrealität macht auch hiervon nicht halt

1054 und die Situation sieht, in mancher Kommission mehr oder weniger, anders aus.
1055 Oftmals kommen GenossInnen in die Kommissionen, die gerade anfangen, zu
1056 diesem jeweiligen Thema zu arbeiten – im Allgemeinen ist die Fluktuation der
1057 TeilnehmerInnen höher als noch vor wenigen Jahren. Es ist aber zeitlich nicht zu
1058 schaffen, an effektiv weniger als sechs Tagen im Jahr, während denen Arbeit in den
1059 Kommissionen stattfinden kann, gleichzeitig intensive Debatten um Sachthemen zu
1060 führen und gleichrangig Grundlagen zu vermitteln, wenn man auf den thematischen
1061 Anspruch blickt, den sich die Kommissionen selbst setzen. Interessierten den Weg in
1062 die Kommissionen zu verweigern, wollen wir auf keinen Fall.

1063 Deswegen müssen die Kommissionen die Möglichkeit verstärkt nutzen, sich auch
1064 neben den organisierten Wochenenden zu Tagestreffen zusammenzufinden. An
1065 mindestens einem solchen Tag muss gerade auch ein Einstieg in die Grundlagen der
1066 Kommissionsarbeit angeboten werden, was in den Unterbezirken, die ihre
1067 VertreterInnen entsenden, auch entsprechend beworben werden muss. So
1068 verringern wir die Hemmschwelle sich inhaltlich zu engagieren und schaffen es, die
1069 hohe Qualität der Kommissionsarbeit aufrechtzuerhalten. Daneben liegt es an den
1070 Kommissionsleitungen Materialien zur Vorbereitung für NeueinsteigerInnen
1071 zusammenzustellen. Wir wollen das Seminarprogramm besser für die Vorbereitung
1072 auf die Kommissionsarbeit nutzen. Die Kommissionen sollten verstärkt von der
1073 Möglichkeit gebrauch machen, Seminarkonzepte auszuarbeiten und an den BiA zu
1074 senden. Im Seminarprogramm sollen Seminare, die besonders gute zu Inhalten der
1075 Kommissionen passen, besonders vermerkt werden. Wir wollen damit keine
1076 unüberwindbaren Hürden aufbauen, sondern den Einsteig für TeilnehmerInnen
1077 erleichtern. Klarer muss aber auch wieder werden, dass die Kommissionen dazu da
1078 sind Expertise des Landesverbandes zu sammeln und auszubauen.

1079 An der Konzeption des Wochenendes wollen wir kleinere Änderungen durchführen.
1080 Die Kommissionen sollen eigenständig auch wieder mehr externe ReferentInnen und
1081 DiskussionspartnerInnen einladen. Bei zueinander passenden Themen können
1082 Kommissionen verstärkt zusammenarbeiten – auch eine Verbandsdebatte soll
1083 möglich sein.

1084

Bündnisarbeit innerhalb der Partei

1085

1086
1087 Um die Partei von links zu bewegen und um weiterhin „linker Stachel im Fleisch der
1088 Partei“ zu sein, sind wir darauf angewiesen, für unsere Positionen und
1089 Überzeugungen MitstreiterInnen auch gerade in der Partei zu finden. Dazu nutzen
1090 wir den regen Austausch mit anderen Arbeitsgemeinschaften. Gemeinsam werden
1091 wir noch stärker daran gehen, Debatten zu strukturieren und versuchen, Themen in
1092 der Diskussion der Partei zu setzen. Dazu wollen wir Jusos Raum innerhalb der
1093 Partei eröffnen, damit kritischer und konstruktiver Diskurs stattfinden kann. Dazu
1094 gehört es auch immer, Einzelpersonen fernab von organisierten Strukturen mit in den
1095 Diskurs einzubinden.

1096 Als linker Richtungsverband ist unsere politische Heimat die SPD, in der wir uns als
1097 Teil der Parteilinken klar in ihrem linken Spektrum verorten. Diese Verortung von uns
1098 ist seitens der Partei aber keineswegs negativ besetzt. Im Gegenteil, wird von uns
1099 erwartet, dass wir neue Ideen entwickeln und linke Positionen innerhalb der SPD
1100 stärken, auch um strategisch die Flanke nach links offen zu halten. Diese Verortung
1101 und auch strategische Positionierung ist in der Zusammenarbeit dringend geboten,
1102 um die SPD als linke Volkspartei zu erhalten.

1103 Gerade mit den anderen Arbeitsgemeinschaften setzen wir uns für einen anderen –
1104 konstruktiveren Diskussionsstil ein. Kritik ist für uns nicht „Königsmord“, sondern

1105 konstruktiver Beitrag für ein demokratischeres, lebendiges Parteileben. Die Debatte
1106 um Privatisierung und der Umgang mit Anträgen zeigen uns, dass wir Jusos hier als
1107 positives Beispiel in die Partei hineinwirken müssen. Auch müssen wir stärker als
1108 bisher auf Repräsentation aktiver Jusos in der Partei hinwirken. Hier sind es wieder
1109 die anderen Arbeitsgemeinschaften, die dieselben Probleme haben und die wir als
1110 BündnispartnerInnen nutzen werden.

1111
1112 Wir werden weiterhin eng mit dem Bundesverband und unseren befreundeten
1113 Landesverbänden zusammenarbeiten. Erfolgreiche Projekte wie das
1114 Buchenwaldseminar, die Sommerschule, unsere aktive Mitarbeit in den
1115 Perspektivprojekten des Bundesverbandes u.ä. zeigen, dass es sich für den Verband
1116 lohnt und wir damit Debatten voran bringen können.

1117
1118 *Ihr seht wie viele Ideen es gibt, wie wir unseren Verband auch im nächsten Jahr*
1119 *lebendig gestalten wollen. Das Arbeitsprogramm stellt dabei einen Rahmen für*
1120 *unsere inhaltliche Arbeit dar. Viele Punkte sind wohl ein Maximalprogramm.*
1121 *Gemeinsam mit Euch gehen wir daran, in Eurem Interesse, so viel wie möglich*
1122 *davon umzusetzen.*

Notenschutz bis zum Abitur

Die Jusos Rheinland-Pfalz sprechen sich für einen generellen Notenschutz für Legastheniker aus. Wenn es sich um eine vom Facharzt diagnostizierte Legasthenie handelt, soll ein Rechtsanspruch auf diesen Notenschutz bestehen. Der Notenschutz soll für jede Schulform und für die gesamte Schulzeit gelten. Für LegasthenikerInnen müssen die Behandlungs- und Förderangebote verstärkt werden. Die Schulen sind aufgefordert derartige Angebote aktiv zu unterstützen. Der Notenschutz kann abgestuft werden oder entfallen, wenn durch fachärztliche Untersuchungen eine signifikante und stabile Verbesserung der Lese- und Schreibleistungen festgestellt wird. Hierzu ist es erforderlich in regelmäßigen Abständen Untersuchungen durchzuführen. Kinder die an der Lese- und Rechtschreibschwäche erkrankt sind, brauchen eine individuelle Hilfe. Der „normale“ Schulalltag reicht hierzu nicht aus. Im Gegenteil gezielte Lerntherapien, die auf dieses Defizit ausgerichtet sind, müssen eingeführt werden. Um das zu gewährleisten, fordern wir, LehrerInnen bereits während des Studiums daraufhin auszubilden.

Auch für Dyskalkulie sollen entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Dyskalkulie ist zwar bereits als Krankheit anerkannt, doch noch lange nicht, so verbreitet und akzeptiert in der Gesellschaft. Bei Dyskalkulie handelt es sich um eine Entwicklungsverzögerung beim mathematischen Denken. Dies äußert sich beispielsweise durch Probleme mit Mengen, Zahlen und den Grundrechenarten.

Findet keine Aufklärung und gezielte Förderung von Legasthenie und Dyskalkulie statt, können diese zur sozialen Isolation und psychischen Erkrankungen führen. Deshalb als ersten wichtigen Schritt – Notenschutz. Die Jusos Rheinland-Pfalz streben zudem eine Zusammenarbeit mit dem Legasthenie- und Dyskalkulie Landesfachverband an. Durch diese Zusammenarbeit soll die Thematik im aktuellen Fokus gehalten auf eine breite Informationsbasis gestellt werden. Gemeinsame Veranstaltung zur Aufklärung und bessere Ausbildung der Lehrer sind denkbar und erwünscht.

Begründung:

In Deutschland sind etwa 4% der SchülerInnen von Legasthenie betroffen. Legastheniker leiden unter einer Beeinträchtigung im Lernprozess des Lesens und Rechtschreibens, es gibt verschiedene Formen. Jedoch ist es bewiesen, dass diese Form der Lese- und Rechtschreibschwierigkeit völlig unabhängig von der allgemeinen Intelligenz besteht.

Das Instrument des Notenschutzes sorgt dafür, dass die betroffenen SchülerInnen keinen Punktabzug für schlechte Rechtschreibung bekommen, egal in welchem Fach!

Es ist möglich Legastheniker zu fördern, nicht aber die Legasthenie ganz zu heilen. Von daher ist der Notenschutz sinnvoll. Da mit der Rechtschreibschwäche auch eine Leseschwäche einhergeht, sind die SchülerInnen sowieso schon benachteiligt.

Laut der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur vom 28. August 2007 unterliegen SchülerInnen mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen und Rechtschreiben in der Regel, den für alle Schülerinnen und Schüler geltenden Maßstäben der Leistungsfeststellung und Leistungsbeurteilung. Ein zeitweiser Verzicht auf eine Bewertung der Lese- und Rechtschreibleistung ist möglich.

1
2
3 **AdressatInnen:** Landesregierung, SPD-Landtagsfraktion
4

5 **LehrerInnen lehren**

6
7 Medienkompetenz ist mittlerweile ein wichtiger Teil des Lebens. Um Kinder und
8 Jugendliche in der Schule auf den Umgang mit den Medien vorzubereiten ist es
9 eminent wichtig zuerst die LehrerInnen auszubilden.

10 LehrerInnen sollen während ihres Studiums mehr Medienkompetenz erlangen. Das
11 Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur und Rheinland-Pfalz soll
12 hierzu ein Gesamtkonzept entwickeln. Medienkompetenz muss nicht zwangsläufig
13 als eigenes Studienfach gelehrt werden. Außerdem sollen die LehrerInnen die
14 bereits im Schuldienst sind, ihre Medienkompetenz durch verpflichtende
15 Weiterbildungen schulen.

16 Nur durch eine solche Ausbildung, die übergreifend ist, können LehrerInnen später
17 SchülerInnen im Umgang mit den Medien unterrichten. Für LehrerInnen im
18 Schulbetrieb sollen verpflichtende Fortbildungen angeboten werden.

19 Die Förderung einzelner SchülerInnen kann durch die herkömmlichen
20 Unterrichtsmethoden nicht differenziert genug durchgeführt werden. Innovative
21 Unterrichtsmethoden können hier Abhilfe schaffen und den SchülerInnen zu einem
22 Bezug zum Unterrichtsfach verhelfen.
23

24 **Begründung:**

25 Die Ausbildung der LehrerInnen in dieser Sparte ist mangelhaft und nicht
26 ausreichend. Dies führt dazu, dass diese in ihrem Unterricht nicht auf solches
27 Wissen zurückgreifen können.

28 Um Medienkompetenz bei SchülerInnen zu schaffen müssen die Lehrenden zuerst
29 selbst dort geschult werden. Nur wenn diese selbst sicher im Umgang mit den
30 Medien sind, können sie den verantwortungsvollen Umgang mit Informationen
31 weitergeben. EinE LehrerIn, der/die im Umgang mit Medien erfahren ist, wird auch
32 die Möglichkeiten im Unterricht zu schätzen wissen und benutzen. Viele
33 SchülerInnen, die erfahrener im Umgang mit dem Internet sind, suchen sich ihre
34 Informationen aus dem Internet. Ohne die Kenntnis dieser Quellen ist es den
35 LehrerInnen ausserdem nicht möglich diese qualifiziert zu bewerten.

36 Um das Thema „Medienkompetenz“ in den Unterricht zu tragen und daraus einen
37 Nutzen zu ziehen, muss an der Wurzel des Problems begonnen werden.
38 LehrerInnen müssen gelehrt werden!

1
2
3 **AdressatInnen:** Bildungsministerium, SPD-Landtagsfraktion
4

5 **Medienkompetenz fächerübergreifend**

6
7 In unserem multimedialen Alltag ist es notwendig für Kinder und Jugendliche ein
8 Angebot zur Verfügung zu stellen, das auf den Umgang mit den Medien vorbereitet.
9 Diese Aufgabe hat auch die Schule zu erfüllen. Die Jusos Rheinland-Pfalz verlangen,
10 dass Medienkompetenz fächerübergreifend in den Unterricht integriert wird. Hier soll
11 keine Medienkompetenz in „Einzelstunden“ gelehrt werden, vielmehr ist es
12 notwendig, Kinder und Jugendliche konsequent mit den modernen Medien vertraut
13 zu machen. Ein von allen Fächern losgelöstes Schulfach ist ineffizient, da gerade an
14 aktuellen Schulfachthemen die Medienkompetenz sinnvoller unterrichtet werden
15 kann. Eine Festschreibung im Lehrplan bringt eine flächendeckende Basis, die nicht
16 auf das Wissen und das Wollen der LehrerInnen angewiesen ist.

17 Für die Jusos Rheinland-Pfalz ist Medienkompetenz jedoch auch mehr als die bloße
18 Nutzung der Medien. Für uns und unser demokratisch politisches Selbstverständnis
19 ist es notwendig, dass Kinder und Jugendliche so früh wie möglich für
20 problematischen Umgang mit modernen Medien sensibilisiert werden und Dinge
21 hinterfragt werden, statt sie blind aufzunehmen.

22 In der Grundschule soll bereits eine Einführung in den Umgang mit dem Computer
23 und dem Internet gegeben werden. Dazu gehören auch der Unterricht in EDV-
24 Kenntnissen, die altersgemäß gelehrt werden sollten und heute wichtiger denn je
25 sind. Darauf aufbauend muss in den verschiedenen Fächern eine nach
26 Klassenstufen gestaffelte Vertiefung im Umgang mit Computer und Internet erfolgen.
27 Ebenfalls in der Grundschule muss ein kritischer Umgang mit den Informationen aus
28 Radio und Fernsehen unterrichtet werden, der die Kinder befähigt Inhalt und
29 Glaubwürdigkeit der Aussagen zu hinterfragen.

30 Der Umgang mit den Printmedien sollte ab der 5. Klasse zum Unterricht gehören und
31 von den LehrerInnen eingesetzt werden, da zu diesem Zeitpunkt die Lesekompetenz
32 der SchülerInnen genug ausgeprägt sein sollte. Die vorgenannten Instrumente
33 können von vielen Lehrerinnen und Lehrern im aktiven Dienst nicht vermittelt
34 werden, da hier oftmals keine entsprechende Aus- und Fortbildung stattgefunden
35 hat. Wir fordern die Landesregierung auf, hier mehr Fortbildungsanreize zu schaffen
36 und die zuständige Kommission, die zukünftige LehrerInnenausbildung entsprechend
37 der vorgenannten Ziele zu überarbeiten.

38 39 **Begründung:**

40 Die Liste der Medien lässt sich unendlich ausweiten. Kinder kommen schon früh mit
41 Fernsehen, Radio und Videofilmen in Kontakt. Später kommen Bücher, Zeitschriften,
42 Internet, Musik-CDs und Computerspiele dazu. Doch meist ist dieser Kontakt nicht
43 vorbereitet und die Kinder und Jugendlichen werden alleine gelassen bei der
44 Erkundung dieser Medien. Auch wenn Medienkompetenz mittlerweile zur
45 pädagogischen Allerweltsformel geworden ist, durch die man alle Probleme
46 angeblich lösen kann, wenn sie gut vermittelt wird, ist der Ansatz gut.

47 Viele Kinder sind naiv im Umgang mit Medien. Im Internet werden unbedarft alle
48 Kontaktdaten herausgegeben, ungeachtet der Gefährlichkeit eines solchen
49 Verhaltens. Laut der JIM-Studie des Medienpädagogischen Forschungsverbundes
50 Südwest (Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg), die den

51 Medienumgang Jugendlicher untersucht, halten sich 50% der 12- bis 19-Jährigen
52 regelmäßig in Internet-Chaträumen auf. Von ihnen gaben knapp zwei Drittel an,
53 bereits einmal von Fremden nach Adresse, Telefonnummer und Namen gefragt
54 worden zu sein. Erschreckend ist die Tatsache, dass gut ein Viertel der Jugendlichen
55 den Aufforderungen nach Preisgabe ihrer persönlichen Daten nachgegeben sind.
56 Viele Aussagen im Fernsehen und Internet werden einfach angenommen, ohne eine
57 kritische Beurteilung des Sachstandes. Urteilskriterien werden nicht vermittelt und
58 können so nicht angewendet werden. Eine Indoktrination beginnt somit schon im
59 Kindesalter. Als Beispiel muss nur der Umgang mit Markenkleidung angeführt
60 werden. Es mag Eltern geben, die ein Markenbewusstsein an ihre Kinder übertragen,
61 doch der grösste Teil wird durch Werbung hervorgerufen. Kinder und Jugendliche
62 hören Schlagworte und übernehmen sie ohne Überprüfung des Inhalts. Wer kritische
63 und aufgeweckte Erwachsene haben will, der muss im Kindesalter die Weichen dafür
64 setzen!

65 Der Umgang mit EDV ist heute in nahezu jedem Beruf erforderlich und wird meist
66 nicht unterrichtet. Ein Selbststudium kann helfen, eine professionelle Einweisung
67 stellt für JedeN eine gleiche Basis dar, auf die zurückgegriffen werden kann.

68 Der heutige Unterricht unter dem Namen „Computer“, „Informatik“ oder „Medien“ ist
69 veraltet und lehrt meist nur veraltete Computersprachen, die keinen realen Bezug
70 mehr haben. EDV-Kenntnisse werden meist gar nicht vermittelt. Der Umgang mit
71 Textprogrammen mag noch von den meisten Jugendlichen machbar sein. Wenn es
72 dann um Tabellenkalkulationen geht wird sich der Anteil schon merklich ausdünnen.
73 Ausserdem ist dieses Fach zumeist ein Wahlfach. Die Vermittlung von
74 Medienkompetenz kann nicht auf freiwillige Projekte beschränkt bleiben, sondern
75 muss verpflichtend für alle Schüler und Schulen eingeführt werden. Es darf nicht
76 sein, dass Jugendliche ohne EDV-Kenntnisse die Schule verlassen.

B5

1
2
3
4

AdressatInnen: Bildungsministerium, SPD-Landtagsfraktion

5
6

Klassenmessenzen senken

7 Wir fordern eine Klassenmessenzenzahl von maximal 18 SchülerInnen für alle
8 Klassenstufen.
9 Weiterhin fordern wir, dass die Klassenmessenzenzahlen in der Sekundarstufe 1 und
10 insbesondere in der Sekundarstufe 2 auch in der Praxis eingehalten werden.

B7

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17

Mehr Islamunterricht in Rheinland-Pfalz

Die Jusos Rheinland-Pfalz begrüßen es, dass das Modellprojekt zum islamischen Religionsunterricht in Ludwigshafen ausgeweitet wird. Wir hoffen, dass die Einführung von Islamunterricht in Mainz nur der nächste Schritt in die richtige Richtung war und fordern, dass wenn der Bedarf und die Möglichkeit bestehen, neue Klassen eingerichtet werden.

Solange es einen katholischen und evangelischen Religionsunterricht an unseren Schulen gibt, begrüßen wir im Sinne der Gleichberechtigung der Religionen einen nichtkonfessionellen Islamunterricht.

Generell lehnen wir jedoch vor allem konfessionellen Religionsunterricht ab und fordern stattdessen einen unkonfessionellen Unterricht mit den Inhalten Religion, Ethik, Humanismus, Kultur und Philosophie.

1
2
3 **AdressatInnen:** Juso Landesvorstand, SPD Landesvorstand, Landesregierung RLP

4
5 **Unsere Forderungen kompakt**

- 6
7 1. Wir Jusos fordern die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, ihre
8 Abschiebep Praxis zu überdenken und den Beispielen des Landes Berlin,
9 Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen zu
10 folgen und die Landesunterkunft für Ausreisepflichtige (LufA) in Trier mit
11 sofortiger Wirkung zu schließen.
12
13 2. Außerdem soll die sozialdemokratische Landesregierung den sogenannten
14 „Abschiebeknast Ingelheim“ schließen.
15
16 3. Weiterhin fordern wir die Landesregierung auf, die Aufenthaltsdauer in der
17 Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) nicht zu verlängern.
18

19 **Im Einzelnen:**

20
21 **Die Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige (GefA) in Ingelheim**

22
23 In Ingelheim werden hinter einer fünf Meter hohen Betonmauer, etlichen Kameras,
24 dreifachem Nato-Stacheldraht, einer technisch ausgeklügelten Schließanlage und
25 Wächtern mit ihren Hunden Menschen eingesperrt, die sich ihrer Abschiebung
26 entziehen wollten. Dieses Abschiebungsgefängnis hat eine Kapazität von 152
27 Haftplätzen und ist aktuell mit 40 bis 50 Inhaftierten belegt. Es gibt vier Hafttrakte auf
28 verschiedenen Fluren mit Zellen, die für zwei Personen ausgelegt sind und mit
29 Stockbett, Spind, Tisch, zwei Stühlen, Fernsehgerät und einer Nasszelle mit WC auf
30 14 qm ausgestattet sind. Daneben gibt es acht „Separationszellen“. Die Menschen
31 werden hier wie Schwerverbrecher behandelt, obwohl es sich nur um eine
32 Sicherungshaft handelt. Die Behörden können sie verhängen, wenn der begründete
33 Verdacht besteht, dass sich die Person der Abschiebung entziehen wird. Sie darf
34 allerdings nur verhängt werden, wenn der Abschiebung nichts im Wege steht.
35

36 **Die Landesunterkunft für Ausreisepflichtige (LUfA) in Trier**

37
38 Bestehen aber solche Hindernisse, zum Beispiel bei Problemen mit der
39 Passbeschaffung, ungeklärtem Herkunftsland oder ungeklärter Identität, werden die
40 Personen in die Landesunterkunft für Ausreisepflichtige (LufA) in Trier, das
41 sogenannte „Ausreisezentrum“ eingewiesen. Hier bestehen keine Beschränkungen
42 der Aufenthaltsdauer, das heißt, die Ausreisepflichtigen werden solange dort
43 festgehalten, bis alle Hinderungsgründe für die Abschiebung aus dem Weg geräumt
44 sind.

45 Um diesem Ziel möglichst schnell nachzukommen, müssen die Insassen häufige
46 Gespräche mit der Ausländerbehörde führen, in denen die Identität oder das
47 Herkunftsland zweifelsfrei festgestellt werden soll. Nichtregierungsorganisationen
48 sprechen von sich ständig wiederholenden „Verhören“. Die BewohnerInnen des
49 Ausreisezentrums unterstehen ebenfalls einer täglichen Meldepflicht. Sie können

50 sich zwar frei bewegen, nicht wie im Abschiebungsgefängnis Ingelheim, aber
51 dennoch sind sie an den Ort gebunden.

52
53 Da ihr Asylverfahren bereits negativ beschieden wurde, erhalten sie noch nicht mal
54 das für Asylbewerber obligatorische Taschengeld von ca. 40 € im Monat. Da sie
55 keine Pässe besitzen, können sie auch nicht selbst ihren Lebensunterhalt verdienen.
56 Der Leiter des Amtes für Ausländerangelegenheiten bei der Stadtverwaltung Trier,
57 Dietmar Martini-Emden sagte in einer Rede über erste Erfahrungen mit dem
58 Ausreisezentrum am 03.05.2000: „Bei den aufgenommenen Personen zeigt sich,
59 dass die deutlichen Leistungseinschränkungen, der Ausschluss einer
60 Arbeitsaufnahme sowie das sich in einem allmählichen Prozess entwickelnde
61 Bewusstsein über die Ausweglosigkeit ihrer Lebensperspektive in Deutschland die
62 Menschen in eine gewisse Stimmung der Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit
63 versetzt.“

64
65 Wir Jusos fordern, dieses Zentrum der Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit mit
66 sofortiger Wirkung zu schließen. Treiben sie doch die Menschen in den einzigen
67 noch möglichen Weg, die Illegalität, und damit in die komplette Schutzlosigkeit. Sie
68 haben weder Anrecht auf die Sozialversicherungen, noch auf Gesundheitsvorsorge
69 oder einen angemessenen Lohn für ihre Arbeit.

70

71 **Keine Verlängerung der Aufenthaltsdauer in der AfA**

72

73 Auch fordern wir Jusos den Innenminister Karl-Peter Bruch auf, von seiner Idee, die
74 Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) auf bis
75 zu 9 Monate zu verlängern, Abstand zu nehmen. Das Ziel, damit die Auslastung der
76 AfA zu erhöhen, widerspricht dem Grundsatz, den Flüchtlingen und
77 AsylantragstellerInnen möglichst schnell den Weg in ein „normales“ Leben zu ebnen.
78 Drei Monate in der AfA reichen völlig aus. Es ist wichtig, dass die Menschen danach
79 auf die Kommunen verteilt werden und sich in ihren eigenen vier Wänden von den
80 schrecklichen Erfahrungen ihrer Flucht und Verfolgung erholen können. Nur so
81 erhalten sie die Chance, ihre traumatischen Erlebnisse zu verarbeiten. In einem
82 16qm großen Vierbett-Zimmer ohne jegliche Rückzugsmöglichkeit ist das nicht
83 möglich.

1
2
3 **Adressat:** SPD Bundesparteitag
4

5 **„Den Sozialismus in seinem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf!“**
6 **Wir wollen die Weltrevolution: hier und jetzt für alle.**
7

8 Der Bundesparteitag wird aufgefordert, einen Arbeitskreis zur spontanen
9 Vorbereitung der sozialistischen Weltrevolution einzurichten.
10

11 Die Vorbereitungen müssen alsbald abgeschlossen sein, um der Weltrevolution
12 durch die Falken zuvor zu kommen.
13

14 Der Arbeitskreis „Weltrevolution“ hat unbedingt zu beachten:
15

- 16 1. Im Vorgriff zur Revolution müssen im Einklang mit der US-amerikanischen
17 National Rifle Association ein Verfassungszusatz zum Grundgesetz
18 verabschiedet werden, die den Waffenbesitz zum Menschenrecht erhebt. Dies
19 ist vorzunehmen, um die Militarisierung des Proletariats vorzubereiten.
- 20 2. Zur Stützung der Moral müssen die Alkohol-produzierenden Industrien zuerst
21 dem Volksbesitz zugeführt werden.
- 22 3. Expropriation der Musikindustrie, um durch Verbreitung sozialistischen
23 Musikguts, eine positive Stimmung in der Bevölkerung zur Revolution zu
24 erzeugen.
- 25 4. Konterrevolutionäre und AnhängerInnen der Agenda 2010 haben mit
26 schwersten Restriktionen zu rechnen: Kürzung des Arbeitslosengeld II für
27 arbeitslos gewordene Berufspolitiker sowie Übernahme von Ein-Euro-Jobs
28 (Gartenpflege im Bundeskanzleramt, Malen von revolutionären Wandparolen)
- 29 5. Ein externes Controlling hat die Maßnahmen zur Weltrevolution unabhängig
30 zu begutachten. Die Ergebnisse sollen zur Effizienzsteigerung im Mittel- und
31 Personaleinsatz bei der Durchführung des nächsten Projekts
32 „Universumsrevolution“ genutzt werden.
33

34 **Begründung:**

35 „Ein Gespenst geht immer noch um in Europa - das Gespenst des Kommunismus.

36 [...]

37 Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung
38 gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.

39 In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder
40 minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der
41 Bewegung hervor. Die Kommunisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und
42 Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder.

43 Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen.
44 Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den
45 gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die
46 herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier
47 haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.
48

49 **Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“**

50 Karl Marx (1848): Das kommunistische Manifest

Neue Perspektiven und Richtung für Europa!

Europawahlkampf-Plattform des Juso Landesverbandes Rheinland-Pfalz

0. Warum Europawahlkämpfen?

Wir Jusos verstehen uns als internationalistischer Richtungsverband. Wie setzen uns also für eine tendenzielle Entwicklung der internationalen Staatengemeinschaft ein, die solidarisches Verhalten bei der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit zur Freiheit der Menschen verlangt. Wir Jusos verstehen Politik als Prozess, der zwar analytisch in Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europapolitik unterteilt wird, der aber in der Realität nicht zu trennen ist. Dies zeigt sich insbesondere dann, wenn man sich die Zusammenhänge und Ursprünge der Agenda 2010 betrachtet. Betrachtet man deren Inhalte lediglich im nationalstaatlichen Rahmen und sieht die Faktoren Globalisierung und demographischer Wandel lediglich als externe Faktoren, die unser nationalstaatliches Handeln limitieren, liegt dabei ein verkürztes Politikverständnis zugrunde. Klar, jede/r GenossIn hat seine Schwerpunkte und gewichtet diese - die eine orientiert sich eher an lokalen Themen, der andere an europäischen. Deshalb ist es wichtig, dass wir gemeinsam im Jahr 2009 wahlkämpfen, um gemeinsam ganzheitliche Politikkonzepte vermitteln zu können.

Wir können uns nicht damit zufrieden geben, dass lediglich die Kommunalwahlkämpfe im Fokus stehen, weil wir meinen, dass die Kommunalpolitik der wichtigere Schwerpunkt sei. Ein soziales Europa ist deshalb notwendig, weil nur dann andere politischen Ebenen, wie die Kommunalpolitik auch wieder frei von Zwängen, beispielsweise von dem Zwang der Privatisierung von öffentlicher Daseinsvorsorge handeln kann. Wir Jusos in RLP werden deshalb einen engagierten Europawahlkampf machen, der auch verdeutlichen soll, wie Europa mehr und mehr kommunales Handeln beeinflusst und warum es deshalb wichtig ist, dass wir für ein demokratischeres, sozialeres, ökologisches und friedliches Europa kämpfen!

1. Europa wie es ist: Ein Hühnerhaufen der Orientierungslosigkeit

Europa, die Bürgerinnen und Bürger der Staaten Europas, stehen vor einer Richtungsentscheidung bei den Europawahlen 2009. Die Europäische Union befindet sich in der Krise und ihr mangelt es an klaren politischen Aussagen zur zukünftigen Gestalt dieses supranationalen Gebildes. Sie tritt in ihrer institutionellen Weiterentwicklungen im Prinzip seit Nizza auf der Stelle. Gerade aber wegen den rasanten Erweiterungen hin zum Europa der 27 wären diese Weiterentwicklungen dringend notwendig, um die Handlungsfähigkeit der EU unter Beweis zu stellen und auszubauen. Daneben sind die Kompetenzen des europäischen Parlaments, welches als einzige Institution in Europa direkt demokratisch legitimiert ist, nach wie vor sehr gering. Die EU-Kommissionen und ihre bürokratischen Apparate jedoch initiieren den großen Teil neuer europäischer Rechtsakte, sind aber nur mittelbar, die Bürokratien überhaupt nicht, demokratisch legitimiert. Aufgrund der Intransparenz

49 und der fehlenden demokratischen Legitimation ist die Akzeptanz der EU und ihre
50 weitere politische, soziale und wirtschaftliche Integration in Gefahr. Doch dies ist
51 nicht nur auf die bisher genannten Aspekte zurückzuführen.

52
53 Insbesondere die fehlende soziale Integration stellt das Projekt Europa in Frage. Auf
54 Grundlage einer einseitigen Interpretation der Lissabon-Strategie treibt die
55 europäische Kommission eine neoliberale Politik voran, welche der Sachzwanglogik
56 Globalisierung folgt, Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge
57 stützt und die marktkonforme Anpassungen der Sozialsysteme einfordert.
58 Arbeitslosigkeit soll im Rahmen einer makroökonomische Arbeitsmarkt- und
59 Beschäftigungspolitik nach der Lissabon-Strategie eigentlich bekämpft werden, den
60 Arbeitslosen überlässt man jedoch dem „Arbeitslosenmarkt“, der „Faulheit“ bestraft
61 und den Menschen stigmatisiert. Der Einfluss von Entscheidungen auf den
62 Kapitalmärkten, dessen AkteurInnen weltweit innerhalb von Sekunden Kapital
63 transferieren, auf die Realwirtschaft und d.h. auf die natürlichen und sozialen
64 Ressourcen der Menschen, ist immens. Sogenannte Rating-Agenturen, früher nur für
65 Firmen zuständig, entscheiden anhand einiger wirtschaftlicher Rahmendaten über
66 die Kreditwürdigkeit von Staaten und Wirtschaftsräumen und damit über soziale
67 Konsequenzen für die Menschen dieser Regionen. Der Mensch bleibt zeitlich und
68 räumlich auf seine sozialen und natürlichen Bedürfnisse beschränkt, wirkt als
69 struktureller Klotz im wirtschaftlichen Wettbewerb der Zukunft, ist zu wenig mobil und
70 nicht flexibel genug, um den Wettlauf mit dem Kapital standzuhalten. Das aktuelle,
71 mehrheitlich neoliberale Europa fördert die beschriebene Einbettung der Märkte aus
72 ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und liefert die Menschen den Kräften des
73 Marktes aus. Der Mehrnutzen für die Menschen geht verloren, Europaskepsis und
74 Nationalismen gewinnen neuen Nährboden, weil sie einfache Antworten auf
75 komplexe Fragen bieten. Gemeinsam mit den sowieso schon institutionell
76 vorhandenen Demokratiedefiziten bieten diese Tendenzen ein Bild von Europa,
77 welches zum Scheitern verurteilt ist.

78
79 Deshalb muss es der Sozialdemokratie in Europa gelingen, insbesondere zu den
80 Europawahlen 2009 deutlich zu machen, worum es geht. **Europa ist das Friedens-**
81 **und Wohlstandsmodell für unseren Kontinent**, doch die politischen Tendenzen
82 deuten in eine Richtung, die den Menschen geradezu zu Unmündigkeit eines/r reinen
83 WirtschaftsbürgerIn abstempeln, anstatt die Emanzipation der Menschen, Frieden,
84 Wohlstand und Solidarität in Europa und in der Welt zu fördern.

85 86 2. Europa wie es sein kann- für eine neue europäische Vision!

87
88 Unser Interesse als Jusos in der SPD muss es sein, vor der Europawahl und darüber
89 hinaus klare Antworten in Bezug auf die Richtung Europas zu geben. Dazu gehört
90 auch, am Ziel der „Vereinigten Staaten von Europa“ festzuhalten und es auch
91 auszusprechen. Dazu gehört, die demokratische, soziale, ökologische und
92 friedenspolitische Integration Europas weiter voranzutreiben. Wenn die Antwort auf
93 die Globalisierung in einem ersten Schritt - ein erster Schritt, weil Europa auch nicht
94 das Ende der Solidarität sein kann - Europa sein soll, dann kann dieses Europa nur
95 ein solidarisches und soziales Europa sein, welches den zuvor beschriebenen
96 Tendenzen der Ökonomisierung von Gesellschaft und Individualisierung
97 gesellschaftlicher Risiken eine glaubhafte Alternative entgegensetzt. Europa muss
98 also zur Solidarmacht werden. Dies setzt die soziale Sicherheit der Menschen und
99 die **demokratische Kontrolle** der europäischen Politik durch die BürgerInnen

100 Europas voraus. Es setzt voraus, dass es die stetige Entwicklung einer
101 **europäischen Identität** gibt, die sowohl nach innen als auch nach außen Vorurteile
102 abbaut und eine gemeinsame Grundlage für gesellschaftliche, kulturelle
103 Entwicklungen jenseit von Nationalstaaten schafft. Diese Identität kommt nicht
104 zustande ohne das konkrete Erlebnis Europa, aber auch nicht ohne die mutigen
105 politischen Entscheidungen derer, die in den Staaten und auf europäischer Ebene
106 die Rahmenbedingungen für diese gesellschaftlichen Entwicklungen schaffen. Dazu
107 gehört das Ziel der **Umverteilung**. Dieses muss auch auf europäischer Ebene über
108 eine Vielzahl politischer Entscheidungen angegangen werden. Eine Angleichung der
109 Lebensverhältnisse verhindert ungesunden Wettbewerb auf Kosten von
110 Sozialstandards und kann die Grundlage einer Entwicklung hin zu den Vereinigten
111 Staaten, hin zu einem Bundestaat Europa sein, welcher wiederum auch dieses
112 Werteverständnis als Friedensmacht und Solidarmacht nach außen über die
113 Grenzen hinweg trägt. Dabei darf und kann Militär, wenn überhaupt, nur eine
114 untergeordnete Rolle spielen. Dabei ist das humanistische und friedliche Potenzial
115 der Staaten Europas und der Zivilgesellschaft, der BürgerInnen Europas gefragt.

116
117 Die Beziehungen Europas zum Rest der Welt spielen auch im Rahmen der
118 Klimafrage eine Rolle. Ohne die Solidarität des jeweils anderen Kontinents, Afrika
119 oder Europas beispielsweise, lässt sich das Klimaproblem nicht in den Griff
120 bekommen. Die Endlichkeit fossiler Brennstoffe ist eine soziale Frage (über
121 steigende Preise für die VerbraucherInnen) und gleichzeitig die Chance, auf
122 regenerative friedliche Energien umzusteigen. Es ist auch für Afrika eine Chance,
123 sich von der Abhängigkeit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung von Rohstoffreichtum zu
124 lösen und seiner Entwicklung durch eigene saubere Energie, beispielsweise
125 Sonnenenergie, Flügel zu verleihen. Und ebenso kann es Europa gelingen, sich
126 beispielsweise unabhängiger von Gaslieferungen aus Russland oder Öllieferungen
127 aus anderen Regionen zu machen. Dies muss über eine Dezentralisierung der
128 Energieversorgung erfolgen, die die günstige Versorgung der BürgerInnen sicher
129 stellt.

130
131 Das alles gilt es den BürgerInnen und Bürgern als Richtung aufzuzeigen und ihnen
132 zu erklären, mit welchen konkreten politischen Entscheidungen dies die SPD, die
133 SPE in und für Europa erreichen will.

134

135 **3. Unsere Positionen- Für ein neues europäisches Projekt!**

136

137 **Ein Blick zurück**

138

139 Nach dem zweiten Weltkrieg sollte die europäische Gemeinschaft für Kohle und
140 Stahl die Integration kriegsrelevanter Wirtschaftszweige forcieren. Zunächst schien
141 dabei eine politische Union nicht ausgeschlossen. Die Erfahrungen des Weltkrieges
142 und die enorme Zerstörungskraft menschlichen Handelns ließen den Wunsch nach
143 einem starken Friedenszusammenschluss stark werden und dennoch: die politische
144 Integration schien zunächst zu scheitern, auch wenn in Folge keine Kriege mehr
145 unter europäischen Staaten ausgetragen werden sollten. In Europa konzentrierte
146 man sich stärker auf eine wirtschaftliche Integration, die Entwicklung eines
147 gemeinsamen Binnenmarktes, einer Zollunion, einer Währungsunion und eines
148 gemeinsamen Wettbewerbsrechts. Im Rahmen des Maastrichter Vertrags wurden die
149 Bereiche die Außen- und Sicherheitspolitik, der Innenpolitik und Justiz integriert,

150 welche wichtig für die Verwirklichung des Binnenmarktes waren- jedoch nur auf
151 Grundlage intergouvernementaler Entscheidungsverfahren.
152 Schrittweise kam es auch zu einer Stärkung des europäischen Parlaments. Im
153 gescheiterten Verfassungsvertrag, aber auch im Lissabonner Vertrag erhielt das
154 Parlament Budgethoheit gemeinsam mit dem Rat, auch die Kommission ist dem
155 Parlament zunehmend verantwortlicher. Dies deutet auf eine vertiefte politische
156 Union über die wirtschaftliche Integration hinaus hin, auch wenn mit dem Scheitern
157 des Verfassungsvertrages diese erstmal ins Stocken geraten ist. Mit den großen
158 Erweiterungen in Osteuropa 2004 und 2007, stellt sich die Frage der
159 demokratischen Legitimation und nach vertiefter politischer Integration über die
160 wirtschaftliche hinaus jedoch verstärkt.

161

162 **Soziales, demokratisches, ökologisches und friedliches Europa**

163

164 Europa muss als sozialdemokratisches, sozialistisches Projekt gedacht und
165 ausgestaltet werden. Der Gedanke der internationalen Solidarität, der allen
166 sozialdemokratischen, sozialistischen Parteien inne ist, muss dazu genutzt werden,
167 eigene Interessen ein Stück weit hinter die europäische Idee zu stellen. Was bei der
168 ersten Integrationsstufe, der Herausbildung des europäischen Binnenmarktes und
169 der daraus resultierenden Institutionen möglich war, muss bei der (Weiter-)
170 Entwicklung der Sozialunion auch möglich sein. Nur wird der Weg dorthin nicht
171 leichter werden, da es die linken, progressiven Kräfte gleich mit zwei
172 Interessenkonflikten zu tun bekommen werden.

173

174 Zum einem der von konservativen Kreise, die eine Schwächung des
175 Wettbewerbprinzips und damit einen Teil ihrer Besitzstände schwinden sieht. Zum
176 anderen die Ängste in den Bevölkerungen der Wohlfahrtsstaaten mit sozialer
177 Absicherung auf hohem Niveau. Sie werden eine Schwächung ihrer nationalen
178 Standards durch eine tiefer gehende europäische Integration befürchten. Gerade
179 hierauf muss die Sozialdemokratie eingehen und eine echte Perspektive aufzeigen –
180 für einen Mehrnutzen durch europäische Integration.

181

182 **Für ein Soziales Europa**

183

184 Europa ist ein Projekt, welches zuletzt maßgeblich in ökonomischen Kategorien
185 gedacht und vorangetrieben wurde – das mag nicht unbedingt die
186 Gründungsvorstellung der Mütter und Väter der europäischen Idee gewesen sein.
187 Die treibende Kraft europäischer Integration der letzten Dekaden war das Ziel des
188 gemeinsamen Marktes. Das ist zu wenig, um Europa zu einem Projekt zu machen,
189 dem die Menschen mit großer Akzeptanz gegenüber stehen. Die Menschen wollen
190 mehr als Reisefreiheit, wenn sie an Europa denken – die wollen ein Soziales Europa.

191

192 Doch was ist das – ein **Soziales Europa**? Hier bleibt auch die Sozialdemokratie
193 bisweilen eine schlüssige Antwort schuldig. Soziales Europa ist ein guter Slogan –
194 darf aber nicht zur leeren Worthülse verkommen. Wir sind aufgefordert, das Soziale
195 Europa zu definieren, es mit Leben zu füllen und vor allem Instrumente zu benennen,
196 wie wir es verwirklichen wollen. Nur so machen wir mit unserer Politik auch definitive
197 Angebote an die Menschen.

198

199 Die soziale Integration muss der ökonomischen Integration ebenbürtig werden.

200

201 Die Angleichung der Lebensverhältnisse und sozialer Schutzmechanismen müssen
202 vorangetrieben werden. Dabei ist die Schwierigkeit zu meistern unterschiedliche
203 wohlfahrtstaatliche Prägungen und Pfade sowie erhebliche Niveauunterschiede
204 miteinander in Einklang zu bringen. Was aber bei der Schaffung des gemeinsamen
205 Binnenmarktes möglich war, muss auch hier möglich sein. Wo der politische Wille für
206 ein Projekt ist, da ist auch ein Weg.

207
208 Dumpingwettbewerb auf Kosten der anderen Mitgliedstaaten kann und darf sich
209 Europa nicht leisten – es schadet am Ende allen. Wir haben das erkannt! „Beggar my
210 neighbor-Verhalten“ passiert derzeit vor allem in der Steuer- und Abgabepolitik
211 sowie im Lohnbereich.

212
213 Es ist klar, wir brauchen in der Europäischen Union eine Regelung zum gesetzlichen
214 Mindestlohn. Wir müssen aber auch sagen, wie wir den gestalten wollen. Eine
215 einheitlich gesetzte Euro-Zahl kann dies nicht sein. Wir sagen: Niemand gleich wo
216 er/sie arbeitet darf weniger als 60 v.H. des Durchschnittlohns (arithmetische Mittel)
217 verdienen. Mit dieser Grenze schaffen wir, bei regelmäßiger Überprüfung der Höhe
218 des Mindestlohns, eine kontinuierliche, diskretionäre Anhebung des
219 Niedriglohnniveaus – egal in welchem Land. Es geht und es muss nach oben gehen
220 mit dem Lohnniveau. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – egal wo in Europa.
221 Geschlechterdiskriminierung darf es bei Lohn und Karrierechancen nicht geben. Hier
222 braucht es weitergehendere Antidiskriminierungsrichtlinien.

223
224 Die Mitgliedstaaten liefern sich einen ruinösen Steuerwettbewerb, vor allem im
225 Bereich der Unternehmensbesteuerung. Dieser Steuerwettbewerb geht gerade von
226 den großen, wirtschaftlichen starken Ländern aus. Langfristig entziehen sie sich mit
227 Steuerdumping aber nur das eigene Steuersubstrat. Es braucht eine einheitliche
228 Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung sowie Mindestsätze.
229 Hieraus muss eine eigenständige Finanzquelle für die EU abgeleitet werden.

230
231 In der EU müssen Daseinvorsorgebereiche geschützt werden. Das Marktprinzip darf
232 nicht auf öffentliche Güter ausgeweitet werden. Der Wettbewerbsfokus ist hier
233 unangebracht. Wasserversorgung, Energie, Bildung und Mobilität der Massen
234 werden wir nicht für alle unabhängig vom Geldbeutel sicherstellen, wenn wir sie den
235 Kräften des Marktes überlassen.

236
237 In der EU bedarf es vor allem Mindeststandards in Bereichen des Arbeitsschutzes –
238 Stichwort Gute Arbeit – aber auch bei der Sozialen Sicherung. Standards haben den
239 Vorteil, dass sie zielspezifisch eingesetzt werden können. Aber um Sozialdumping zu
240 verhindert braucht es Mindestausgabenquoten. Sie haben den Vorteil, dass sie den
241 Mitgliedsstaaten einen großen Spielraum bei der Umsetzung lassen. → ggf. diese
242 Teile hier noch mal thematisch ordnen....

243
244 Ein wichtiger Schritt ist die Europäisierung gerade der Sozialversicherungszweige,
245 die durch den ökonomischen Integrationsprozess unter Druck geraten sind. Eine EU-
246 weite Basis für die Arbeits(losen)versicherung wäre eine erste Perspektive.

247
248 Zentral wird die Umsetzung von makroökonomisch orientierter Wirtschafts- und
249 Beschäftigungspolitik. Die EZB spielt hierbei eine wichtige Rolle. Ihre Aufgabe kann
250 in Zukunft nicht mehr nur monokausal auf Geldwertstabilität ausgelegt sein – ihre
251 Instrumente zeigen zudem wenig Wirkung bei Inflation, die durch Teuerung der

252 Rohstoffpreis getrieben ist. Stabiles Wirtschaftswachstum und ein hoher
253 Beschäftigungsgrad müssen dagegen in ihren Zielkatalog aufgenommen werden.

254

255 **Für ein Europa der Bildung und Emanzipation, nicht der ökonomischen** 256 **Wissensgesellschaft**

257

258 Die Grundlagen einer „Guten Arbeit“ europaweit sind Ausbildungsstandards auf
259 gleich hohem Niveau. Ziel muss es sein, in allen EU-Ländern für jeden jungen
260 Menschen einen qualifizierten Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Die
261 Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass Bildungsabschlüsse
262 jeglicher Art in Europa auch über die Grenzen hinweg problemlos anerkannt werden.
263 Dies ist insbesondere dann wichtig, wenn es um eine gemeinsame europäische
264 Identität geht. Viele SchülerInnen und StudentInnen gehen bereits für längere
265 Zeiträume ins EU-Ausland - sie sind es, die bereits heute das Leben, was
266 PolitikerInnen als Zukunft Europas propagieren. Auch im Rahmen einer
267 Berufsausbildung muss es möglich sein, Praktika oder Fortbildungen im
268 europäischen Ausland zu absolvieren, welche im Heimatland anerkannt werden.

269

270 Der Zugang zu Bildung hängt nicht nur in Deutschland sehr von der sozialen
271 Herkunft ab. Um diesen nicht hinnehmbaren Zustand ein für allemal zu überwinden,
272 fordern wir ein Schulsystem für Europa, - in einem ersten Schritt über die
273 Vereinbarung gemeinsamer Bildungsstandards - in dem die Durchlässigkeit von der
274 ersten Klasse an gegeben ist und Kinder frühzeitig und individuell gefördert werden.
275 Bildung darf nicht eine Frage der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern sein. Eine
276 Ökonomisierung von Bildung im Allgemeinen, wie sie seit Beschluss der Lissabon-
277 Strategie vorangetrieben wird, um den Sprung in eine „Wissensgesellschaft“ zu
278 ermöglichen, lehnen wir ab. Wahrhafte Innovation als Grundlage sozialer und
279 wirtschaftlicher Entwicklung kann nicht vordergründig unter ökonomischen Druck
280 stattfinden, sie muss immer zunächst die Emanzipation des Individuums
281 ermöglichen.

282

283 **Für ein sozial-ökologisches Europa**

284

285 Wir Jusos wollen in Europa eine einheitliche europäische Energiepolitik vorantreiben.
286 Diese Politik muss den Umbau zu regenerativen Energien zu ihrem zentralen Ziel
287 machen. Die ökologische Frage ist die zentrale soziale Frage des neuen
288 Jahrhunderts. Zum einen ist nur über regenerative Energien langfristig der Schutz
289 und Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Eindämmung und
290 Bekämpfung des Klimawandels möglich. Wir sprechen uns hier entschieden gegen
291 eine Renaissance von Atomenergie oder Kohle aus. Weder verspricht die
292 Atomenergie aufgrund der Knappheit des Urans weltweit preisliche Vorteile, noch
293 kann die Frage der Endlagerung vom Atommüll gelöst werden. Die Folgen des
294 Endlagerungsproblems sind insbesondere in Asse gerade wieder zu beobachten-
295 unser Grundwasser und damit der ökologische Kreislauf sind enorm in Gefahr. Auch
296 das CO₂-ärmer verbrennende Gas kann keine Lösung sein, denn es stürzt Europa
297 nur weiter in Abhängigkeiten von demokratisch fragwürdigen Ländern, die somit ein
298 Druckmittel gegen Europa haben. Auf der anderen Seite bieten regenerative
299 Energien auch die Chance auf dezentralere Strukturen, d.h. demokratischere
300 Strukturen der Energieversorgung und regionale Wirtschaftskreisläufe, was
301 wiederum der Sachzwanglogik Globalisierung des Kapitals eine Alternative
302 entgegengesetzt. Das EEG (Erneuerbare Energiengesetz) kann u.a. ein Ansatz für ein

303 vergleichbares europäisches Modell sein. Der Emissionshandel, der lediglich ein
304 Instrument, nicht DAS Instrument im Kampf gegen den Klimawandel ist, muss
305 europäisch organisiert werden. Aber er kann auch nur kurz- bis mittelfristig greifen,
306 denn Ziel muss es sein, die CO₂-Emissionen, genauso, wie die Emission anderer
307 noch viel klimaschädlicherer aber auch für den Menschen gefährlicher Gase, auf ein
308 Minimum zu reduzieren. Hier seien nur stellvertretend die Stickoxide genannt. Viele
309 scheinbare Innovationen reduzieren zwar den CO₂-Ausstoß, jedoch auf Kosten eines
310 höheren Stickoxid-Ausstoßes. Es soll auf tatsächliche Innovationen gesetzt werden
311 und die Forschung in zu fossilen Brennstoffen alternativen Sektoren unterstützt
312 werden. Grenzwerte müssen nicht nur für CO₂ entwickelt werden, sondern auch für
313 andere Gase und Stoffe. Weiter würde eine europäische Kerosinsteuer Europa eine
314 eigene Einnahmequelle neben der möglichen europäischen Unternehmenssteuer
315 sichern und gleichzeitig einen weiteren Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel
316 und für den Umbau des Energiesystems leisten. Biosprit lehnen wir nicht
317 grundsätzlich ab, so lange er nicht aus potentiellen Nahrungsmitteln gewonnen wird,
318 erwarten aber, dass die europäische Union nicht vordergründig auf diesen setzt-
319 Erkenntnisse die auch im Zusammenhang mit der weltweiten
320 Nahrungsmittelknappheit und der Verdrängung der Nahrungsmittelproduktion durch
321 die Produktion von Biosprit eine Frage internationaler Solidarität sind. Auch hier ist
322 die Energiefrage wieder eine soziale und ökologische Frage zugleich. Im Zuge eines
323 gemeinsamen Europas ist es auch wichtig neue umweltschonendere Technologien
324 zu teilen und nicht den Profit und die Interessen des einzelnen Staates in den
325 Vordergrund zu stellen.

326 Im Bereich des Artenschutzes sind auch weitere Schritte, wie die Einrichtung
327 internationaler Naturschutzgebiete denkbar. Auch Europa bietet noch eine große
328 Artenvielfalt. Diese gilt es zu erhalten und weiter auszubauen. Der Mensch muss
329 wieder lernen Verantwortung für die Natur zu übernehmen, die er weltweit in den
330 letzten Jahrhunderten zurückgedrängt hat. Unser Planet ist ein empfindliches
331 System, das nur in Harmonie überleben kann. Dies muss allen auch in Europa
332 bewusst werden. Auch hier können wir als die HauptverursacherInnen des
333 Klimawandels VorreiterInnen im positiven Sinne sein.

334

335 **Für ein Europa des Friedens und der Solidarität**

336

337 Unser Anspruch an Europas Rolle in der internationalen Gemeinschaft ist der eines
338 solidarischen und friedlichen Europas. Wir Jusos fordern im Rahmen unseres
339 antimilitaristischen Grundverständnis eine neue europäische Abrüstungsinitiative, die
340 den Bestrebungen osteuropäischer Staaten und der USA ein Raketenabwehrsystem
341 zu errichten, eine klare Absage erteilt. Die EU muss endlich auf eine Ratifizierung
342 des KZE-Vertrages drängen. Eine europäische Armee sollte es nur dann geben,
343 wenn diese zu einer Abrüstung im Ergebnis beiträgt, d.h. gleichzeitig nationale
344 Armeen aufgelöst werden. Natürlich müsste eine europäische Armee unter
345 Parlamentsvorbehalt des europäischen Parlaments stehen und dürfte nur auf
346 Grundlage eines UN-Mandats im Rahmen humanitärer Einsätze eingesetzt werden.
347 Insgesamt aber muss die Schwäche der EU einen eigenen umfassenden
348 Militärapparat aufzubauen, die Stärke der EU sein, auf diplomatische und politische
349 Problemlösung von Konflikten zu setzen. Dies ist der Kern für uns, wenn wir von
350 Friedensmacht Europa sprechen.

351

352 Darüberhinaus sehen wir Jusos eine faire gemeinsame
353 Entwicklungszusammenarbeit als solidarischsten und effektivsten Beitrag zu mehr

354 Frieden in der Welt. Umverteilung kann nicht nur nationalstaatlich oder in einem
355 zweiten Schritt europäisch geregelt werden, sondern muss weltweit stattfinden. Dazu
356 ist insbesondere die Verwirklichung der Milleniumsziele, bei denen es noch nicht so
357 sehr um Umverteilung, sondern zunächst um Armutsbekämpfung geht, wichtig. Hier
358 hat die EU eine besondere Verantwortung, bleibt aber weit hinter den Zielen zurück.
359 Dazu ist die Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des BNE je Staat notwendig.
360 Der EEF (Europäische Entwicklungshilfefonds) muss endlich auch von allen Staaten
361 als wirksames Instrument einer einheitlichen, kohärenten und multilateralen
362 Entwicklungshilfe anerkannt werden. Die Gelder des Fonds müssen aber dann auch
363 dem für uns zentralen Kriterium der Bedürftigkeit gerecht werden. Im Rahmen einer
364 internationalen Entschuldungsinitiative, dürfen Schuldrückzahlungen aber auch nicht
365 positiv in den Salden der Entwicklungszusammenarbeitsausgaben der
366 Industrieländer vermerkt werden. Diese Möglichkeit nutzen viele Länder, um die
367 Zahlen ihrer Entwicklungszusammenarbeit zu schönen und manchmal kommen nur
368 deshalb Entschuldungen zusammen. Was die Entwicklungsstaaten jedoch brauchen,
369 ist frisches Geld für eine faire Entwicklung. Wir Jusos kämpfen im Rahmen der
370 Europawahlen für ein Verständnis von Solidarität, welches sich zentral am Bedürfnis
371 der Länder und Menschen des Südens orientiert.

372
373 Auch die Migrationspolitik, der EU, so sie überhaupt als einheitlich bezeichnet
374 werden kann, orientiert sich nicht an dieser Bedürftigkeit. Die Kehrseite der von allen
375 EuropäerInnen genossenen Freizügigkeit innerhalb des Schengenraums ist eine
376 immer größere Abschottung der äußeren Grenzen. Deutlich wird das immer wieder
377 an den Flüchtlingen aus Afrika, die versuchen unter Lebensgefahr über das
378 Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Die Abschottung an den Grenzen durch
379 verstärkte Kontrollen durch FRONTEX trägt zur Lebensgefährdung der Flüchtlinge
380 und zur Aktivität von Schlepperbanden bei. Wir fordern eine menschlichere
381 Handhabung der Grenzkontrollen. Asyl- und Migrationspolitik muss auf europäischer
382 Ebene gelöst werden. Wir fordern eine offene Gestaltung und die Einführung eines
383 europäischen Asylrechts für alle Menschen, „deren Leib und Leben in Gefahr ist,
384 ohne Berücksichtigung der Gründe für die Gefährdung“. Die Mitverantwortung der
385 EU für die Einwanderung muss erkannt werden. So trägt neben humanitären
386 Gründen wie Krieg und Verfolgung auch die europäische Agrar- und Fischereipolitik
387 zur Auswanderung bei. Flucht passiert nicht freiwillig! Die EU kann so dazu
388 beitragen, dass der Zwang zur Auswanderung aufgehoben wird. Auch innerhalb der
389 EU werden Menschen je nach ihrer „Wirtschaftlichkeit“ unterschiedlich behandelt.
390 Dies darf jedoch kein Kriterium für die Freizügigkeit sein. Daher fordern wir die
391 Beendigung der Begrenzungen der Freizügigkeit von nicht qualifizierten
392 ArbeitnehmerInnen der Osteuropäischen Länder innerhalb der EU. Die Gefahr des
393 Lohn- und Sozialdumpings kann über das Entsendegesetz abgefedert werden. Dies
394 meinen wir, wenn wir von der Solidarmacht Europa sprechen.

395
396 Eine solche Politik kann besser gemeinsam von allen Staaten der EU umgesetzt
397 werden als von einzelnen Mitgliedsstaaten mit unterschiedlichen Interessen als
398 Beweggründen. Ziel der politischen Integration ist daher auch eine gemeinsame
399 Außenpolitik. Bisher wird das außenpolitische Handeln der EU von Anhörungen des
400 EU-Parlaments abgesehen ausschließlich von den Regierungschefs entschieden.
401 Dies muss demokratischer gestaltet werden. Das Europäische Parlament und (bis
402 eine wirkliche Verfasstheit Europas erreicht ist) die nationalen Parlamente müssen
403 daher bei allen außenpolitischen und sicherheitspolitischen Fragen mitentscheiden
404 dürfen. Die zentrale Organisation der internationalen Gemeinschaft zur Sicherung

405 des Friedens ist die UN als Vertreterin (fast) aller Staaten. Die EU muss ihre
406 Verantwortung für Frieden und Solidarität in der Welt wahrnehmen und die UN in
407 ihrer Rolle als Friedensorganisation unterstützen und auf eine solidarische und
408 effektive Wahrnehmung dieser Funktion hinwirken. Dieses Ziel lässt sich am besten
409 aus der Organisation heraus wahrnehmen. Bestandteil einer gemeinsamen EU-
410 Außenpolitik muss daher auch ein gemeinsamer Sitz im UN-Sicherheitsrat sein.

411
412 Voraussetzung dafür ist die Schaffung der Völkerrechtssubjektivität der EU
413 (vorgesehen im Entwurf zum Lissabonner Vertrag und zum Verfassungsvertrag) und
414 eine Änderung der UN-Charta hinsichtlich der Mitgliedschaft von Internationalen
415 Organisationen. Eine Neugestaltung der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat kann nur im
416 Zusammenhang mit einer Reform des Sicherheitsrates erfolgen. Die
417 Zusammensetzung des Sicherheitsrates schließt entsprechend der
418 Machtverhältnisse von 1945 einen Großteil der (Entwicklungs-) Staaten und damit
419 der Weltbevölkerung aus. Europa dagegen ist mit drei ständigen Mitgliedern völlig
420 überrepräsentiert. Dementsprechend lehnen wir zugunsten eines europäischen
421 Sitzes einen deutschen Sitz ab. Dies entspricht nicht unseren Ansprüchen an eine
422 demokratische, repräsentative und legitimierte Weltorganisation. Nur über eine
423 solche Reform kann die UN ihre Legitimität und Akzeptanz und so ihre Effektivität
424 wahren.

425

426 **Für eine starke SPE und ein progressives Europa**

427

428 Um die ausgeführten Positionen auch umsetzen zu können, bedarf es einer
429 gemeinsamen Strategie innerhalb der europäischen Parteienfamilie der
430 sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien. Auch im Unterschied zur
431 Linkspartei kann es uns Jusos in der SPD nicht reichen, uns bei der Frage von
432 Sozialstaatlichkeit auf nationalstaatliche Lösungen zurückzuziehen. Wir kämpfen im
433 Rahmen von ECOSY und der SPE für ein progressives Europa. Dazu muss die SPE
434 zur Mitgliederpartei werden die mit einheitlichen Zielen und einem eigenen
435 Programm auftritt. Parallel dazu und mit dem Ziel dieser geeinten SPE müssen
436 nationale Parteien stärker vernetzt werden, in diesen wiederum muss eine starke
437 Vernetzung von europapolitischen Interessierten innerhalb der Partei stattfinden.
438 Diese Schritte sind für eine demokratische Mehrheit im europäischen Parlament und
439 in anderen europäischen Institutionen notwendig. Es sind erste Schritte auch zur
440 Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit. Diese wird nur möglich werden, wenn
441 es gelingt ein ganzheitliches und einheitliches Politikverständnis der SPE zu
442 vermitteln.

443

444 Eine verstärkte Koordinierung auch der parlamentarischen Zusammenarbeit
445 zwischen europäischen Fraktionen und der jeweiligen nationalstaatlichen Fraktionen
446 in den Parlamenten ist zur Schaffung progressiver Mehrheiten genauso notwendig,
447 wie die die Schaffung einer programmatisch starken SPE. Gerade bei der Frage des
448 sozialen Europas, stehen wir hier von großen Herausforderungen schon innerhalb
449 der SPE auf gemeinsame Nenner zu kommen, was uns als Landesverband oder
450 etwa Bundesverband der Jusos jedoch nicht davon abhalten darf, klare Position zu
451 beziehe, welches unsere perspektivischen Vorstellungen von Europa sind.

452

453 **Für eine Europäische Perspektive...**

454

455 **...hin zu einer europäischen Staatlichkeit und BürgerInnenrechte**

456

457 Wir Jusos setzen uns klar für eine vertiefte politische Integration der europäischen
458 Union ein. Wir fordern über den Lissabonner Vertrag hinaus Schritte der Entstehung
459 einer europäischen, demokratisch legitimierten Staatlichkeit durch eine Stärkung des
460 Parlaments. Dabei ist nachwievor das Subsidiaritätsprinzip im Rahmen eines
461 europäischen, demokratischen Mehrebenensystems zu sehen. Um demokratische
462 Mitbestimmung zu stärken, reicht jedoch die Stärkung des Parlaments nicht aus.

463

464 Wir brauchen europäische einklagbare Grund- bzw. BürgerInnenrechte. Zwar gibt es
465 europäische Grundrechte (von der Rechtsprechung entwickelt), an die die Organe
466 der EU gebunden sind und deren Einhaltung vom EuGH geprüft wird. Es muss aber
467 erreicht werden, dass es einen verbindlichen geschriebenen Grundrechtskatalog
468 gibt. Nur so ist transparent und eindeutig bestimmt, auf welche Rechte die
469 Bürgerinnen sich berufen können. Die Grundrechte-Charta muss verbindlich werden
470 und die Möglichkeit zur Klage eröffnen. Grundrechte müssen der Maßstab des
471 Handelns sein - sie dürfen nicht mit den wirtschaftlichen Grundfreiheiten abgewogen
472 werden.

473

474 Zudem muss jede BürgerIn Europas ein Wahlrecht für alle Wahlen ihres Wohnorts
475 erhalten. Ein weiterer Schritt wären europäische Wahlkreise und die stärkere
476 Nutzung der Möglichkeit von Kandidaturen auf anderen nationalen Listen innerhalb
477 der Parteienfamilien.

478

479 **... hin zu einer europäischen Zivilgesellschaft**

480

481 Über das rein „konservative“ Staatsmodell hinaus sehen wir Jusos jedoch eine
482 wichtige Funktion in einer europäischen Zivilgesellschaft. Eine reine Unterscheidung
483 in Staat und Privat gibt es heute nicht mehr. Unsere Aufgabe als Jusos auch im
484 Rahmen der Doppelstrategie ist es, gesellschaftliche und insbesondere kritische
485 linke Kräfte aus der Zivilgesellschaft in unseren Kampf für ein progressives Europa
486 mit einzubeziehen. Eine europäische Staatlichkeit kann nicht schlicht dem Vorbild
487 eines Nationalstaates der 60er und 70er gerecht werden. Gerade um eine
488 Gegenmacht zu starken Lobbygruppen in Europa aufzubauen, muss die Europäische
489 Union NGO's und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren bzw. staatlichen
490 Vorfeldorganisationen insbesondere auch finanzielle Handlungsspielräume durch
491 Begünstigungen schaffen. Gerade im Rahmen der Bekämpfung von
492 Rechtsextremismus und den europäischen Finanzierungsprogrammen müssen für
493 gut funktionierende Projekte bürokratische Schranken abgebaut werden und
494 insbesondere eine längerfristige Finanzierung möglich sein, als es derzeit der Fall ist.
495 Dies wären beispielhafte Förderungen für eine starke europäische Zivilgesellschaft.

496

497 **... hin zu den Vereinigten Staaten von Europa mit „offenen“ Grenzen**

498

499 Auf dem Weg zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ darf die EU nicht an den
500 geographischen Grenzen des Kontinents haltmachen. Daraus folgt, dass Europa
501 offen sein muss für die Staaten, die unsere Werte teilen. Die Beitrittsperspektiven für
502 die Türkei, den Balkan, die Ukraine und den Nahen Osten müssen weiter verfolgt
503 werden. Daraus ergeben sich Perspektiven für diese Länder, demokratische
504 Reformen zu forcieren und wirtschaftliche Entwicklung zu genießen.

505 Das Friedensprojekt, dass im Westen bereits erfolgreich war, bietet die Chance die
506 Teilung Europas durch den Ost- Westkonflikt und langfristig den Nahostkonflikt

507 endgültig zu überwinden. Gerade die Mitgliedschaft der Türkei bietet die Chance,
508 eine Brücke zu Asien und zu den islamischen Staaten zu bauen.

509

510 **4. Umsetzung**

511

512 Um unseren Forderungen im Rahmen des Wahlkampfes deutlich zu machen,
513 möchten wir Jusos eine Reihe von Veranstaltungen, Seminaren im Vorfeld des
514 Wahlkampfes als auch Wahlkampf selbst planen. Zielgruppe ist sowohl der Verband
515 (dessen Mobilisierung) und darüber hinaus insbesondere junge WählerInnen. Der
516 Fokus liegt auf einem starken inhaltlichen Programm und bei konkreten Aktionen und
517 Veranstaltung auf einer Kooperation mit Regionalverbänden und Unterbezirken, bei
518 denen Interesse besteht.

519 Wir möchten natürlich auch die KandidatInnen unterstützen, wo es geht. Ziel ist es
520 drei KandidatInnen aus RLP in das europäische Parlament zu bekommen und der
521 SPE insgesamt zu einem stärkeren Ergebnis als 2004 zu verhelfen. D

522

523 er Wahlkampf hängt stark vom Engagement von uns Jusos ab. In Absprache und
524 Kooperation, mit anderen Landesverbänden, dem Bundesverband, der MJS, Ecosy,
525 und den Jungen Teams, deren Koordination der Bundesverband der Jusos
526 übernommen hat, möchten wir einen frischen und mutigen Wahlkampf führen, der
527 das soziale Europa in den Fokus nimmt und eine klare politische Perspektive
528 Europas aufzeigt.

529

530 **Veranstaltungen**

531

532 Anfang 2009 ist eine Veranstaltung mit Andrea Nahles zum Thema „Finalität
533 Europas“ geplant. Das genaue Konzept der Veranstaltung wird noch in der zweiten
534 Jahreshälfte ausgearbeitet werden müssen, es soll sich aber am Vorbild der
535 kommunalpolitischen Abende orientieren, d.h. eine Abendveranstaltung sein. Ziel ist
536 es vor allem, einmal konkreter über Visionen zu diskutieren.

537

538 Der RV Pfalz wird eine Straßburg-Fahrt am 16. Dezember veranstalten. In Arbeit ist
539 u.a. ein Treffen mit der MJS und der JEF Straßburg am nächsten Tag zu machen,
540 d.h. die Fahrt zu einer zweitägigen Fahrt zu machen. Der Landesverband wird den
541 RV hier nach Kräften unterstützen

542

543 Nicht direkt von uns Jusos initiiert, aber für die Frage wie europäische Integration
544 konkret erlebbar ist relevant, ist ein Konvent der Jugendparteien aus dem Saar-Lor-
545 Lux Raum in Luxemburg im Februar 2009. Hier können wir Jusos uns zu den
546 Themen Mobilität usw. mit eigenen TeilnehmerInnen einbringen und so auch etwas
547 die Auseinandersetzung mit den anderen Jugendorganisationen finden. Dies fällt
548 nicht unter Wahlkampf, ist aber für die inhaltliche Orientierung sicherlich hilfreich. Der
549 Landesverband wird auch hier nach Kräften weiterhin unterstützen.

550

551 Auf jeden Fall müssen die Hochschulgruppen und ausländische
552 Studierendengruppen frühzeitig mit einbezogen werden. Hier bietet sich an
553 Informationen zum Wählen im EU-Ausland anzubieten oder auch nochmal auf das
554 Kommunalwahlrecht für EU-Ausländer einzugehen (das auch für die Unterbezirke
555 generell wg. Verzahnung Kommunalwahlen und Europawahlen wichtig). Je nachdem
556 wäre dann auch eine Veranstaltung in Kooperation mit den HSG'en an einer
557 Hochschule möglich.

558

559 Anfang 2009 wird der Landesverband in Kooperation mit Unterbezirken und
560 Regionalverbänden ein Europawahlkampfseminar anbieten (ein oder zweitägig). Hier
561 ist zunächst mal nachzuhören, inwiefern das Interesse bei den Unterbezirken
562 besteht. Ziel wäre es, konkrete inhaltliche Grundlagen zu vermitteln, aber auch
563 Aktionsvorschläge durchzuspielen und Methodentraining anzubieten. Nebenergebnis
564 ist die engere Vernetzung von europapolitisch Interessierten Jusos in RLP.

565

566 Grundsätzlich soll auch die Idee einer gemeinsamen Veranstaltung mit der DGB-
567 Jugend weiterverfolgt werden, allerdings müssen hier weitere Gespräche geführt
568 werden.

569

570 **Input und Seminare für Unterbezirke**

571

572 Der Landesverband bietet den Regionalverbänden und Unterbezirken ein Europa-
573 Grundlagenseminar an, welches auf Anfrage beim Landesbüro bestellt werden kann.
574 Die Inhalte des Seminars reichen von der Vermittlung grundlegenden Wissens über
575 die europäischen Institutionen und deren Funktionsweisen bis hin zu der Diskussion
576 eigener Positionen in aktuellen europapolitischen Fragestellungen. Im Seminar soll
577 u.a. auch, wenn gewünscht, Verknüpfungspunkte von Kommunal- und Europapolitik
578 aufgezeigt werden. Dies spielt insbesondere deshalb eine Rolle, weil zu erwarten ist,
579 dass sich viele GenossInnen auch im Kommunalwahlkampf befinden werden. Wir
580 hoffen, damit mehr GenossInnen auch für den Europawahlkampf und europäische
581 Themen gewinnen zu können. Neben dem flexiblen Basis-Seminarangebot wird der
582 Landesverband in Kooperation mit den Regionalverbänden und einzelnen
583 Unterbezirken ein Europawahlkampfseminar durchführen. Ziel ist die Vermittlung von
584 Juso-Wahlkampfthemen, aber darüber hinaus von methodischen
585 Herangehensweisen im Wahlkampf.

586

587 **Wahlkampfmaterial**

588 Wir möchten gerne gemeinsam mit dem Verband Materialien entwickeln. Dies soll
589 zum Teil über ein gesondertes Treffen, zum Teil über das Wahlkampfseminar
590 gelingen. Eingebunden werden sollen auch gleich GenossInnen, die in Layout-
591 Fragen bewandert sind. Je nach Finanzen sollen sowohl langfristige inhaltliche
592 Flyer als auch Flyer mit kurzen Inhalten in Postkartenformat gemacht werden. Ein
593 Juso-Plakat möchten wir gerne gemeinsam mit dem Bundesverband machen.
594 Darüber hinaus lässt sich die Kampagne deine-stimme-gegen-rechts problemlos in
595 den Wahlkampf integrieren

596

597 **KandidatInnenunterstützung**

598 Die KandidatInnen stehen fest. Nun möchten wir uns gerne mit ihnen treffen und
599 ihnen unsere Unterstützung anbieten. Dabei wollen wir auch unsere Positionen
600 deutlich machen. Dazu soll es in Absprache mit den Regionalverbänden ein Treffen
601 mit den jeweiligen KandidatInnen geben. Ziel ist es, mindestens eine Veranstaltung
602 je RV, mit der / dem jeweiligen KandidatIn durchzuführen.

603

604 **Homepage-Kampagne**

605 Wir unterstützen den Wahlkampf und die Mobilisierung mit einer Webplattform.
606 Zentrales Element dieser Plattform wird ein Blog sein, in dem über den Wahlkampf,
607 über die Juso-Positionen und über die KandidatInnen berichtet wird. Alle paar
608 Wochen wird es einen Schwerpunkt zu einem für uns wichtigen europapolitischen

609 Thema geben. Dies besteht aus einer Einführung ins Thema, der Vorstellung der
610 Juso-Position und die der KandidatInnen sowie die Verlinkung von relevantem
611 Material. Je nach Bedarf wird dies durch Aktionen wie einen Videowettbewerb bei
612 youtube, einen Fotowettbewerb o.ä. ergänzt.

613 Die Mobilisierung und Sensibilisierung wird dadurch unterstützt, dass Positionen und
614 Argumentationshilfen zum Download angeboten werden, es eine Übersicht über
615 relevante Termine und Veranstaltungen gibt, wichtige Websites verlinkt werden und
616 Unterstützungsbannern und -grafiken für den Wahlkampf angeboten werden.

617 Die Webplattform selbst wird unter der URL europa.jusos-rlp.de eingerichtet.

618

619 **Aktionsvorschläge**

620 Neben den Materialien möchten wir den Unterbezirken und Regionalverbänden auch
621 wieder Aktionsvorschläge anbieten. Das Rad muss nicht immer völlig neu erfunden
622 werden, es gibt viele gute Beispiele erfolgreicher Aktionen. Ohne großen Aufwand
623 sollen so dezentrale kleinere Aktionen angeregt werden.

624

625 Gemeinsam mit euch wollen wir das alles umsetzen. Der Juso Landesverband zeigt
626 sich gerne offen für weitere Ideen aus dem Verband.

627

628 Das soziale Europa kann das Projekt der Zukunft für die deutsche und europäische
629 Sozialdemokratie werden. Wir Jusos wollen vorangehen- Freiheit, Gerechtigkeit und
630 Solidarität muss europäisch und international erkämpft werden .Sonst bleibt jede
631 Bemühung vor Ort folgenlos! Auf ein guten Wahlkampf 2009!

1
2
3 **AdressatInnen:** SPD Landesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion
4

5 **Weg mit der Männerwirtschaft!**
6 **Her mit einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft!**
7

8 Die Jusos RLP fordern die Einführung eines Gleichstellungsgesetzes für die
9 Privatwirtschaft.

10 Nur gesetzliche Grundlagen können effektiv Gleichstellung fördern.

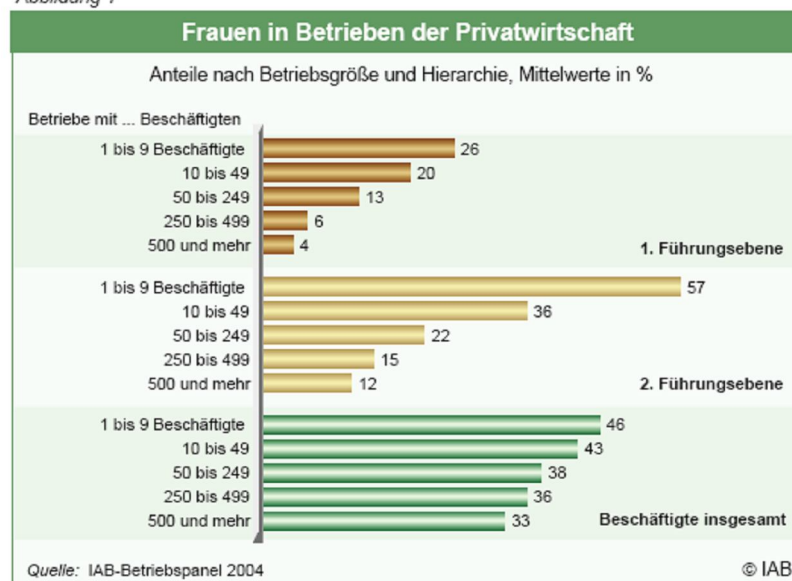
11 Das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft muss sich an folgenden Leitlinien
12 orientieren:

- 13
- 14 • klare Vorgaben zur Förderung der Chancengleichheit durch effektive
 - 15 Zielvorgaben für die Vergabe von Arbeits- und Ausbildungsplätzen;
 - 16 • verbindliche Gleichstellungspläne in Betrieben;
 - 17 • eine Quotenregelung von 40% für die Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften
 - 18 sowie für die Vorstände von Unternehmen ab 500 MitarbeiterInnen mit
 - 19 effektiven Sanktionsmechanismen angelehnt an das norwegische Modell;
 - 20 • Gleichstellungsbeauftragte mit effektiven Rechten und Kompetenzen, die
 - 21 Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern initiieren und
 - 22 kontrollieren;
 - 23 • bessere Rechte bei konkreten Benachteiligungen, wie z.B. ein
 - 24 diskriminierungsfreies Auswahlverfahren bei Einstellungen und
 - 25 Beförderungen;
 - 26 • wirksame Sanktionen durch ein Verbandsklagerecht für Frauenverbände und
 - 27 Gewerkschaften sowie Sanktionen bei Verstößen gegen vereinbarte
 - 28 Gleichstellungsziele;
 - 29 • die Bindung der öffentlichen Auftragsvergabe an Maßnahmen zur
 - 30 Chancengleichheit –unter Berücksichtigung der jüngsten europäischen
 - 31 Rechtsprechung;
 - 32 • eine Gleichstellungskommission auf Bundesebene in Anlehnung an
 - 33 internationale Vorbilder;
 - 34 • effektive Regelungen zur Beseitigung von Lohndiskriminierung und zum
 - 35 Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz.
- 36

37 **Begründung:**

38 In den Leitungsgremien der Privatwirtschaft sind Frauen nach wie vor
39 unterrepräsentiert. Während Frauen 45% aller Beschäftigten stellen,
40 sind sie in der obersten Leitungsebene nur noch mit 25 % (West 23%, Ost 30%)
41 vertreten. Je größer die Unternehmen sind, desto schwieriger scheint es für Frauen
42 zu sein, in die entsprechenden Führungsgremien aufzusteigen. Schaut man sich z.B.
43 die DAX-30 Vorstände an findet man lediglich eine Frau in allen Vorständen
44 zusammen.
45

Abbildung 1



2

46

47

48 Diese Bild hat sich in den letzten Jahren wenig geändert, auch wenn der dritte
 49 Bericht zur freiwilligen Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den
 50 Spitzenverbänden der Wirtschaft ein euphorischeres Bild beschreibt in Anbetracht
 51 dessen, dass sich die Anteile von Frauen in Führungspositionen in den letzten
 52 Jahren gesteigert haben. IN Anbetracht der obigen Zahlen gibt es jedoch aus
 53 unserer Sicht keinen Grund zu jubeln und auf dem status quo einer unverbindlichen
 54 Vereinbarung zu verharren.

55 Im Wahlprogramm 1998 hat die SPD bereits ein Gleichstellungsgesetz für die
 56 Privatwirtschaft versprochen. Ende der 90er lag es auf dem Tisch, verschwand aber
 57 auf Druck der Wirtschaft schnell wieder in Ministeriumsschubladen. Der Druck aus
 58 der Wirtschaft war einfach zu groß. Und so befand man dann in großem Konsens,
 59 dass man wie so oft freiwillige Vereinbarungen vorziehen würde und deren
 60 Umsetzung dann alle paar Jahre mal evaluiert. Die erste offizielle Evaluation der
 61 „Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der
 62 deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern
 63 in der Privatwirtschaft vom 02.07.2001“ fiel eindeutig zu Gunsten der Effektivität der
 64 freiwilligen Vereinbarung aus, jedoch fehlte eigentlich die Datengrundlage, da keine
 65 Datenaufnahme vor der Einführung oder zu Beginn der Einführung der freiwilligen
 66 Vereinbarung stattfand. Ergänzend dazu wurde von der Hans-Böckler-Stiftung nach
 67 der Umsetzung der freiwilligen Vereinbarung in einem Betriebsrätepanel (WSI-
 68 Betriebsrätebefragung 2003) gefragt, welches ergab, dass weniger als 30% der
 69 Betriebe noch nie etwas von der Vereinbarung gehört hatten, und lediglich 4 % der
 70 Betriebe, die die Vereinbarung zur Kenntnis genommen hatten, irgendwelche
 71 Fördermaßnahmen anwandten (1,6% aller Betriebe). Auch in ihrer zweiten Bilanz
 72 und im dritten Bericht, der im Juni diesen Jahres erschienen ist, feiert die
 73 Bundesregierung wieder die Vereinbarung. Ein etwas kritischerer Blick trotz positiver
 74 Entwicklungen, die durchaus zu würdigen sind, wäre in Anbetracht der IAB-Daten,
 75 also dem Status quo der niedrigeren Beteiligung von Frauen an der Macht,
 76 angebracht.

77 Fazit: Sowohl die Zahlen als auch die Zahnlosigkeit der freiwilligen Vereinbarung
 78 sprechen dafür, Quoten auch bei der Besetzung von Führungspositionen in

² <http://doku.iab.de/kurzber/2006/kb0206.pdf>

79 Unternehmen einzuführen. Dem Beispiel Norwegen folgend könnte man da bei den
80 Aufsichtsräten der Unternehmen ansetzen und dann weitere Regelungen für
81 Vorstands- und Managerposten in Angriff nehmen. Klar ist: Ohne Zwang geht es oft
82 leider nicht. Aber die Erfahrungen in Norwegen zeigen, dass die Betriebe von den
83 Quotenregelungen profitieren, weil so Kompetenzen für die Unternehmen genutzt
84 werden, die sonst oft brach lagen.

Superwahljahr 2009

In Rheinland-Pfalz werden wir im nächsten Jahr gleich drei Wahlen haben, in denen wir Jusos maßgeblich präsent sein wollen. Es gilt gut in den Kommunal-, Bundes- und Europawahlen abzuschneiden. Es gilt aber vor allem junge Menschen anzusprechen und sie davon zu überzeugen, zur Wahl zu gehen und aufzuklären, für was sie ihre Stimme abgeben. Dies ist im Sinne der politischen Bildung eine wichtige Aufgabe für uns Jusos als politischen Jugendverband.

Hier will der Landesverband bedarfsgerecht unterstützen. Dazu will der Landesverband den Gliederungen beispielsweise Materialien, Seminare zur Wahlkampf Vorbereitung und Aktionsideen zur Verfügung stellen. Um die Finanzierung möglichst solidarisch auf alle Bereiche des Landesverbandes zu verteilen werden LV Projektopfmittel gemäß Satzung § 5 Absatz 3 zur Finanzierung veranschlagt. Für die drei Wahlkämpfe werden 4000 Euro eingestellt. Die aufgeführten Werte sind Richtungswerte. Wir werden uns in den Ausgaben aber nach den Wünschen und Nachfrage des Verbandes richten, deswegen stehen die drei Wahlen in den Ausgaben gleichberechtigt nebeneinander.

Für die Kommunalwahlen gehen wir von folgenden Posten aus

- Zuschuss an UB für individuelle Seminare, die im Bildungsprogramm beworben werden 500 €
- Materialien entwickeln und produzieren 700 €

Für den Bundestagswahlkampf

- Zuschuss an UB für individuelle Seminare, die im Bildungsprogramm beworben werden 500 €
- Materialien entwickeln und produzieren 700 €

Für den Europawahlkampf

- Zuschuss Europawahlkampfseminar 500 €
- Veranstaltung/Auftaktveranstaltung 300 € (ohne Fakos, inkl. Miete, event. ReferentInnenhonorar, Geschenke, Rahmenprogramm)
- Materialien (z.B. Plakate von SPD oder Bundesverband) 500 €
- Homepage 300 €

Finanzielle Unterstützung des Besuchs der SDUY in Rheinland-Pfalz

Um die lebendige Partnerschaft mit der Social Democratic Union of Youth - St. Petersburg auch 2009 mit einem Besuch in Rheinland-Pfalz vorzusetzen, bedarf es wieder einiger Unterstützung unseres Verbandes. Dazu beantragt der Arbeitskreis Russlandpartnerschaft Finanzmittel in Höhe von **1500 € als LV Projekttopf (gemäß Satzung § 5 Absatz 3)** für die Vorbereitung, Unterbringung, Verpflegung, Fahrtkosten und weitere organisatorische Kosten.

Neben den Mitteln aus dem Projekttopf und den Teilnahmebeiträgen wird die Reise zu einem großen Teil aus weiteren öffentlichen Geldern finanziert. So beantragen wir Förderung aus dem Kinder und Jugendplan des Bundes bzw. bei der Stiftung Deutsch-russischer Jugendaustausch.

Mittlerweile wurden einige Erfahrungswerte der Besuche und Gegenbesuche gesammelt, was den finanziellen Aufwand in einem sicheren Rahmen begrenzt.

Begründung:

Die politischen Verhältnisse in Russland haben sich in den letzten Jahren nicht verbessert. Die Wahlen des neuen Präsidenten Medwedew waren wieder einmal ein Beispiel für die Schwierigkeit Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen, wenn dies nicht vom Kreml gewollt ist. Im Land gibt es jedoch noch immer Kräfte, die versuchen Gesellschaft von innen her zu verändern. Eine dieser Gruppen ist die SDUY St. Petersburg, mit der wir, die Jusos Rheinland-Pfalz seit nunmehr zwei Jahren eine Partnerschaft pflegen. In dieser Zeit haben wir uns jeweils im Austausch jährlich einmal mit einer Delegation in Russland und Rheinland-Pfalz getroffen und während dieser Treffen inhaltliche Diskussionen geführt, Kontakte zu PolitikerInnen und VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Gruppierungen aufgebaut und über gemeinsame Maßnahmen gesprochen. Mittlerweile sind sogar noch GenossInnen aus Novgorod und der gesamtrussischen Organisation dazu gestoßen. Auch sind auf beiden Seiten neue Mitglieder dazu gekommen - gerade die SDUY wächst rapide. Im Jahr 2009 steht der Gegenbesuch unser russischen Freunde in Rheinland-Pfalz an, für den wir die Bereitstellung von 1.500 € durch die Landeskonferenz benötigen.

Unsere Partnerorganisation entwickelt sich

In den Anfängen unserer Russlandpartnerschaft 2006 hatten wir lediglich Kontakt zur SDUY St. Petersburg. Seitdem hat sich jedoch einiges geändert.

Heute arbeitet die Jugendorganisation in mehreren Regionen des Landes. Sie versucht vor Ort Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen. Dies wird nach regionalen Gegebenheiten in verschiedener Art und Weise durchgeführt. Bei unserem letzten Besuch vom 30. August bis 11. September dieses Jahres hatten wir die Gelegenheit neben St. Petersburg, Nowgorod zu besuchen. Dort war es uns möglich mehr über die Arbeit der dortigen SDUY zu erfahren. Diese Erfahrungen unterscheiden sich bisweilen wesentlich von denen der St. Petersburger Organisation. Die Entwicklung der SDUY von einer regionalen zu einer landesweit agierenden unabhängigen sozialdemokratischen Organisation kann uns Hoffnung geben, dass Veränderungen

51 in Russland möglich sind! Wir, die Jusos Rheinland-Pfalz haben in der
52 Vergangenheit versucht unsere PartnerInnen auf diesem Weg zu unterstützen und
53 möchten diesen Weg auch so weitergehen. Ein Erfolgsgeheimnis der Partnerschaft
54 ist sicherlich auch, dass wir unseren russischen GenossInnen auf Augenhöhe
55 begegnen. Beide Seiten können voneinander lernen. Großes Ziel der SDUY ist es,
56 mit weiteren PartnerInnen, wieder eine wirkliche Sozialdemokratische Partei in
57 Russland zu etablieren, die es derzeit nicht gibt. Wir können hier als Jusos
58 Rheinland-Pfalz unterstützen.

59

60 *Wiedersehen in Rheinland-Pfalz*

61

62 Der Gegenbesuch im nächsten Jahr soll wie zuletzt auch in Rheinland-Pfalz
63 stattfinden. Wir möchten unseren russischen PartnerInnen weitere Regionen unseres
64 Landes zeigen. Im Zentrum des Austausches steht auch diesmal die inhaltliche
65 Arbeit der Delegationen. Aber auch der freundschaftliche Austausch soll nicht zu
66 kurz kommen, wie sich das für eine lebendige Partnerschaft gehört.

67 Als Kostenpunkt wurden für die Gesamtorganisation ca. 6.000 € veranschlagt. Davon
68 wurden 4.000 € als KJP-Mittel des Bundes beantragt. Der oben genannte Betrag von
69 1.500 € dient der Deckung dieser Finanzierungslücke, die wir selbst beitragen
70 müssen, um die KJP Mittel abrufen zu können. Daneben werden wir uns wieder um
71 Mittel der Partei und andere Spenden und Zuwendungen bemühen.

72 Die Landeskonferenz hat sich im letzten Jahr bereit erklärt, die Partnerschaft mit der
73 SDUY zu unterstützen. Sie hat damit ein Bekenntnis zu unserem Grundwert der
74 internationalen Solidarität abgelegt und in konkrete Schritte umgesetzt. Nun gilt es,
75 diese gelebte Solidarität nachhaltig weiterzuführen. Obwohl es in Russland auch
76 weiterhin große Probleme gibt, können und sollten wir unsere gemeinsame Arbeit
77 weiterführen. Die Entwicklung unserer PartnerInnen kann uns Hoffnung geben, dass
78 eine Veränderung möglich ist und wir helfen sollten diese auch herbeizuführen.

1
2
3 **IUSY-Festival 2009 in Ungarn**
4 **Delegation aus RLP finanziell unterstützen**
5

6 Für die Fahrt des Juso Landesverbandes zum IUSY- Festival 2009 nach
7 Ungarn/Balaton wird hiermit ein Betrag von **1500.- €** zur Verfügung gestellt.
8 Insbesondere soll damit denjenigen GenossInnen finanziell unter die Arme gegriffen
9 werden, die sich eine solche Fahrt sonst nicht leisten könnten. Die weitere
10 Finanzierung wird durch jeweilige Eigenmittel der TeilnehmerInnen und durch
11 Spenden der Partei usw. getragen.
12

13 Im Sommer 2009 wird das nächste reguläre IUSY (International Union of Socialist
14 Youth) World Festival in Ungarn am Balaton stattfinden. Das größte
15 sozialdemokratische und sozialistische Jugendfestival der Welt. Hier wollen wir als
16 Jusos Rheinland-Pfalz vertreten sein und vielen GenossInnen den Besuch dieses
17 Ereignisses ermöglichen. Ein besonders guter Anlass, um unsere
18 Partnerorganisationen beispielsweise aus Israel und Palästina wieder zu treffen und
19 an unsere Delegationsreise von 2007 anzuknüpfen. Natürlich würde wir uns auch
20 freuen unsere russischen GenossInnen dort wiederzusehen. Einer Zusammenarbeit,
21 die über jährliche Treffen hinausgeht, würde das sicherlich gut tun. Außerdem
22 möchten wir an zahlreichen Diskussionsrunden, Seminaren und Workshops
23 teilnehmen, Themen der internationalen Solidarität und Gerechtigkeit diskutieren.
24 Auch der Spaß wird sicher nicht zu kurz kommen.
25

26 Mit der Fahrt zum IUSY-Festival nehmen wir Jusos in Zeiten der Globalisierung und
27 Verflechtung internationaler Politik nicht zuletzt unseren Auftrag der politischen
28 Bildung wahr.

Verbandsakademie

Eine kurze Analyse oder warum wir die Verbandsakademie fortführen:

Unser Verband hat einen kontinuierlichen Mitgliederschwund zu verzeichnen. Die aktiven Mitglieder werden jünger, kommen schneller in verantwortungsvolle Positionen, die Älteren scheiden nach kürzerer Amtszeit aus dem Verband aus, sind oft nicht mehr greifbar; d. h. von einer Weitergabe von Wissen und Erfahrungen durch langsamen Generationenwechsel kann nicht mehr ausgegangen werden.³ Damit erodiert die inhaltliche und vor allem die theoretische Basis im Verband. Diskussionen über Grundlagen wie Grundwerte, Vorstellungen einer anderen Gesellschaft finden kaum mehr statt. Die politischen Ansichten vieler Mitglieder sind vom Mainstream in Gesellschaft, Medien und Partei geprägt. Kritisches Hinterfragen und Diskutieren wird wegen fehlender Zeit- und Personalressourcen häufig der Effizienz geopfert.

Dies ist angesichts des kleiner und jünger werdenden Verbandes bei gleichzeitig höher werdendem Anspruch an unsere Arbeit zunächst natürlich, setzt jedoch langfristig eine Negativspirale in Gang.

Das Grundverständnis in der Analyse und inhaltlichen Ausrichtung ist jedoch gerade bei der Betrachtung und Bewertung aktueller Politik notwendig, um neue politische Ideen zu entwickeln. Das heißt nicht, dass früher alles besser war und wir dahin zurück wollen.

Die Potenzialanalyse des Bundesverbandes hat ein Fortbestehen schon lange währender Strukturprobleme aufgezeigt, die immer wieder auf die Agenda gehören, insbesondere die Ausgrenzung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, die auch und gerade bei den Jusos stattfindet (Berufstätige, insbesondere NichtakademikerInnen, Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund).

Der Verband muss solche Mitglieder daher besonders fördern und mit seinem Angebot auf ihre Bedürfnisse eingehen. Er, der Verband, ist nicht zuletzt auch Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Prozesse

Als politischer linker Jugendverband haben wir jedoch den Anspruch, diese Prozesse entscheidend zu beeinflussen und nicht nur von ihnen beeinflusst zu werden!

Ziele der Verbandsakademie

Die Verbandsakademie soll die zuvor beschriebenen Tendenzen auffangen und vielmehr:

- a) Die Idee des demokratischen Sozialismus und die politischen Standpunkte der Jusos an eine nachwachsende Funktionärinnengeneration und Funktionärs- generation weitergeben, indem unsere Werte und Vorstellungen dargelegt und auch kritisch diskutiert werden.
- b) Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Wissen vermitteln, methodische Kompetenzen lehren und die Fähigkeit, Dinge zu hinterfragen, anregen und

³ Die Arbeit vor Ort hängt oft an sehr wenigen Personen, die durch Umzug, Studium etc. die Aktivitäten vor Ort zum Erliegen bringen. Auf Grund der dünnen Aktivendecke werden viele Ämter mit sehr jungen und wenig erfahrenen Genossinnen und Genossen besetzt, die oft damit überfordert sind diese Position entsprechend auszufüllen.

- 46 fördern. D.h. sie soll die TeilnehmerInnen in ihrer Abstraktionsfähigkeit, dem
47 Verbinden von abstrakten Theorien mit konkreten politischen Ereignissen, und
48 Kritikfähigkeit, durch die man später erst in der Lage ist politisch gestalten zu
49 können, stärken.
- 50 c) Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Lage versetzen, sich auf ein
51 langfristiges und konstruktives Engagement bei den Jusos auf allen Ebenen
52 vorzubereiten. D.h. sie vor allem in die Lage versetzen, dass sie
53 Entscheidungsprozesse nachvollziehen können und dementsprechend ihre
54 Positionen konstruktiv - auch im Sinne der Doppelstrategie - einzubringen.
- 55 d) Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu befähigen, an der Basis
56 gemeinsam und auf Augenhöhe mit anderen Genossinnen und Genossen den
57 Verband neu zu beleben. D.h. auch ihnen Kompetenzen und Instrumente an
58 die Hand zu geben, mit denen sie Juso-Themen vor Ort konstruktiv einbringen
59 können.
- 60 e) Insgesamt eine stabile Verbandsidentität zu schaffen um nach innen und
61 außen Ausstrahlungskraft hinzuzugewinnen.
- 62

63 **Was die Verbandsakademie nicht soll**

64

65 Die Verbandsakademie soll nicht zur direkten Konkurrenz des Bildungsprogramms
66 werden. Sie ist vielmehr als Ergänzung bzw. Grundlage des Bildungsprogramms zu
67 sehen. Einzigartig wird sich durch ihren Anspruch methodische Schulung, die
68 Vermittlung wichtiger Juso-Kernthemen und die historische Verankerung,
69 zusammenzubringen. Die Teilnehmer der Verbandsakademie sollen nicht
70 indoktriniert werden.

71

72 **Inhalte und Methoden der Verbandsakademie**

73

74 Grundsätzlich stellt sich die Verbandsakademie der Herausforderung Inhalte,
75 Methoden und historische Verankerung zusammenzubringen, um unsere
76 GenossInnen und Genossen umfassend und konstruktiv für die Herausforderungen
77 fit zu machen, die sowohl bei den Jusos, SPD und Politik vor Ort als auch auf
78 anderen Ebenen auf sie warten. Die/Der „optimal“⁴ geschulte Genosse/in weiß nicht
79 alles, er weiß jedoch wie er sich das Wissen aneignen kann und wie er es im Sinne
80 jungsozialistischer Politik anwendet und einbringt. Leitthemen sollten die Grundwerte
81 Freiheit, Gerechtigkeit/ Gleichheit und Solidarität sein. Auf einem zu Beginn
82 erarbeiteten Wertefundament sollen dann jeweils Themen, die eng mit den
83 Grundwerten in erster Linie verknüpft sind, aufgebaut werden. Die historische
84 Verankerung ergibt sich explizit durch die Themen, in dem man auf historische
85 Erfahrungen zurückgreift, historische Quellen als Material heranzieht u.ä. Ebenso ist
86 die Methode unabdingbar mit den Inhalten verknüpft. D.h. das beispielsweise über
87 ein Streitgespräch mit arrivierten PolitikerInnen die Möglichkeit geboten werden soll,
88 das zuvor über Argumentation und Diskussion in der Praxis zu erproben.
89 Insbesondere soll die/der TeilnehmerIn wissen, wie er/sie mit der erarbeiteten
90 Position oder Kritik entweder aktiv auf der Straße werden kann oder sich über
91 Entscheidungsprozesse der Partei und Jusos Mehrheiten schaffen kann⁵. Leitend ist
92 bei der methodischen Auswahl die Selbsttätigkeit unter Anleitung, d.h. Moderation,
93 Ausgabe von Material usw. Der Eigentätigkeit der TeilnehmerInnen soll genügend

⁴ Die/Der optimal geschulte GenossIn gibt es nicht - dessen sind wir uns bewusst.

⁵ Damit auch die Schulung von strategischem Denken gemeint, allerdings NICHT unter dem Motto:
„Der Zweck heiligt alle Mittel!“

94 Raum gegeben sein. Auch sind Reflexionsphasen sowohl inhaltliche als auch
95 methodische wichtig. Zu den einzelnen Methoden werden an die TN Methodenkarten
96 verteilt- zum Aufbau einer eigenen Sammlung während der gesamten
97 Verbandsschule. Zu den einzelnen Wochenende sollten Reader mit allen Texten
98 erstellt werden. Diese bekommen die TeilnehmerInnen bereits zu Beginn der
99 Schulung. Vervollständigen werden den Schulungsordner: die erarbeiteten
100 Positionen, die Verfassung, das Manifest und alle weiteren erarbeiteten Materialien,
101 so dass die/der TeilnehmerIn später umfassendes Zeugnis von seinen Tätigkeiten
102 während der Schulung mitnimmt.

103

104 **Die TeamerInnen bzw. das Team**

105

106 Die TeamerInnen, die die Verbandsakademie hauptverantwortlich begleiten, sollten
107 eng als Team zusammenarbeiten. Max. sollten 4 TeamerInnen, die selbst im Vorfeld
108 geschult worden sind bzw. eine intensive Vorbereitung der Schule vorgenommen
109 haben, leiten die Schule.

110

111 Der Juso-Landesvorstand legt dem Verband zu Beginn des Jahres 2009 - im Rahmen
112 eines Landesauschusses - eine Evaluation der ersten Durchführung der
113 Verbandsakademie vor. Eine ausführliche Evaluation kann zum jetzigen Zeitpunkt
114 aufgrund des Ausstehens des dritten Wochenendes der Verbandsakademie 08 noch
115 nicht vorgelegt werden

116

117 **Finanzierung der Verbandsakademie**

118

119 Die Finanzierung der Verbandsakademie erfolgt gemeinsam mit dem Landesverband
120 Saar. Hierbei trägt jeder Landesverband die Kosten für seine TeilnehmerInnen.
121 Aus diesem Grund wird für die Planung, Durchführung und Evaluation der
122 Verbandsakademie ein Budget von 3500,- Euro beantragt.

123

124 Darin enthalten sind:

- 125 • Fahrtkosten für max. 6 Personen zu den drei Seminarwochenenden (3x6x30)
- 126 540 €
- 127 • Unterbringung und Verpflegung für drei Wochenenden für max. 6 Personen
- 128 (3x6x60) 1080 €
- 129 • Vorbereitungswochenende der TeamerInnen und
- 130 Evaluationstagesveranstaltung (Fahrtkosten 4x2x30-, Unterbringung 4x60)
- 131 480,-€
- 132 • Unterbringung TeamerInnen in Einzelzimmern an den Seminarwochenenden
- 133 plus Fahrtkosten (3x70+3x30) 300,-€
- 134 • Honorar/Aufwandsentschädigung für die TeamerInnen (4x250) 1000,-€
- 135 • Material 100,-€

136

137 Im Sinne der Gleichbehandlung möchten wir die Höhe der Aufwandsentschädigung
138 der TeamerInnen der Verbandsakademie an die Höhe der Aufwandsentschädigung
139 der TeamerInnen von Seminaren unseres Bildungsprogrammes angepasst haben.

140

141

142

143

144

145 **Weiterführende Informationen:**

146

147 **Methoden:**

148 Folgende Methoden/ Grundfertigkeiten sollen generell Berücksichtigung finden und
149 geübt bzw. thematisiert werden:

150 Sitzungsleitung/Moderation

151 Gespräche führen (Kamingespräche vor- und nachbereiten beispielsweise)

152 Feedbackregeln

153 Reden

154 Argumentieren/Diskutieren

155 Anträge, Manifest schreiben/Positionierungen verfassen/ ggf. PM

156 Flyer entwerfen/ Sloganfindungsmethode

157 Auswertungsmethoden (durch eigene Anwendung)

158 Zukunftswerkstatt

159 Positionsspiel/ Kennenlernspiele, - methoden

160 (Projektmanagement)

161 Rollenspiele

162 Barometer (beispielsweise Diskriminierungsbarometer)

163 (Infostand)

164

165 **Zeitraum:**

166

167 3 Wochenenden, die jeweils aufeinander aufbauen

168 (dies hat viele Vorteile: Vor- und Nachbereitung möglich, Bindung über einen
169 längeren Zeitraum, Konzentration, kein Gruppenkoller, u.ä.)

170

171 **Inhalte:**

172

173 Die Leitthemen der Verbandsakademie sind die Grundwerte Freiheit, Solidarität und
174 Gerechtigkeit. Methodisch steht vor allem die Selbsttätigkeit im Vordergrund, d.h.
175 eigene Beschäftigung mit Themen, Diskussion, Lernen durch Ausprobieren.

176 Am Beginn der Verbandsakademie steht der Gruppenfindungsprozess, d.h. kennen
177 lernen der Gruppe, erste inhaltliche Verständigung (Verständigung über politische
178 Grundlagen und des Grundverständnisses sozialdemokratischer Werte) und
179 Teamarbeit. Auch Gruppenregeln werden festgelegt und niedergeschrieben.

180 Freiheit wird exemplarisch an den Themenblöcken:

181

- 182 • Menschenrechte
- 183 • Freiheit von Diskriminierung
- 184 • Demokratisierung

185

186 behandelt.

187 Das Thema Solidarität wird in Bezug auf Sozialstaat und internationale Solidarität
188 behandelt.

189 Das Thema Gleichheit/Gerechtigkeit wird zum einen theoretisch behandelt (gibt es
190 gerechte Ungleichheiten?), andererseits am Steuersystem.

191 Inhaltlicher Abschluss ist die Formulierung des Leitbildes des demokratischen
192 Sozialismus.

1
2
3 **AdressatInnen:** SPD-Bundestagsabgeordnete, SPD-Landespartei Vorstand
4

5 **Bundeswehr raus aus den Vorgärten!**
6 **Militär im Inneren: Nein Danke!**
7

8 Wir Jusos sprechen uns klar gegen die Entscheidung des Koalitionsausschusses
9 aus, die Bundeswehr zur Abwehr terroristischer Angriffe auch im Inneren
10 einzusetzen und die dazu notwendigen Änderungen im Grundgesetz herbeizuführen.
11 Eine wie auch immer geartete Öffnung des Grundgesetzes, die die
12 Einsatzmöglichkeiten für die Bundeswehr im Inneren erweitert, lehnen wir ab. Wir
13 Jusos fordern die SPD Abgeordneten in Bund und Ländern dazu auf, sich dieser
14 Grundgesetzänderung entgegen zu stellen!
15

16 **Begründung:**

17 Zwar hat die SPD im Koalitionsausschuss noch Einschränkungen gegenüber dem
18 CDU-Vorschlag zu einer Erweiterung des Artikels 35 GG für den Einsatz der
19 Streitkräfte im Inneren durchgesetzt, dennoch birgt auch dieser Kompromiss
20 Gefahren. Die nun durchgesetzte Aufweichung öffnet weiteren Ausnahmen Tür und
21 Tor. Mit dem Kompromiss wurde eine fragwürdige politische Grundsatzentscheidung
22 getroffen, die zu weit über die Befugnisse der Amtshilfe hinausgeht. Sie ist eine
23 politische Grundsatzentscheidung, die tiefgreifende Veränderungen nach sich zieht.
24 So wird die strenge Abgrenzung von Innen- und Verteidigungspolitik in Frage
25 gestellt.

26 Zudem bleibt es letztendlich den politischen AkteurInnen in der entsprechenden
27 Situation überlassen, den „außergewöhnlichen Notfall“ zu definieren. Besteht Gefahr
28 im Verzug hängt die Entscheidung lediglich am zuständigen Fachminister bzw. der
29 zuständigen Fachministerin und das Kabinett würde lediglich nachvollziehend den
30 Einsatz billigen. Eine solche Regelung müssen wir grundlegend ablehnen. Die
31 widersprüchlichen Äußerungen von Peter Struck, der vom Einsatz der Marine zur
32 Unterstützung der Wasserschutzpolizei spricht, und Volker Kauder, der die
33 Unterstützung der Polizei durch die Bundeswehr unter Nothilfe versteht, deutet
34 bereits an, welche unterschiedliche Auffassungen im Ernstfall aufeinander treffen
35 würden.

36 Die SPD und v.a. die Abgeordneten im Bundestag müssen sich dieser
37 Grundgesetzänderung entgegen stellen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12

Die Zeit ist reif! Masse voran.

Der Landesvorstand wird aufgefordert, gemeinsam mit den Jusos Saar eine Kommission einzusetzen, die die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Dicken in der SPD (AGDD) vorbereitet.

Ziel ist die Erarbeitung einer gemeinsamen Satzung, die auf den Landeskonferenzen Saar und Rheinland-Pfalz verabschiedet werden soll.

Die Kommission hat aus den „gewichtigen“ Mitgliedern beider Verbände zu bestehen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30

Der Landesvorstand wird mit der Planung, Mobilisierung und Organisation eines geeigneten Transports zur Demonstration „Geh Denken“ in Dresden am 14.2.2009 beauftragt. Die Möglichkeiten einer gemeinsamen An- und Abreise, für die lediglich ein Solidaritätsbeitrag erhoben werden soll, sollen genutzt werden, um einen höchstmöglichen Mobilisierungsgrad der Jusos Rheinland-Pfalz auf der Demo zu gewährleisten. Die Unterbringung sollte bei den GenossInnen vor Ort erfolgen.

Begründung:

Alljährlich missbrauchen Rechtsextreme den Jahrestag der Zerstörung Dresdens, den 13. Februar. Bundesweit werden Anhänger der rechtsextremen Szene mobilisiert, von Jahr zu Jahr steigen die Teilnehmerzahlen. Zuletzt zogen im Februar dieses Jahres rund 6.000 Alt- und Neonazis durch Dresden.

Jedes Jahr organisieren Vereine, Initiativen, Kirchen und Parteien unter dem Motto „Geh Denken“ Gegenaktivitäten zum braunen Spuk. Für das kommende Jahr hat die Junge Landsmannschaft Ostdeutschland erneut Aufmärsche angekündigt. Der Schwerpunkt wird dabei am **Sonnabend, dem 14. Februar 2009** sein, da sich so bundesweit rechtsextreme Kräfte mobilisieren lassen.

Das Jahr 2009 ist von besonderer Bedeutung, für alle Beteiligten: Im Juni finden nicht nur die Wahlen zum Europäischen Parlament, sondern auch Kommunalwahlen in Sachsen statt. Ende August wird der Sächsische Landtag neu gewählt, Ende September folgt die Bundestagswahl.

Wir bitten deshalb alle SPD- Mitglieder und - Gliederungen, alle Bündnispartner, alle Vereine und Organisationen, alle Menschen, uns am 14. Februar 2009 in Dresden zu unterstützen. Von Dresden muss ein bundesweit sichtbares Zeichen ausgehen: Gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, für Demokratie und Toleranz!

*Wo die Zivilcourage keine Heimat hat,
reicht die Freiheit nicht weit.* Willy Brandt

1
2
3 **AdressatInnen:** SPD-Landesparteitag RLP, SPD-Landesvorstand RLP, SPD-
4 Landtagsfraktion RLP, Landesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familien
5 und Frauen RLP, SPD-Bundestagsfraktionsmitglieder aus RLP, AfA-Landesvorstand
6 RLP
7

8 **Die Reform der Reform**

9
10 Wir fordern die „Komplettüberholung“ der Agenda 2010 und eine sofortige
11 Eindämmung der negativen Entwicklungen im sozialen Sektor seit deren Einführung.
12

13 **Derzeitige Situation:**

14
15 In den letzten Jahren hat sich im Verlauf der Umsetzung des SGB II (ausgehend von
16 der Agenda 2010) gezeigt, dass entgegen allen Annahmen ein Großteil der
17 BedarfsempfängerInnen im ALG II – Bezug verbleibt und in sogenannten
18 Arbeitsmarkt-integrativen Maßnahmen seine Runden zieht. Dies widerspricht
19 eindeutig den erwarteten Anforderungen an die Reform: Es ist leider Fakt, dass die
20 derzeit angewandte „Aktivierungspolitik“ und darin enthaltene Instrumente wie „1-
21 Euro-Jobs“ für die meisten BedarfsempfängerInnen nicht zu einer regulären Arbeit
22 führen, sondern gerade die Gruppe der Langzeitarbeitslosen sich immer mehr auf
23 den Dauerbezug von Transferleistungen einrichten muss. Hieran lässt sich
24 maßgeblich das Versagen im Förderungsbereich der Arbeitsmarktreformen
25 erkennen. „Fördern und Fordern“ hat sich als Farce erwiesen!
26

27 *Vermittlungshemmnisse*

28
29 Die sogenannten „Vermittlungshemmnisse“ der BedarfsempfängerInnen sind so
30 heterogen und multifaktoriell begründet, dass es schwer ist, sie in allgemeinen
31 Kategorien zusammenzufassen. Dennoch geschieht dies in der ARGE bzw. den im
32 SGB II genannten Vermittlungsorganisationsformen. Grundlage hierfür ist die
33 Aktivierungsthese, die Arbeitslosigkeit und auch die Schuld daran individualisiert;
34 andere Faktoren, wie die immer schneller voranschreitende Entwertung von
35 Bildungsabschlüssen und Rationalisierungsbestrebungen der Unternehmen werden
36 ausgegrenzt.

37 Die Agentur für Arbeit weist ihre MitarbeiterInnen an, die im Bezug stehenden
38 BürgerInnen in vier Kategorien einzuteilen, die sich auf die Integrationsfähigkeit in
39 den Arbeitsmarkt beziehen. Gemäß diesen Betreuungsstufen werden die
40 Maßnahmen aus dem Maßnahmenkatalog herausgegriffen, der für die Region zur
41 Verfügung steht. Dabei ist zu beachten, dass kofinanzierte Maßnahmen bzw.
42 Maßnahmen der Agentur immer belegt sein müssen, d.h. offene Stellen gefüllt
43 werden müssen, egal ob die/der betroffene HilfeempfängerIn für die spezifische
44 Maßnahme geeignet oder gewillt ist.
45

46 *Problem ungelöst: Langzeitarbeitslosigkeit*

47
48 Wie wenig effizient die bisherigen Regelungen im Zusammenhang mit aktivierender
49 Sozialpolitik sind, zeigt sich in einer der letzten Studien der Bundesagentur für Arbeit:
50 Nur vier Prozent der Langzeitarbeitslosen können durchschnittlich jeden Monat auf

51 eine Stelle vermittelt werden. Behördenchef Weise macht die „zersplitterten
52 Zuständigkeiten“ dafür verantwortlich, was schon einem starken Mangel an
53 Realitätsbewusstsein gleichkommt. Dass einer der eigentlichen Gründe für diese
54 Entwicklung ist, dass der Arbeitsmarkt unmenschliche Radikalität hinzugewonnen
55 hat, wird verschwiegen, ebenso wie die Ratlosigkeit, mit der der persistenten
56 Arbeitslosigkeit begegnet wird. Leider schlägt diese Ratlosigkeit in den ARGEn meist
57 in radikale Inanspruchnahme des Sanktionsmechanismus um, d.h. dass die
58 zunehmende soziale Verelendung der Hilfebedürftigen billigend in Kauf genommen
59 wird bzw. bewusst als Mittel eingesetzt wird, um den Druck auf die
60 HilfeempfängerInnen zu vergrößern. An der aktuellen Stellenlage bessert dies nichts,
61 denn gerade für schlecht qualifiziertes Personal mit „vermittlungshemmenden
62 Einschränkungen“ gibt es keine Möglichkeiten für einen (Wieder-)Einstieg in den so
63 genannten ersten Arbeitsmarkt. Alleine der Zwang zur Annahme jeder Art von Arbeit
64 wird erhöht, so dass unter diesem Druck immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse
65 eingegangen werden. Der Markt für diese prekäre Arbeit wächst inzwischen immer
66 schneller, was man am Boom der Leiharbeit erkennen kann. Dieser ist wiederum
67 durch die Agenda – Reformen (Wegfall der Überlassungshöchstdauer und des
68 Wiedereinstellungsverbotes sowie des Synchronisationsverbotes) erst möglich
69 geworden.

70

71 **Das ist keine Integration, das ist unmenschlich!**

72

73 Nichtsdestotrotz: der Umgang mit der anhaltenden Langzeitarbeitslosigkeit ist mehr
74 als schwer zu klären. Die derzeitigen Bestimmungen verwehren auch besonders
75 „integrationsfernen“ HilfeempfängerInnen eine Aufnahme in die Grundsicherung
76 gem. SGB XII (mehr als drei Stunden am Tag arbeitsfähig = nicht
77 grundsicherungsberechtigt). So wird der „Übergangsbezug“ von ALG II zum
78 Dauerzustand, der nun schon seit der Einführung des Gesetzes anhält.

79

80 Somit muss man die Agenda 2010 und besonders Hartz IV als gescheitert
81 betrachten, da die angestrebten Ziele nicht oder nur in unzureichender Weise erfüllt
82 wurden, so z.B.:

83

- 84 - Die **Arbeitslosenzahlen** haben sich zwar statistisch verringert, jedoch sind
85 daneben prekäre Beschäftigungsverhältnisse stark ausgeweitet worden und
86 wachsen weiter. Vor allem die Zunahme der Mini- und Midijobs verstärkt diese
87 Entwicklung und schön die Arbeitsmarktstatistik. Viele ArbeitnehmerInnen
88 müssen weiter zusätzlich ALG II (sogenannte Aufstocker) beziehen, um über
89 die Runden zu kommen, tauchen jedoch in keiner Arbeitslosenstatistik auf.
- 90 - Die **relative Armut** in der Bevölkerung hat sich vergrößert (13% der
91 Bevölkerung), weitere 13% sind von Armut bedroht, wie der aktuelle Armuts-
92 und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt. Insbesondere die Gruppe
93 der Arbeitslosen ist gefährdet.
- 94 - **Langzeitarbeitslose** werden nicht „intensiver betreut“ und auf den
95 Wiedereinstieg in Erwerbsarbeit vorbereitet, sondern meist nur noch verwaltet,
96 was zu einem dauerhaften Verbleib im ALG II – Bezug führt und die Motivation
97 der BedarfsempfängerInnen immens untergräbt. Weiterbildungsangebote
98 bestehen zumeist in wochenlangen Bewerbungstrainings, die viele
99 Langzeitarbeitslose schon zum x-ten Mal bei unterschiedlichen Trägern
100 durchlaufen haben, und orientieren sich selten an den individuellen
101 Wünschen, sondern lediglich an den freien Qualifizierungsplätzen, die gemäß

102 der Maßgabe der Agentur besetzt werden müssen. Die soziale Verelendung
103 vergrößert sich, die Möglichkeiten zur Teilhabe an der Gesellschaft werden
104 mehr und mehr beschnitten.

105 - „Sollten auf diesem Wege [, also dem Ausbildungspakt,] nicht genügend
106 **Ausbildungsplätze** bereitgestellt werden, behält sich die Bundesregierung
107 eine gesetzliche Regelung vor.“⁶ versprochen die UrheberInnen der Agenda –
108 Reformen. Allerdings sind die Zahlen des Lehrstellenmarktes weiterhin mehr
109 als fatal, wobei die Wirtschaft ihrer freiwilligen Verpflichtung zur Bereitstellung
110 von Lehrstellen in keinster Weise nachkommt. Die aktuelle betriebliche
111 Ausbildungsplatzlücke liegt bei 159.385⁷ fehlenden Ausbildungsplätzen, so
112 dass das Problem der mangelnden Versorgung mit Ausbildungsplätzen nach
113 wie vor virulent ist. Eine gesetzliche Regelung, die die Wirtschaft wie
114 angekündigt in die Pflicht nimmt, ist bis heute nicht in Planung. Hinzukommt,
115 dass LangzeitberwerberInnen immer weniger Chancen auf dem
116 Ausbildungsmarkt haben und lediglich in „Warteschleifen“ geparkt werden. So
117 beginnt für viele Jugendlichen schon früh eine „AußenseiterInnenkarriere“:
118 Langfristig wird für diese Menschen eine Integration in den Arbeitsmarkt
119 schwierig, viele fühlen sich von Beginn an abgeschrieben.
120

121 Diese Situation ist für uns Jusos nicht weiter hinnehmbar.

122 Deswegen fordern wir:

123 **eine komplette Überarbeitung der vergangenen Agenda 2010 und insbesondere**
124 **der Hartz IV – Gesetzgebung.** Es kann nicht sein, dass deren Inhalte, die in der
125 Bevölkerung so große Verunsicherung und Ablehnung erzeugt haben und solch
126 negative Auswirkungen haben wie oben geschildert, unkritisch in das Wahlprogramm
127 der SPD für die Bundestagswahlen 2009 übernommen werden.
128
129
130

131 **Folgende Reformen der Reform müssen umgesetzt werden:**

132 **1) Verpflichtendes Integrationsassessment bei Eintritt in den ALG II –Bezug**

133 Viele Langzeitarbeitslose wissen gar nicht mehr, wo ihr Ansatzpunkt auf dem
134 Arbeitsmarkt wäre. Die einzige offerierte Alternative heißt für gering Qualifizierte
135 zumeist Leiharbeit, wovon viele nicht nur aufgrund schlechter Erfahrungen
136 verständlicherweise zurückschrecken, sondern auch aufgrund der schlechten
137 Bedingungen u.a. in den Bereichen Arbeitsentgelt, Arbeitszeiten, wechselnde
138 Arbeitsorte, Qualität der geforderten Tätigkeiten.

139 Dennoch müssen sie wissen, wo sie stehen und wo sie sich noch entwickeln
140 können (v.a. bei körperlichen oder psychischen Einschränkungen). Die
141 Einstufung durch den/die SachbearbeiterIn in Betreuungsstufen – ggfs.
142 verbunden mit einem Besuch bei dem/der Amtsarzt/Amtsärztin – kann diesen
143 Anspruch nicht einmal im Ansatz decken.
144
145
146

147 Durch die verpflichtende Teilnahme an einem Integrationsassessment orientiert
148 an einem beruflichen Reha-Assessments werden bei Eintritt in den ALG II –
149 Bezug die objektivierbaren Fähigkeiten eines Menschen in Bezug auf einen
150 Arbeitsplatz oder einen bestimmten Beruf beschrieben. Der eigene Wunsch, d.h.

⁶ Vgl. Bundesregierung: Agenda 2010 – Deutschland bewegt sich (Broschüre). Berlin (2003) S. 19

⁷ Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Ausbildungssituation Juli 2008

151 das Individuum, muss dabei im Zentrum stehen und Grundlage einer
152 wirkungsvollen Berufsberatung sein. Am Ende des Assessments steht ein
153 Gutachten über die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten des/der TeilnehmerIn
154 zusammen mit einem individuellen Integrationsplan zur beruflichen (Wieder-)
155 Eingliederung. Der/die ArbeitnehmerIn erlangt durch dieses Gutachten das
156 Anrecht auf eine für sie/ihn passende Anstellung, was durch den Integrationsplan
157 konkrete Auswirkungen auf die Arbeitsvermittlung hat und ebenso als Zeugnis
158 dienen kann.

159
160 Das Assessment muss in Einrichtungen unabhängiger Träger geschehen, wie
161 z.B. Einrichtungen der beruflichen Reha, wo zurzeit schon ein berufliches Reha-
162 Assessment (Kostenträger ist meist der Rentenversicherungsträger) durchgeführt
163 wird. Für eine mögliche längerfristige Orientierung und Prüfung könnten auch die
164 u.g. betrieblichen Förderstellen (s. Punkt 5) zur Verfügung stehen.

165
166 Das Team der GutachterInnen muss multiperspektivisch zusammengestellt sein,
167 so beispielsweise aus PsychologInnen, ÄrztInnen, AusbilderInnen,
168 SozialpädagogInnen, LehrerInnen etc. Kostenträgerin für ein solches
169 Integrationsassessment für ALGII – BezieherInnen ist ausschließlich die Agentur
170 für Arbeit. Damit die Wirtschaft wieder stärker an den Kosten, die aus Steuern
171 gedeckt werden, beteiligt wird, muss der Steueranteil der Unternehmen durch
172 geeignete Steuerreformen erhöht werden.

173
174 **2) Leichter Einstieg in den ALG II – Bezug**

175
176 Ein Übergang in den Bezug des Arbeitslosengeldes II darf nicht mit
177 bürokratischen Hürden wie bisher versehen sein, so dass ein Großteil der
178 Hilfebedürftigen erst gar keinen ALG II – Antrag stellt und damit die eigene
179 soziale Situation maßgeblich verschlechtert.

180
181 Der Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen darf nicht durch
182 kostenintensive Verwaltungsakte und Formularterror verstellt werden und muss
183 für jede/n BürgerIn gleichberechtigt zugänglich sein. Gerade im Bereich der
184 Existenzsicherung ist dies immanent wichtig.

185
186 Aufgrund dessen fordern wir einen automatisierten Zugang beispielsweise von
187 ALG I bzw. durch den Verlust von sozialversicherungspflichtiger Arbeit in ALG II.
188 Natürlich kann der Bezug von ALG II von dem/der BedarfsempfängerIn
189 widerrufen werden, sollte ein Bezug nicht erwünscht sein.

190
191 Ferner wird ebenso eine Antragsstellung durch den/die Hilfebedürftige/n möglich
192 sein, vor allem wenn das bisherige Einkommen aus selbstständiger Arbeit
193 bestand. Dieses Verfahren sollte so einfach wie möglich ablaufen, das Formular
194 hierzu nur die nötigsten Daten erfassen. Alles Weitere wird innerhalb des ersten
195 Beratungsgesprächs mit dem/der SachbearbeiterIn besprochen und geklärt.
196 Gleich zu Beginn des ALG II – Bezuges muss das Integrationsassessment
197 stattfinden. (s. Punkt 1)

198
199 Ein Ausstieg aus dem Bezug von ALG II ist erstens durch einen persönlichen
200 Antrag möglich und wird zweitens durch die Aufnahme einer
201 sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung automatisch beendet.

202 Hierbei hat die Arbeitsvermittlung zu gewährleisten, dass die aufgenommene
203 Beschäftigung vollständig das Bestreiten des Lebensunterhaltes und eine
204 angemessene sozio-kulturelle Teilhabe ermöglicht. Dies gilt insbesondere im Fall
205 von AlleinverdienerInnen, die für ihre Familie eine ausreichende Versorgung und
206 o.g. Teilhabemöglichkeiten durch ein geeignetes Einkommen garantieren
207 müssen. Selbstverständlich muss sich eine neu aufgenommene
208 Vollbeschäftigung an einem gesetzlichen Mindestlohn orientieren und bestehende
209 Tarifverträge einhalten. Hierfür hat ebenfalls die Arbeitsvermittlung Sorge zu
210 tragen.

211
212 Somit dürfen Mini- und Midijobs sowie Leiharbeit (s. Punkt 8) nicht als
213 Instrumente für eine berufliche Wiedereingliederung zur Verfügung stehen, da
214 hierdurch kein erfolgreiches Entkommen aus der prekären Lebenssituation
215 gewährleistet wird, die berufliche wie auch gesellschaftliche Integration weiterhin
216 fraglich bleibt.

217
218 Bei der Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit hat der/die HilfeempfängerIn
219 eigenständig die Beendigung der Bezugsdauer des ALG II – Bezuges zu
220 beantragen. Jedoch ist die Arbeitsvermittlung hier aufgerufen, die Bemühungen
221 für eine Existenzgründung kritisch zu prüfen und den/die KlientIn entsprechend zu
222 beraten.

223
224 Ein Zuverdienst während des Bezuges von ALG II ist nicht möglich (s. Punkt 3).
225 Entsprechend dieser Logik muss zu Beginn der Inanspruchnahme zwar eine
226 Bedürftigkeitsprüfung stattfinden, die jedoch im Vergleich zu der derzeitigen
227 Prüfung radikal verkürzt ist. Es werden lediglich andere mögliche
228 Einkommensquellen abgefragt. Privatvermögen bleiben unangetastet (s. Punkt
229 12).

230 231 **3) Anhebung des Regelsatzes / kein Zuverdienst während des ALG II – Bezugs**

232
233 Der derzeitige Regelsatz des ALG II muss stark angehoben werden, um der
234 fortschreitenden Verarmung durch Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken. So muss
235 er sich an einem gesetzlichen Mindestlohn orientieren, diesen jedoch leicht
236 unterschreiten, damit die Aufnahme von Erwerbsarbeit weiterhin attraktiv bleibt.
237 Auf der anderen Seite muss der Regelsatz so weit über dem Existenzminimum
238 liegen, dass weiterhin angemessene sozio-kulturelle Teilhabemöglichkeiten
239 bestehen und nicht wie bisher maßgeblich beschnitten werden.

240
241 Wohnkosten wie auch Wohnnebenkosten müssen während des Bezuges durch
242 die Agentur für Arbeit übernommen werden und zum Regelsatz addiert werden.
243 Jedoch müssen die Bewilligungsgrenzen hierfür weit angehoben werden. So
244 muss sich die Grenze zur Übernahme der Mietkosten beispielsweise dynamisch
245 an den durchschnittlichen regionalen Mietkosten orientieren und kann aufgrund
246 der Besitzstandswahrung (s. Punkt 12) im Einzelfall auch darüber liegen. Zu den
247 Nebenkosten müssen auch Energiekosten und v.a. Stromkosten und
248 Warmwasserbereitung zählen. Die Bewilligungsgrenze für den Energieverbrauch
249 muss sich ebenfalls dynamisch am regionalen Durchschnitt des privaten
250 Energieverbrauchs orientieren.

251

252 Durch die Agentur für Arbeit müssen Schulungen über Energiesparmaßnahmen
253 und Maßnahmen zum Umweltschutz angeboten werden und den
254 BedarfsempfängerInnen auch der Raum zur Durchführung solcher
255 Sparmaßnahmen eingeräumt werden.

256
257 Im ALG II – Bezug ist kein weiterer Zuverdienst möglich. Dies ist u.a. darin
258 begründet, dass Teilzeitbeschäftigungen, wie Mini- und Midi-Jobs, während eines
259 ALG II – Bezuges derzeit selten eine integrative Wirkung entfalten und zudem zur
260 Ausweitung des prekären Beschäftigungssektors beitragen. Hinzukommend, dass
261 ArbeitnehmerInnen gerade einmal höchstens 150 Euro des zuverdienten
262 Einkommens zum ALG II anrechnen können und der Rest von der
263 Grundsicherung abgezogen wird.

264
265 In Ausnahmefällen kann jedoch ein gewisser Zuverdienst durch
266 Einzelfallentscheidungen gewährt werden, wenn dieser nicht aus
267 nichtselbstständiger Arbeit besteht, sondern beispielsweise das Einkommen aus
268 Mieteinnahmen, Kapitalvermögen oder Vermögenszinsen besteht. In diesen
269 Fällen erfolgt eine individuelle Anrechnung auf den Regelsatz.

270
271 Festzuhalten ist, dass die Zeit im ALG II – Bezug in erster Linie für effiziente und
272 individuell angepasste Qualifizierungen, Stabilisierungs- und
273 Weiterbildungsmaßnahmen genutzt werden muss. Daneben muss eine intensive
274 psychosoziale Betreuung aufrechterhalten werden, um etwaige
275 Vermittlungshemmnisse in angemessener Zeit schrittweise abzubauen.

276 Gerade für die KlientInnen, die nur wenig mehr als drei Stunden am Tag arbeiten
277 können und nur schwierig in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren sind, ist
278 Beschäftigung über Arbeits- und Qualifizierungsprojekte und Förderstellen (s.
279 Punkt 5) zu organisieren. Nur so kann gewährleistet werden, dass sie zum einen
280 einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen, ausreichend betreut werden und
281 einen ausreichenden Lohn für ihre Tätigkeit erhalten, der trotz Teilzeitarbeit
282 existenzsichernd sein muss (s. Punkt 5).

283 Langzeitarbeitslose dürfen nicht wie bisher als billige Arbeitskräfte auf dem
284 prekären Arbeitsmarkt verscheuert werden!

285

286 **4) Verstärkung der Hilfemaßnahmen für Langzeitarbeitslose**

287

288 Maßnahmen für Langzeitarbeitslose mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen,
289 wie Arbeitsprojekte zur beruflichen und sozialen Rehabilitation, müssen verstärkt
290 ausgebaut und gefördert werden. Hieran hat sich maßgeblich die Wirtschaft zu
291 beteiligen.

292 Ein schrittweiser Abbau der Vermittlungshemmnisse zusammen mit einer engen
293 sozialen Betreuung ermöglicht die neue Grundsteinlegung für ein zukünftiges
294 Erwerbsleben. Hinzukommen müssen Förderstellen in Betrieben oder über den
295 öffentlichen Beschäftigungssektor (siehe Punkt 5) sowie ein wirkungsvolles und
296 professionelles Integrationsassessment zu Beginn des ALG II - Bezuges (siehe
297 Punkt 1).

298 Unbedingte Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration ist die
299 verstärkte Beteiligung der KlientInnen am eigenen Hilfeprozess. Die derzeitige
300 Verfahrensweise läuft dem zuwider und stellt eine Entmündigung der
301 Hilfebedürftigen dar.

302

303 Die durch das SGB II implementierte und in der Öffentlichkeit weiterhin
304 propagierte Individualisierungsthese der Arbeitslosigkeit muss öffentlich endgültig
305 als widerlegt angesehen werden, nachdem sie sozialwissenschaftlich bereits
306 unzählige Male entkräftet wurde. Dieser Umstand muss sich folglich auch in der
307 Gesetzgebung widerspiegeln.

308

309 **5) Besondere Förderstellen in Betrieben und im öffentlichen**
310 **Beschäftigungssektor schaffen / 1-Euro-Jobs abschaffen / reguläre Jobs im**
311 **öffentlichen Sektor wiederbeleben!**

312

313 Viele Menschen sind in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung
314 (sog. 1-Euro-Jobs) beschäftigt, in denen sie trotz aller Kontrolle meist Arbeiten
315 nachgehen, die über „zusätzliche und gemeinnützige Hilfsarbeiten“ hinausgehen.
316 In GeBeGe's (Gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaften) wird diese
317 Entwicklung ad absurdum geführt. BürgerInnen verrichten 1-Euro-Jobs wie
318 Gebäudereinigung oder HausmeisterInnendienste mit 30 Wochenstunden, die sie
319 genauso über öffentliche Stellen erfüllen könnten. Letztere wurden allerdings in
320 den letzten Jahren nachweislich abgebaut. Diese Entwicklung muss umgekehrt
321 werden. Arbeitsstellen im öffentlichen Sektor müssen wieder ausgebaut werden,
322 so dass der Raubbau der letzten Jahre beendet und endlich wieder ausgeglichen
323 wird. Denn gerade in diesem Sektor wurde nachweislich reguläre Beschäftigung
324 verdrängt.

325

326 In Förderstellen – in erster Linie in Großunternehmen und im öffentlichen Sektor
327 und verpflichtend ab einer bestimmten Unternehmensgröße – soll
328 sozialpädagogisch begleitete Arbeitsmarktnähe hergestellt und durch eine
329 sinnvolle Beschäftigung Teilhabe am Arbeitsleben ermöglicht werden. Durch die
330 Anwendung von bundeseinheitlichen Qualitätsstandards wird eine objektive
331 Überprüfbarkeit der Zumutbarkeit ermöglicht und so die Beweislast für zumutbare
332 Arbeit nicht wie bisher den BedarfsempfängerInnen auferlegt. In jedem Fall muss
333 sich das Entgelt für eine solche Förderbeschäftigung mindestens am Durchschnitt
334 des ortsüblichen Tarifes orientieren - ohne diesen zu unterschreiten. Eine
335 Abhängigkeit von staatlichen Bezügen muss mit Beginn der Beschäftigung
336 abgebaut werden. Dies kann auch Schritt für Schritt erfolgen, wenn anfangs für
337 den/die ArbeitnehmerIn noch keine Vollzeitarbeit (beispielsweise aus
338 gesundheitlichen Gründen) möglich ist: Für die Zeit des Übergangs einer
339 individuell bedingten Teilzeitbeschäftigung in eine Vollzeitbeschäftigung innerhalb
340 desselben Unternehmens kann der/die ArbeitgeberIn einen
341 Beschäftigungszuschuss bei der BA beantragen. In jedem Fall hat er/sie den
342 Lohn gleich einer Vollzeitbeschäftigung an den/die ArbeitnehmerIn zu zahlen und
343 ist dafür verantwortlich, dass durch pädagogische, medizinische und
344 psychologische Betreuung und Qualifizierung eine Steigerung der
345 Erwerbsfähigkeit erreicht wird. Grundlage für einen Beschäftigungszuschuss ist
346 eine unabhängige und objektive Feststellung über die Erwerbsfähigkeit innerhalb
347 eines Integrationsassessments. Ferner müssen diese Förderstellen in einer
348 ständigen strengen Überprüfung auf ihre integrative Wirkung und die
349 Zumutbarkeit der Arbeit durch die Agentur für Arbeit stehen.

350

351 Gerade für Langzeitarbeitslose werden die Förderstellen eine bessere Integration
352 in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Zudem hat die Freiwilligkeit des Individuums
353 Vorrang – einen Arbeitszwang darf es nicht geben.

354
355 Neben diesen Förderstellen muss es weiterhin Arbeitsprojekte der beruflichen
356 Rehabilitation für extrem Hilfebedürftige geben, wobei die KlientInnen hierbei im
357 ALG II – Bezug verbleiben. Diese Projekte müssen staatlich wie auch betrieblich
358 gefördert werden. Zusätzlich sind während des Bezuges an die individuellen
359 Bedürfnisse angepasste Qualifizierungen und Weiterbildungsmaßnahmen zu
360 forcieren, die den Ansprüchen und den Wünschen der HilfeempfängerInnen
361 entsprechen.

362 **6) Mehr Zeit zur Lebensbewältigung**

363 Die BedarfsempfängerInnen des SGB II sind meist größeren Lebenskrisen bzw.
364 krisenhaften Lebensverhältnissen unterworfen. Entsprechend benötigen diese
365 BürgerInnen mehr Zeit für sich, reagieren auf zu hohe Anforderungen mit längerer
366 Krankheit. Sie benötigen Unterstützung und Hilfe am Arbeitsplatz, wie auch bei
367 persönlichen Problemen bis hin zur Bewältigung von alltäglichen Hürden wie z.B.
368 bürokratischen Vorgängen. Hier ist ein Verbund von Fürsorge-Systemen gefragt.
369 Angefangen von aufsuchender sozialer Arbeit (z.B. Hausbesuche) bis hin zu
370 freiwilligen Beratungsangeboten verbunden mit der medizinischen Versorgung.
371 Auch Begleitung in Arbeit und Unterstützungsangebote am Arbeitsplatz (v.a. nach
372 dem Ende einer längeren Arbeitslosigkeit) müssen stärker ausgebaut und ggfs.
373 neu im Integrationsprozess implementiert werden.

374 Die Agentur für Arbeit hat für einen solchen Fürsorge-Verbund innerhalb jeder
375 Kommune zu sorgen, diesen aufzubauen, aufrecht zu erhalten und durchgehend
376 sinnvoll zu ergänzen.

377 **7) Ende mit dem Sanktionszwang**

378 Die Entscheidung über die eigene Zukunft und die eigene Entwicklung darf nur
379 von dem Individuum selbst ausgehen. Keine Institution hat das Recht aufgrund
380 von Arbeitsmarktzahlen BürgerInnen in bestimmte Beschäftigungsverhältnisse zu
381 zwingen. Dies fördert kein selbstbestimmtes Verhalten, sondern verschlimmert
382 nur die Erfahrung, dass die Kontrolle über die eigene Lebensführung von Kräften
383 übernommen wurde, die man selbst nicht steuern kann.

384 Die aktuelle Praxis, in der so lange sanktioniert wird, bis der letzte Funken
385 Eigenverantwortung abhanden gekommen ist, lehnen wir ab.

386 Eine paradoxe Entwicklung, betrachtet man die Forderung der Neoliberalen, dass
387 der/die Einzelne zukünftig mehr „Eigenverantwortung“ zu übernehmen habe – in
388 welchem Kontext auch immer.

389 Auch unter der oft genannten Prämisse der „Aktivierung“ erreichen
390 Sanktionszwang und –druck meist nur das Gegenteil. Anstatt die hilfebedürftigen
391 Menschen in ihrer Situation zu stützen und die psychosoziale Ausgangslage im
392 Hinblick auf die Erwerbsfähigkeit zu stabilisieren, werden die
393 BedarfsempfängerInnen noch weiter in Existenzängste und soziale Ausgrenzung
394 gestoßen. Die These des zu Grunde gelegten Aktivierungsparadigmas, dass sich
395 durch Sanktionsdruck die Motivationslage der Betroffenen verbessern sollte, ist
396 unhaltbar und hat sich nun auch praktisch als falsch erwiesen. So trifft es eher zu,
397 dass der Sanktionsmechanismus des SGB II als „Umerziehungsmittel“ dient, dass
398 Langzeitarbeitslose die Akzeptanz von jeder Arbeit „erlernen“ sollen, ohne dabei
399 Rücksicht auf ihre eigenen Bedürfnisse, Ansprüche und Vorstellungen zu
400
401
402
403
404

405 nehmen. Sie werden im Sinne des kapitalistischen Systems zur Unmündigkeit
406 „erzogen“.

407
408 Besonders hart trifft es Jugendliche unter 25 Jahren, denen der sofortige und
409 vollständige Entzug der monetären Regelleistungen angedroht und bewirkt
410 werden kann.

411
412 Diese Verfahrensweise muss komplett durch ein Anreizsystem ersetzt werden,
413 das beispielsweise bei besonderen Bewerbungsanstrengungen monetäre o.a.
414 Anreize bietet, so dass ein exkludierendes Bestrafungssystem in ein
415 integrationsförderndes Belohnungssystem umgekehrt wird. Durch die
416 Abschaffung des Sanktionssystems ist auch die o.g. Problematik für die U25 -
417 Klientel hinfällig (s. auch Punkt 9).

418

419 **8) Leiharbeit unrentabel machen**

420

421 Als eine der hauptsächlichen Auswirkungen der Hartz-Reformen ist der aktuelle
422 Boom der Leiharbeit anzusehen. Diese Entwicklung stellt neben der Schaffung
423 von 1-Euro-Jobs eine weitere nicht hinnehmbare Ausweitung des prekären
424 Beschäftigungssektors dar. „Um Auftragsspitzen zu überbrücken“ soll Leiharbeit
425 im Dienste der Wirtschaft stehen. Die Forderungen der SPD hierzu (Gleicher
426 Lohn für gleiche Arbeit) zielen in eine richtige Richtung, gehen aber nicht weit
427 genug. Betrachtet man andere EU-Staaten wie z.B. Frankreich, so werden dort
428 LeiharbeiterInnen besser bezahlt als die Kernbelegschaft. Dies ist nur gerecht, da
429 LeiharbeiterInnen einen höheren Aufwand im Vergleich zu den restlichen
430 Beschäftigten haben, mit höherer Flexibilität und Mobilität konfrontiert sind und
431 zudem noch meist in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Auch
432 ihre Integration in die betriebliche Mitbestimmung ist bisher unbefriedigend.
433 Hinzukommend, dass durch die höhere Entlohnung von LeiharbeiterInnen
434 der weitere Ausbau und die Etablierung der Leiharbeit und damit einem großen
435 Feld der prekären Arbeit gebremst, aufgehalten und umgekehrt wird.

436

437 Um Leiharbeit einzudämmen, muss das Synchronisationsverbot ebenso wie die
438 Überlassungshöchstdauer und das Wiedereinstellungsverbot wieder eingeführt
439 worden. Die Reformen von Rot-Grün waren in diesem Bereich kontraproduktiv
440 und haben explizit zum Boom von Leiharbeit beigetragen.

441

442 **9) LangzeitbewerberInnen auf dem Ausbildungsmarkt wirkliche Chancen** 443 **geben / Förderung U25**

444

445 Eine besondere Aufmerksamkeit gilt Jugendlichen, die es gar nicht erst schaffen,
446 in ein Ausbildungsverhältnis einzusteigen. Hier bildet sich auch eine neue Klientel
447 heran, die durch alle Raster fällt, nachdem sie die Schleifen in BVJ und BF
448 durchlaufen hat – eine neue traurige Generation, die schon „nicht mehr gebraucht
449 wird“, bevor sie die Gelegenheit hatte, sich zu orientieren und zu beweisen. Der
450 Ausbildungspakt und der Ausbildungsbonus sind nur zwei der faulen
451 Kompromisse, die mit den Wirtschaftsverbänden geschlossen wurden, die sich
452 allerdings als nutzlos erwiesen haben oder erweisen werden.

453

454 Maßnahmen, die ein Nachholen des Hauptschulabschlusses anbieten sind zu
455 begrüßen, führen jedoch noch lange nicht zu einer Lehrstelle. Hinzu kommt, dass

456 die Wirtschaft regelmäßig den schulischen Ausbildungsstand der Auszubildenden
457 beklagt, ohne selbst für eine entsprechende Lernsituation zu sorgen, in der diese
458 Klientel aufgefangen und angemessen ausgebildet werden könnte – eine
459 Verpflichtung der Wirtschaft gerade in Anbetracht des schulpflichtigen Alters der
460 Auszubildenden muss her!

461 Aber auch staatliche Hilfen wie sozialpädagogische Betreuung in jeder Schulform,
462 also auch der Berufsschule, oder sozialpädagogische Begleitung während der
463 Ausbildung, wie sie in einigen Pilotprojekten begonnen wurde, müssen
464 implementiert werden, um den Ansprüchen dieser Klientel gerecht zu werden.

465
466 Natürlich muss auf der anderen Seite auch das Bildungssystem modernisiert
467 werden, jedoch können sich Unternehmen mit Verweis auf die Schule nicht aus
468 ihrer gesellschaftlichen Verantwortung ziehen und müssen Ausbildung neue
469 Räume gewähren, die über die letzten Jahre leider mehr und mehr eingeschränkt
470 wurden. Das Bild eines/r komplett ausgebildeten, flexiblen und anspruchlosen
471 ArbeiterIn muss aus den Köpfen der Unternehmen verschwinden.

472
473 Die Wirtschaft muss entsprechend mit der Ausbildungsplatzumlage aufgefordert
474 werden, zusätzlich zu regulären auch besondere Ausbildungsplätze zur
475 Verfügung zu stellen, die einer fördernden und an die Auszubildenden
476 angepassten Lernsituation genügen. Das hierfür benötigte Ausbildungspersonal
477 muss entsprechend fachlich und pädagogisch geschult werden. Neben diesen
478 Ausbildungsplätzen müssen Wirtschaft und Staat ebenfalls dafür Sorge tragen,
479 dass mindestens eine gesetzliche Mindestausbildungsvergütung gezahlt und
480 darüber hinaus eine unbefristete Anstellung der/des Auszubildenden nach
481 erfolgreichem Abschluss der Ausbildung sicher gestellt wird.

482
483 Als besonders zu fördernde Bevölkerungsgruppe, deren Zukunft erst aufgebaut
484 werden muss und die die Freiheit zu einer individuellen beruflichen Entwicklung
485 haben muss, dürfen U25-KlientInnen nicht genau denselben
486 Integrationsbedingungen wie die Ü25-Klientel unterliegen. Der Fokus muss klar
487 auf einer Integration in Ausbildung liegen, welcher durch die o.g.
488 Ausbildungsförderstellen gestützt wird. Ferner kann jedoch auch hier eine
489 angepasste Form des Integrationsassessments (s. Punkt 1) zur beruflichen
490 Orientierung angewandt werden.

491
492 Sollte eine abgeschlossene Ausbildung bereits vorliegen, müssen
493 Weiterbildungsmöglichkeiten geprüft und unterstützt werden.

494
495 Ein Regelbezug von ALG II ist für unter 25-Jährige nur im Ausnahmefall möglich
496 und muss durch verstärkte Integrationsbemühungen so kurz wie möglich gehalten
497 werden, darf jedoch in keinem Fall durch Kürzungsandrohungen zur Grundlage
498 für Sanktionen werden (s. Punkt 7). Junge Menschen dürfen nicht schon vor dem
499 Beginn ihres beruflichen Lebens in soziale Sicherungssysteme abgeschoben und
500 damit an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt werden. Sie müssen stärker
501 als bisher gefördert und im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gehalten werden.

502 503 **10) Mehr ArbeitnehmerInnenrechte für ArbeitsvermittlerInnen**

504
505 Ein Betreuungsverhältnis von 1:250 – Befristete Verträge – Umsetzungsnot der
506 Vorgaben der Arbeitsagentur (z.B. Sanktionszahlen) – keine oder eine

507 wirkungslose MitarbeiterInnen-Vertretung: All das ist Alltag für die
508 SachbearbeiterInnen der ARGE n bzw. der im SGB II genannten
509 Vermittlungsorganisationsformen. Oft fehlt sogar die nötige Ausbildung, um
510 überhaupt mit der Klientel Beratungsgespräche führen zu können. ARGE-
511 MitarbeiterInnen, die ihren Beruf mit viel Engagement betreiben und den
512 BedarfsempfängerInnen wirklich helfen wollen – beispielsweise durch
513 Verzögerung von Sanktionen oder aufwendige Vermittlungs- und Beratungsarbeit
514 – werden zwischen persönlichen Grenzen und dem systemischen Druck der
515 Agentur zerrieben.

516 Insgesamt miserable Zustände, die v.a. den Menschen schadet, denen eigentlich
517 geholfen werden soll: den ALG II – BezieherInnen. Die Ansprüche, die bei der
518 Umsetzung der Hartz IV – Reform formuliert wurden, können in keinsten Weise
519 umgesetzt werden. Die Agentur für Arbeit selbst ist eine Institution, die ihre
520 MitarbeiterInnen unter miserablen Umständen arbeiten lässt.

521
522 **Runter mit der Fallzahl – hoch mit den Angestelltenzahlen:** Dies gilt als
523 Fundament für eine erfolgreiche Arbeitsvermittlung, da nur so eine tatsächliche
524 Beratung und Betreuung gewährleistet werden kann.

525 **Mehr Zeit für Beratung:** Vorgaben oder Anhalte, wie lange ein
526 Beratungsgespräch dauern darf, darf es nicht geben.

527 **Professionelle Ausbildung und Vorbereitung auf den Berufsalltag:**
528 Sozialpädagogische Einflüsse in der Arbeit mit und der Beratung von
529 Langzeitarbeitslosen sind nicht zu übersehen. Diese müssen sich auch in der
530 Ausbildung, Berufsvorbereitung und ständigen Weiterbildung (z.B. Sozial-
531 Trainings) bemerkbar machen. Eine reine Verwaltungsausbildung, wie sie
532 vielfach vorliegt, ist bei weitem nicht hinreichend. Zudem ist eine regelmäßige
533 Supervision einzuführen.

534 **Komplettüberarbeitung der Betreuungsstufenmodelle und der damit
535 zusammenhängende Verfahrensweise:**

536 HilfeempfängerInnen werden im Beratungsgespräch in vier Betreuungsstufen
537 eingeteilt, die sich auf die Integrationsfähigkeit in den Arbeitsmarkt beziehen
538 (Interaktionsfern – Stabilisierungsbedarf – Förderungsbedarf – Integrationsfähig).
539 Jedoch sind solche Modelle nur dann sinnvoll, wenn sie wissenschaftlich fundiert
540 und durchlässig gestaltet sind, sowie die MitarbeiterInnen angemessen darin
541 geschult wurden. Dazu müssen die SachbearbeiterInnen ebenso eine
542 professionelle soziale Ausbildung genossen und genug Zeit für
543 Beratungsgespräche haben, um HilfeempfängerInnen in solche Betreuungsstufen
544 überhaupt einteilen zu können. Die derzeitige vorschnelle Einteilung ist
545 keineswegs hinreichend oder zielführend. Zudem muss der in einem
546 Integrationsassessment (s. Punkt 1) festgelegte Integrationsplan Vorrang vor
547 einer Betreuungsstufeneinteilung haben, wenn diese nicht sogar durch die
548 Einführung des Integrationsassessments hinfällig wird.

549 **Keine befristeten Arbeitsverträge mehr:**

550 Die ArbeitsvermittlerInnen selbst andauernd in einer unsicheren Arbeitssituation
551 zu belassen, ist nicht hinnehmbar. Dies hat weitreichende negative Auswirkungen
552 auf ihre Arbeit. Befristungen in deren Arbeitsverträgen müssen der Vergangenheit
553 angehören.

554
555

556 **11) Öffentliche Schulungen und Aufklärung über die derzeitigen**
557 **Verfahrensweisen in der Arbeitsvermittlung und Rechtsansprüche von**
558 **Langzeitarbeitslosen**
559

560 Viele BedarfsempfängerInnen sind wenig bis gar nicht über ihre Rechte innerhalb
561 des Vermittlungsprozesses informiert. Zudem stellen die erwarteten
562 bürokratischen Zusammenhänge und Vorgänge eine meist hohe Hürde dar.
563 Diesem Umstand kann durch gezielte Information der BedarfsempfängerInnen
564 entgegen gewirkt werden. Dazu müssen öffentliche Aufklärungsveranstaltungen
565 durch die Bundesagentur für Arbeit implementiert werden, so dass mögliche
566 Vorbehalte und Wissenslücken innerhalb der Bevölkerung abgebaut werden
567 können (siehe „Faulenzerdebatte“).

568 Bei diesen Veranstaltungen können auch Projekte und Maßnahmen vorgestellt
569 werden, die als Förderinstrumente der Arbeitsmarktintegration dienen.
570 Hinzukommend, dass besondere Veranstaltungen für Unternehmen angeboten
571 werden können, so dass für die Leistungsfähigkeit der Klientel geworben und
572 auch hier die Akzeptanz erhöht wird.

573
574 **12) Privatvermögen / Besitzstandswahrung**
575

576 Privatvermögen und -eigentum dürfen nicht durch eine Lebenskrise wie
577 Arbeitslosigkeit bedroht werden. Die aktuelle Verfahrensweise innerhalb des SGB
578 II geht bis hin zum Verkauf von Lebensversicherungen unter Wert. So gerät die
579 fragile soziale Stabilität der BedarfsempfängerInnen noch weiter ins Wanken, sie
580 werden noch einmal zusätzlich diskriminiert. Die Schuldenspirale wird weiter
581 angekurbelt.

582
583 Mit dieser Verfahrensweise muss Schluss sein! So müssen auch im ALG II –
584 Bezug das Privateigentum und der bisherige Lebensstandard (bis zu einem
585 bestimmten Punkt) gesichert bleiben, also eine gewisse Besitzstandswahrung in
586 Kraft treten. Hierzu gehört auch die Abschaffung von Zwangsumzügen, die
587 beispielsweise dadurch hervorgerufen werden, dass die schon vor der
588 Arbeitslosigkeit bezogene Mietwohnung nicht der derzeitigen Bewilligungsnorm
589 entspricht und aufgrund dessen von der zuständigen Behörde nicht oder nicht
590 vollständig unterstützt wird. Dies wird zu einer gefährlichen Schuldenfalle für die
591 Betroffenen.

592
593 Auch Wohneigentum muss über den bisherigen Grenzen gesichert bleiben. Eine
594 eventuelle Schuldentilgung des Hauskredits darf nicht zur Schuldenfalle werden,
595 wobei die Agentur für Arbeit unterstützend tätig werden muss.

596
597 Arbeitslosigkeit darf keinen sozialen Abstieg bedeuten!
598

599 **13) Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften**
600

601 Die derzeitige Verfahrensweise im Hinblick auf die Einteilung der
602 HilfeempfängerInnen in Bedarfsgemeinschaften und damit der Beschneidung der
603 einzelnen Ansprüche muss abgeschafft werden. Durch eine solche Einteilung
604 wird eine gegenseitige Abhängigkeit innerhalb eines Haushaltes erzeugt, die dem
605 Bild einer modernen, emanzipierten Gesellschaft zuwider läuft und eine

606 Diskriminierung von Frauen weiter vorantreibt. Vermögen und Einkünfte innerhalb
607 eines Haushaltes sind zu trennen.

608
609 Den damit zusammenhängenden Veränderungen insbesondere für Familien
610 muss mit geeigneten Mitteln entgegnet werden, so dass vor allem eine
611 ausreichende Versorgung der Kinder sichergestellt ist.

612
613 BedarfsempfängerInnen unter 25 müssen spätestens mit der Volljährigkeit die
614 Möglichkeit haben auszuziehen und ihr eigenes Leben innerhalb einer eigenen
615 Wohnung aufzubauen. Durch die derzeitige Verfahrensweise werden sie im Falle
616 eines Auszugs aus dem elterlichen Haushalt zu Nesthockern degradiert und
617 entmündigt (z.B. aufgrund der Weigerung des kommunalen Trägers zur
618 Übernahme der Leistungen für Unterkunft und Heizung), was nicht länger
619 hinnehmbar ist. Auch wenn ein Regelbezug für diese Altersgruppe nur im
620 Ausnahmefall erfolgen sollte (s. Punkt 9), dürfen sie im Falle des Bezuges
621 keinesfalls in o.g. Weise diskriminiert werden. Eine Unterstützung für das Führen
622 einer eigenen Wohnung muss hier genauso wie beim Ü25-Klientel erfolgen (s.
623 Punkt 3).

624
625 Zudem dürfen Kinder und Jugendliche (U25) in keinsten Weise für die
626 Arbeitslosigkeit ihrer Eltern zur Verantwortung gezogen werden, schon gar nicht
627 monetär. Ein Fall von Arbeitslosigkeit in der Familie darf nicht zur Negativ-
628 Stigmatisierung oder gar zur Armutsfalle für die ganze Familie werden.

629 630 **14) Streichung der Bezeichnung „KundIn“**

631
632 Die Bezeichnung der HilfeempfängerInnen als „KundInnen“ ist aus dem
633 Sprachgebrauch der Agentur für Arbeit und allen Institutionen der
634 Arbeitsvermittlung zu streichen, da dieser Begriff einen Dienstleistungsprozess
635 suggeriert, der bei Weitem nicht dem in Aussicht gestellten Beratungs- und
636 Vermittlungsprozess entspricht. Darüber hinaus wird durch die Anwendung der
637 neoliberalen Sprache im Arbeitsvermittlungsbereich die nicht hinnehmbare
638 Projektion des kapitalistischen Systems auf die sozialen Sicherungssysteme
639 offenbart.

640 Fortan ist stattdessen die Bezeichnung „KlientIn“ zu gebrauchen.

1
2
3 **AdressatInnen:** Landesregierung, SPD-Landtagsfraktion
4

5 **Ausbau von Hospizen und Palliativstationen in Rheinland-Pfalz**

6
7 Ein Hospiz bietet die Möglichkeit sterbenden Menschen ein würdevolles
8 Abschiednehmen zu ermöglichen. Viele Menschen sehen als einzige Alternative zum
9 Sterben im Krankenhaus oder einem Pflegeheim aktive Sterbehilfe an und nehmen
10 die schwierigsten Wege auf sich um einen selbstbestimmten Tod zu erlangen.

11 Als Hospiz wird eine spezielle Pflegeeinrichtung bezeichnet, die Sterbende im Sinne
12 der Palliativpflege umfassend versorgt. Es gibt ambulante, teilstationäre und
13 stationär tätige Hospizvereinigungen. Für jeden Menschen muss **an jedem Ort und**
14 **zu jeder Zeit** eine seine Würde achtende Versorgung gewährleistet sein. Dazu
15 gehört eine umfassende palliativmedizinische und -pflegerische sowie psychosoziale
16 Begleitung. Deutschland ist hier noch "**Entwicklungsland**". In unserem oftmals auf
17 Hochleistung spezialisierten Gesundheitssystem hat die Begleitung von
18 Schwerstkranken und Sterbenden bislang keine Priorität.

19
20 **Deshalb fordern wir einen Ausbau der stationären Hospize und**
21 **Palliativstationen in Rheinland-Pfalz für alle Altersstufen und die Unterstützung**
22 **von ambulanten Hospizdiensten.**

23 **Begründung:**

24
25 Krankenhäuser und Pflegeheime sind nicht auf das Sterben vorbereitet. Dieses passt
26 nicht in die Routine der Einrichtungen. Zwar sind die Tage vorbei, in denen es im
27 Krankenhaus eigene Sterbezimmer gab (die kleinsten am Ende des Ganges), doch
28 am Umgang mit Sterbenden hat sich nicht viel geändert. Aktive Sterbehilfe oder
29 assistierter Suizid können hier keine Abhilfe schaffen!

30
31 Im Jahr 2007:
32

Deutschland (gesamt):

Anzahl Verstorbener: 821.635

Anzahl ambulanter, ehrenamtlicher Hospizdienste: 1.103

Anzahl stationärer Hospize: 158

Anzahl Palliativstationen: 156

Begleitung durch ambulanten, ehrenamtlichen Hospizdienst zu Hause: 3,1%

Begleitung durch ambulanten, ehrenamtlichen Hospizdienst im Pflegeheim: 1,7%

Begleitung durch ambulanten, ehrenamtlichen Hospizdienst im Krankenhaus: 1,4%

Begleitung im stationären Hospiz: 2,2%

Begleitung auf Palliativstation (Palliative-Care-Versorgung): 4,1%

Anteil Verstorbener ohne hospizliche Begleitung oder Palliative-Care-Versorgung:
87,4%

Rheinland-Pfalz:

Anzahl Verstorbener: 41.973

Anzahl ambulanter, ehrenamtlicher Hospizdienste: 51

Anzahl stationärer Hospize: 6

Anzahl Palliativstationen: 14

Begleitung durch ambulanten, ehrenamtlichen Hospizdienst zu Hause: 2,8%

Begleitung durch ambulanten, ehrenamtlichen Hospizdienst im Pflegeheim: 1,6%

Begleitung durch ambulanten, ehrenamtlichen Hospizdienst im Krankenhaus: 1,3%

Begleitung im stationären Hospiz: 1,7%

Begleitung auf Palliativstation (Palliative-Care-Versorgung): 7,1%

**Anteil Verstorbener ohne hospizliche Begleitung oder Palliative-Care-Versorgung:
85,5%**

33
34 In Rheinland-Pfalz gibt es 6 stationäre Hospize in Ludwigshafen, Speyer, Mainz, Bad
35 Kreuznach, Trier und Koblenz. Palliativstationen gibt es in Kirchen, Remagen,
36 Neuwied, Trier, Bad Kreuznach, Mainz, Ludwigshafen, Speyer, Bad Dürkheim,
37 Annweiler und Landstuhl.
38 Für unser hauptsächlich ländlich geprägtes Flächenland ist dies zu wenig! Ambulante
39 Hospiz- und Palliativdienste können den Mangel nicht ausgleichen. Vor allem
40 Menschen ohne Familie, die sie pflegen könnte, sind im Fall einer tödlichen
41 Erkrankung zum Ende hin das Krankenhaus oder ein Pflegeheim die einzigen
42 Alternativen. Genau dort kann jedoch nicht auf ihre Bedürfnisse und letzten Wünsche
43 eingegangen werden.
44 In Hospizen wird mit den vertrauten Hausärzten zusammengearbeitet, den
45 Wünschen der Gäste wird soweit erfüllbar nachgekommen und die MitarbeiterInnen
46 haben die Zeit sich um die Bedürfnisse der Gäste zu kümmern. Angehörige und
47 Freunde sind nicht an Öffnungszeiten gebunden. In vielen Hospizen ist es außerdem
48 möglich eigene Möbel mitzubringen.
49 Die Pflege endet nicht mit dem Tod, wie es in Krankenhäusern und Pflegeheimen ist,
50 sondern auch danach wird sich noch um den Gast gekümmert. Oft werden
51 Verabschiedungen durchgeführt und viele Hospize haben eigene Gedenkräume und
52 -rituale.
53 Kinderhospize gibt es gar nicht. Gerade diese Situation ist für Familien besonders
54 schwierig und Krankenhäuser, trotz des mittlerweile sehr gebesserten Umgangs mit
55 solchen Fällen, nicht der richtige Ort für das Abschiednehmen von einem Kind.
56 Dasselbe gilt für Palliativstationen!
57 Hausärzte sind meist nicht ausgebildet in Palliativmedizin und können so ungewollt
58 das Leiden verstärken. Viele wissen auch nicht, dass die teuren
59 Schmerzmedikamente bei Sterbenden nicht auf ihr Budget gerechnet werden und sie
60 deshalb keine Sorge haben müssen.
61 Hospizplätze sind rar und meist weit weg. Deshalb ist ein Ausbau stationärer
62 Hospize und palliativer Stationen in Rheinland-Pfalz äußerst wichtig. Die
63 Unterstützung ambulanter Dienste muss ebenfalls ausgebaut werden, damit die
64 Versorgung in ländlichen Gebieten und Fällen, in denen der/die Sterbende doch im
65 gewohnten Umfeld bleiben möchte, besser gehandhabt werden kann.

1
2
3 **AdressatInnen:** Landesministerium für Arbeit, Soziales, Familie, Frauen und
4 Gesundheit RLP, Landesdrogenbeauftragter in RLP, Vorstand der SPD RLP, RLP-
5 Landtagsfraktion der SPD, MdBs aus RLP
6

7 **Ende mit dem Stillstand der Drogenpolitik in RLP!**

8
9 Wir fordern eine sofortige Agenda zur Weiterentwicklung der Drogenpolitik in RLP.
10 Diese muss durch Kampagnen die gesellschaftliche Akzeptanz von Einrichtungen
11 der Überlebenshilfe in der Drogenarbeit stärken und über deren wichtige soziale
12 Funktionen aufklären.

13 Hinzu kommt, dass die Substitutionsbehandlung in RLP um ein Vielfaches weiter
14 ausgebaut werden muss. ÄrztInnen, die eine solche Behandlung anbieten möchten,
15 müssen dies ohne gesellschaftlichen Druck ausüben dürfen. Auch hierfür muss die
16 Akzeptanz in der Bevölkerung und unter den MedizinerInnen selbst gesteigert
17 werden.
18

19 Einrichtungen der akzeptanzorientierten Drogenhilfe müssen nicht nur ideell, sondern
20 auch finanziell gesichert werden. Angepasst an den bestehenden Bedarf müssen
21 diese Einrichtungen ausgebaut und regional erweitert werden. Hierzu gehören
22 aufsuchende soziale Arbeit und niedrigschwellige Einrichtungen der Überlebenshilfe.
23

24 Wir fordern das zuständige Landesministerium und den Landesdrogenbeauftragten
25 dazu auf intensiver als bisher mit anderen Ländern im Anschluss an RLP in Bezug
26 auf die Kooperation in der Drogenpolitik zusammenzuarbeiten und gegebenenfalls
27 finanziell andere Länder zu unterstützen, die durch ihren starken Ausbau von
28 akzeptanzorientierten Einrichtungen einen Großteil des rheinland-pfälzischen
29 Klientels mitversorgen.

30 Ebenso ist eine Vernetzung der Einrichtungen der Drogenhilfe mit Einrichtungen der
31 Arbeitsvermittlung und anderen sozialen Einrichtungen durch das zuständige
32 Landesministerium in verantwortlicher Weise voranzutreiben und auszubauen.
33

34 Eine Agenda hierzu ist bis spätestens Mitte nächsten Jahres vorzulegen und
35 umzusetzen.
36

37 **Begründung:**

38 Das Thema „Drogenpolitik“ wird – sollte es einmal in der Öffentlichkeit diskutiert
39 werden – meist von Aufschreien der Medien und der Bevölkerung begleitet. Lediglich
40 Erfolgsmeldungen im Zusammenhang mit einem Rückgang der Drogenkriminalität
41 oder Skandalmeldungen, die beispielsweise immer mehr Drogenexzesse von immer
42 jüngeren Jugendlichen schildern, finden ihren Weg in die Medien.
43

44 Einer der letzten „Aufschreie“ konnte man Anfang 2007 hören. Zu diesem Zeitpunkt
45 kam es dazu, dass das Drogenhilfezentrum Saarbrücken den Zugang zu seinem
46 Angebot u.a. auch dem Drogenkonsumraum für Süchtige aus Frankreich und
47 Rheinland-Pfalz aus Kostengründen verwehren musste. Das Drogenhilfezentrum ist
48 eine von 25 akzeptanzorientierten Einrichtungen in ganz Deutschland, die einen
49 Drogenkonsumraum in ihrem Angebot beinhalten, in dem es Schwerstabhängigen
50 erlaubt wird unter hygienischen Bedingungen intravenös Drogen wie Heroin oder

51 Kokain zu konsumieren. Hierbei geht es in erster Linie um medizinische Betreuung
52 und gesundheitliche Prävention, da durch den Konsum unter hygienischen
53 Bedingungen die Ausbreitung von AIDS und Hepatitis C eingedämmt wird und
54 zudem eine direkte medizinische Notfallbehandlung erfolgen kann, sollte ein
55 Drogennotfall entstehen.

56
57 Die Empörung der rheinland- pfälzischen Landesregierung auf die sog.
58 „Landeskinderregelung“ im saarländischen Drogenhilfezentrum war kaum zu
59 überhören, wobei paradoxerweise die Aussage aufrecht erhalten wurde, dass
60 Rheinland- Pfalz keine mit anderen Bundesländern vergleichbare Drogenszene
61 habe. Zudem gäbe es trotz der rechtlichen Möglichkeit der Einrichtung von
62 Drogenkonsumräumen keinen Bedarf hierfür. So kam es dazu, dass das zuständige
63 Landesministerium die Kommunen anfragte, ob ein konkreter Handlungsbedarf
64 bestünde und Einrichtungen der Suchthilfe entstehen müssten, die einen
65 Drogenkonsumraum beinhalten. Keine Kommune meldete einen solchen Bedarf an.
66 Seitdem ist das Thema wieder untergetaucht, obwohl viele Fragen offen geblieben
67 waren.

68
69 Die Bundespolitik ist in der Entwicklung schon viel weiter als viele Bundesländer. Die
70 Grundlage derzeitiger Bundesdrogenpolitik bilden vier Säulen: Prävention, Beratung /
71 Therapie, Repression und Überlebenshilfe. Diese Säulen stehen theoretisch
72 gleichberechtigt nebeneinander. In der Realität wird jedoch vor allem die
73 Überlebenshilfe in der Bevölkerung, der Kommunal- und Landespolitik und in den
74 Medien sehr gering geschätzt. Ängste, Tatsachenverklärung und Intoleranz führen
75 dazu, dass dieser wichtige Teil der Suchthilfe einer wachsenden Inakzeptanz
76 gegenübersteht, MitarbeiterInnen in akzeptanzorientierten Institutionen und ihre
77 unerlässliche Arbeit diffamiert werden. So sind auch ÄrztInnen, die eine
78 Substitutionsbehandlung anbieten, vor allem in dörflichen Regionen oft dem Spott
79 ihrer KollegInnen ausgesetzt, so dass ein/e MedizinerIn es sich zweimal überlegen
80 muss, ob sie/er eine solche Behandlung anbieten möchte. Es muss eine positive
81 Werbung in der Bevölkerung für die Überlebenshilfe geben und die Gesellschaft über
82 die großen Vorteile dieser Art der Hilfe aufgeklärt werden. Bisher entwickelt sich ein
83 Verständnis für akzeptanzorientierte Angebote nur bei direkter Betroffenheit in der
84 Bevölkerung, also v.a. in Großstädten, in denen sich eine größere Drogenszene
85 gebildet hat. In ländlichen Regionen, die von der Drogenproblematik nicht verschont
86 bleiben, sind solche Hilfsangebote weitgehend unbekannt oder stoßen vermehrt auf
87 Hürden im Gewand von alten Vorbehalten. Die vorhandenen Angebote der
88 akzeptierenden Drogenarbeit müssen in unserer Gesellschaft einen
89 Normalisierungsprozess durchmachen, um entsprechend anerkannt zu werden.

90
91 Ein positives Beispiel für ein Projekt der Überlebenshilfe ist die Heroin- Studie, die
92 nun schon seit einigen Jahren in mehreren deutschen Großstädten läuft. Hierbei wird
93 als Substitutionsbehandlung Diamorphin (Heroin) anstatt der Ersatzdroge
94 ausgegeben. Für diese Ausgabe in Frage kommen allerdings nur KlientInnen, bei
95 denen eine vorhergehende Behandlung mit Ersatzstoffen nicht angeschlagen hatte,
96 d.h. der Beikonsum und die Rückfälle zur Belastung wurden. Die Studie hat
97 durchweg positive Ergebnisse zur Folge. So ist beispielsweise die Drogenkriminalität
98 rapide gesunken, und die sozialen Verhältnisse der KlientInnen haben sich
99 stabilisiert. Jedoch ist das Ansehen der Studie in der Bevölkerung weiterhin gering,
100 was vor allem Hetzkampagnen der BILD- Zeitung zu verdanken ist, die zu Beginn der
101 Studie mit „Jetzt gibt’s Heroin auf Rezept“ titelte.

102

103 Eine weitere wichtige Funktion in der Überlebenshilfe kommt der aufsuchenden
104 Soziale Arbeit (street work) zu, die unbedingt gestärkt werden muss. Diese muss
105 allerdings multiperspektivisch und an die neuen Herausforderungen angepasst sein.
106 Diese Herausforderungen sind vor allem Problematiken, die durch Migration
107 entstehen, und der demographische Wandel. Dies führt dazu, dass beispielsweise
108 Familien als Ganzes betrachtet werden müssen, entsprechend die Hilfe von
109 Familienmitglied zu Familienmitglied unterschiedlich ausfallen kann. Allerdings ist
110 das Ziel die Familie als soziale Einheit zu stärken. Die Probleme, die z.B. ein
111 schwerstabhängiger Vater mit sich trägt, wirken auf alle Familienmitglieder, die
112 deswegen ebenso Unterstützung und Hilfe bei der Bewältigung der Situation
113 benötigen.

114

115 Kooperationen der akzeptierenden Suchthilfe mit anderen Institutionen, wie
116 Arbeitsagentur oder ARGE, müssen verbessert bzw. aufgebaut werden. Es ist
117 wichtig, Soziale Hilfe in der Suchtarbeit zu vernetzen und damit qualitativ zu
118 steigern. Ebenso sind „Guidelines“ für Drogenberatungsstellen bei der
119 Bundesdrogenbeauftragten in Arbeit, die die MitarbeiterInnen dieser Einrichtungen
120 unterstützen und die derzeitige Qualität weiter steigern sollen.

121

122 Ebenso muss die Qualität der Substitutionbehandlungen gesteigert werden. Hier
123 muss ein Individualisierungsprozess in der begleitenden psychosozialen Betreuung
124 einsetzen, der es erlaubt, eine differenzierte Substitutionsbehandlung zu
125 ermöglichen. Jede/r Süchtige benötigt eine spezielle Behandlung, um der
126 Individualität ihrer/seiner Sucht gerecht zu werden. Hinzukommen müssen zudem
127 tagesstrukturierende Maßnahmen, wie Arbeitsprojekte, die die Integration der
128 PatientInnen verbessern. Substituierende ÄrztInnen muss darüber hinaus mehr
129 Anerkennung und v.a. Akzeptanz (auch für die Klientel) zukommen und das Angebot
130 an Substitutionsbehandlungen in Rheinland Pfalz weiter ausgebaut werden. Eine
131 sogenannte „Überlebenssubstitution“ könnte eine zukunftsweisende Idee für eine
132 niedrigschwellige Weiterentwicklung der Substitution sein, in der aufsuchende
133 Soziale Arbeit und Überlebenshilfe (Essensausgabe, Möglichkeiten der
134 Körperhygiene) integriert werden könnten.

1
2
3 **AdressantInnen:** SPD-Landtagsfraktion, AK-Jugend, LeiterInnen der kommunalen
4 Gebietskörperschaften, kommunale Spitzenverbände

5 6 **Mehr Öffentlichkeitsarbeit und längere Öffnungszeiten für** 7 **Jugendzentren**

8
9 Jugendzentren sind elementare Bausteine der erfolgreichen Jugendpolitik einer
10 Kommune. Dort werden unter pädagogischer Begleitung Angebote für Jugendliche
11 bereitgestellt, die eine altersgerechte Freizeitgestaltung ermöglichen.

12 Die Jusos Rheinland-Pfalz fordern daher mehr Öffentlichkeitsarbeit für
13 Jugendzentren (z.B. Infostände, Angebotsaushänge an Schulen, Zusammenarbeit
14 der Jugendzentren mit Schulen) auf kommunaler Ebene und eine Erweiterung der
15 Öffnungszeiten abends, an Wochenenden und in den Ferien. Außerdem ist es
16 wichtig, dass ein konstantes Ferienprogramm für die Jugendlichen angeboten wird.

17
18 Durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sind der Zulauf und die Wirtschaftlichkeit der
19 Jugendzentren gesichert. Dies wird dazu führen, dass längere Öffnungszeiten und
20 eine Erweiterung der Öffnungszeiten in den Ferien und an den Wochenenden
21 notwendig werden.

22 Für die ausgedehnten Öffnungszeiten sollen auch vermehrt ehrenamtliche
23 Helferinnen und Helfer eingesetzt werden.

24 25 **Begründung:**

26 In der Vergangenheit hat sich immer häufiger gezeigt, dass Jugendliche ihre Freizeit
27 auf öffentlichen Plätzen, vor Geschäften und in Grünanlagen verbringen. In
28 Gesprächen mit den Jugendlichen kommt immer wieder deren Ideenlosigkeit zum
29 Vorschein, da oftmals keine Angebote für Jugendliche vor Ort bestehen, bei denen
30 eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung gewährleistet ist.

31
32 Diese Treffpunkte im öffentlichen Raum bedeuten oftmals einen Imageverlust für die
33 entsprechenden Plätze, insbesondere in Abendstunden. Auch die Jugendlichen
34 selbst fühlen sich oftmals dort nicht wohl, sehen aber keine anderen Möglichkeiten.

35 Problematisch ist nicht, dass Jugendliche sich auf öffentlichen Plätzen aufhalten,
36 aber es gibt auch Jugendliche, die gerade dann, wenn Jugendzentren geschlossen
37 haben (d.h. abends, an Wochenenden, in den Ferien) gezielt Sachbeschädigungen,
38 Vandalismus und andere Straftaten begehen.

39 Auch kommt es oft zu übermäßigem, öffentlichen Alkoholkonsum Minderjähriger
40 bzw. zum Konsum anderer Drogen.

41
42 Die Aufgabe der Jugendzentren ist, dass sie Jugendliche betreuen und das
43 Jugendliche eine Anlaufstelle haben, gerade während der Ferien und an den
44 Wochenenden. Hier kann denjenigen, die aufgrund der Familienstrukturen nicht mit
45 qualifizierten Freizeitangeboten versorgt werden eine Perspektive geboten werden,
46 die vor Isolation, Abspaltung, oder Verhaltensauffälligkeiten schützt.

47
48 Deshalb ist es uns so wichtig, dass die Öffnungszeiten der Jugendzentren erweitert
49 werden. Denn Jugendliche haben nicht unter der Woche innerhalb der

50 Öffnungszeiten Freizeit, sondern gerade an den Wochenenden und in den Ferien,
51 wo die meisten Jugendzentren geschlossen haben.

52
53 Wir wissen, dass die Erweiterung und die Verlängerung der Öffnungszeiten mit
54 finanziellem und personellem Mehrbedarf einhergehen. Aus unserer Sicht ist die
55 Bereitstellung eines entsprechenden Angebots als präventive Maßnahme aber
56 unerlässlich für die kommunale Jugendpolitik. Wer bei Jugendarbeit spart, wird
57 langfristig Schaden nehmen.

58
59 Wir können uns beispielsweise vorstellen, die Jugendzentren auch mit vermehrter
60 ehrenamtlicher Arbeit zu unterstützen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit soll
61 deshalb auch auf die vielfältigen Möglichkeiten hingewiesen werden, wie Zivildienst
62 und das FSJ in solchen Einrichtungen abgeleistet werden können.

1
2
3 **AdressatInnen:** SPD-Landesvorstand, Innenministerium RLP, Kommunale
4 Spitzenverbände, SPD-LTF
5

6 **Zweitwohnungssteuer – nein danke!**

7
8 Die Jusos Rheinland-Pfalz lehnen Systeme zur Besteuerung der Zweitwohnung ab.

9
10 Insbesondere für Studierende, deren Leistungsfähigkeit sich nicht einzig aufgrund
11 eines Zweitwohnsitzes erhöht, ist diese Form von Abgabe nicht hinnehmbar.

12
13 Die Jusos Rheinland-Pfalz erkennen an, dass Kommunen ein Interesse daran
14 haben, durch Erstwohnsitzmeldungen erhöhte Schlüsselzuweisungen vom Land zu
15 erhalten.

16
17 Anders als die aufgezwungene und ungerechte Abgabenorientierung gibt es jedoch
18 in der Bundesrepublik zahlreiche Beispiele dafür, dass auch Anreizsysteme zu einer
19 Zunahme der Erstwohnsitzmeldungen führen.

20
21 Die Kommunen erreichen durch diese Anreizsysteme einen Imagegewinn, weil
22 Menschen sich wohl aufgenommen fühlen und es keine zwangsweise Aufnahme in
23 die EinwohnerInnenschaft darstellt.

24
25 Diese Anreizsysteme sind mildere Mittel und werden als solche auch dem Umstand
26 gerecht, dass die Besitzer eines Zweitwohnsitzes nicht per se aufgrund einer
27 erhöhten Leistungsfähigkeit in der Lage sind, diese Kommunalsteuer zu tragen.

28
29 Aufwandsteuern im Sinne des Art . 105 II a GG dienen demgegenüber dem
30 Abschöpfen der besonderen Leistungsfähigkeit. Diese ergibt sich daraus, dass die
31 persönliche Einkommensverwendung des Steuerpflichtigen für einen über den
32 allgemeinen Lebensbedarf hinausgehenden Aufwand für die persönliche
33 Lebensführung erfolgt.

34
35 Eine solche Einkommensverwendung ist im Innehaben einer Zweitwohnung jedoch
36 nicht zwangsläufig gegeben.

37
38 Wir fordern deshalb die die rheinland-pfälzischen Kommunen auf, sich von der
39 Zweitwohnungssteuer bzw. -abgabe zu verabschieden und stattdessen ein positives
40 System zu etablieren, das einen ausreichenden Anreiz für eine freiwillige
41 Wohnsitzummeldung darstellt.

42 **Begründung:**

43 Viele rheinland-pfälzische Gebietskörperschaften haben Zweitwohnungsabgaben
44 bzw. -steuern als kommunale Steuern durch Satzung beschlossen.

45
46
47 Diese haben den lenkenden Zweck, mehr Einwohnerinnen und Einwohner mit
48 Erstwohnsitz in die entsprechenden Kommunen zu bringen. Für Einwohner mit
49 Erstwohnsitz erhält die Kommune über den Kommunalen Finanzausgleich
50 Schlüsselzuweisungen, die sie bei bestehenden Zweitwohnsitzen nicht erhält.

51
52 In Zeiten knapper öffentlicher Kassen ist die Erhöhung der Einnahmebasis
53 selbstverständlich ein legitimes Mittel, um die vielfältigen Aufgaben der Gemeinden
54 zu erfüllen.

55
56 Die Zweitwohnungsproblematik betrifft zunächst Studierenden- und Kurorte. Dort
57 sind häufig sehr viele Menschen gemeldet, deren Hauptwohnsitz an einer anderen
58 Stelle liegt. Dies liegt auch daran, dass melderechtlich der Erstwohnsitz dort
59 anzumelden ist, wo der Mittelpunkt des Lebens liegt, im Einzelfall kann dies jedoch
60 nur sehr schwer und subjektiv erörtert werden.

61 So studieren an vielen Orten in Deutschland viele Menschen, die keinesfalls ihren
62 Lebensmittelpunkt in der Universitätsstadt haben, weil sie entweder durch politische,
63 gesellschaftliche oder familiäre Bindungen am Erstwohnsitz an anderer Stelle
64 festhalten wollen oder eben keinen entsprechen Bezug zur Universitätsstadt
65 herstellen können.

66
67 Definitiv ist das Innehaben einer Zweitwohnung bei Studierenden aber kein
68 besonderer Ausdruck für eine erhöhte Leistungsfähigkeit, die oberstes Prinzip der
69 Aufwandssteuer gemäß Art. 105 II a GG ist.

70
71 Die vorgenannten Aspekte setzen sich vor allem mit der juristischen Bewertung
72 auseinander.

73
74 Von weit größerem Interesse ist jedoch der unbezifferbare Imageverlust, den eine
75 Stadt dadurch erleidet, dass sie ihre Bürgerinnen und Bürger zur Zahlung dieser
76 Steuer verpflichtet.

77
78 In der Landeshauptstadt Mainz haben beispielsweise viele Studierende gegen die
79 erlassene Zweitwohnungsabgabe geklagt und vor dem Verwaltungs- und dem
80 Oberverwaltungsgericht Recht bekommen. Die Stadt Mainz ist jedoch vor dem
81 Bundesverwaltungsgericht in Revision gegangen und streitet weiter. Ein Urteil bleibt
82 abzuwarten.

83
84 Welchen Eindruck haben die Bürgerinnen und Bürger einer Stadt, wenn der eigene
85 Wohnort sie durch diese Maßnahmen in ihren Wohlempfinden stört.
86 Selbstverständlich wird dieses Verfahren nicht als Beweis für die Offenherzigkeit und
87 das Willkommensein eingestuft.

88
89 Es ist natürlich auch festzuhalten, dass auch in anderen Bundesländern
90 Zweitwohnungssteuern verlangt werden und hier Rheinland-Pfalz keineswegs ein
91 schwarzes Schaf ist. Aber in den anderen Bundesländern gibt es nahezu überall
92 auch alternative Systeme, die dem Zweck der Zweitwohnungsabgabe gerecht
93 werden und gleichzeitig einen Imagegewinn für die Kommune bedeuten.

94
95 Beispielsweise werden

- 96 • in Cottbus auf Antrag an SchülerInnen und Studierende jährlich 150 Euro
- 97 ausgezahlt,
- 98 • in Magdeburg in 3 Jahren insgesamt 160 Euro Bonus dafür gezahlt, dass
- 99 Studierende ihren Erstwohnsitz dorthin verlegen;
- 100 • In Leipzig Studierende mit 49 Euro pro Semester (im Rahmen der
- 101 Regelstudienzeit) belohnt;

- 102 • In Sigmaringen 70 Euro sofort und 100 Euro nach zwei Jahren ausbezahlt,
103 dazu gibt es attraktive Preise im Rahmen von Tombolas;
- 104 • In Gießen, Darmstadt und Berlin um die 100 Euro für die Anmeldung gezahlt
- 105 • In Karlsruhe das Semesterticket für das Anmeldesemester erlassen und 50
106 Euro Einkaufsgutscheine verteilt.
- 107 • In Tübingen Erstwohnsitzanmeldungen mit einem Gutscheinheft im Wert von
108 120 Euro belohnt.
- 109

110 Wir wollen Bürgerinnen und Bürger in den rheinland-pfälzischen Kommunen
111 willkommen heißen und sie ermutigen, ihren Wohnsitz dort zu melden. Dies kann
112 aber erfolgreich und positiv nur mit einem Anreizsystem erfolgen.

1
2
3 **AdressatInnen:** LeiterInnen der kommunalen Gebietskörperschaften
4

5 **Mindestlohn in der öffentlichen Verwaltung**

6
7 Die sozialdemokratischen Bürgermeister sowie deren Vertreter in den kommunalen
8 Gremien werden gebeten, sich nachhaltig dafür einzusetzen, dass

- 9
10 - bei allen Beschäftigungsverhältnissen in der öffentlichen Verwaltung sowie in
11 kommunalen Betrieben und Unternehmen ein Mindestlohn von mindestens
12 7,50 € gezahlt wird,
13
14 - bei Auftragsvergabe geprüft wird, ob durch die Unternehmer ein Mindestlohn
15 von mindestens 7,50 € gezahlt wird und die arbeitsrechtlichen Bestimmungen
16 und Arbeitsschutzbestimmungen eingehalten werden.
17
18 - zu prüfen, an welche Stellen eine Kommunalisierung oder eine
19 Rekommunalisierung von Dienstleistungen notwendig ist, um faire
20 Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu garantieren.
21

22 Wir treten für eine Stärkung der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst ein.
23

24 **Begründung:**

25 Der Mindestlohn ist derweil ein hinreichend diskutiertes und beschlossenes Ziel
26 sozialdemokratischer Arbeitspolitik. Er deckt sich mit dem weit überragenden
27 Meinungsbild der Partei. Die Umsetzung muss jedoch auch auf kommunaler Ebene -
28 insbesondere dort wo Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in politischer
29 Verantwortung stehen - konkrete Umsetzung finden. Insbesondere da tragen wir
30 auch die Verantwortung für ausgeglichene Würde. Aus diesem Grund erscheint es
31 sinnvoll, innerhalb der Kommunalverwaltung für gerechte Löhne zu sorgen. Das
32 bedeutet auch, dass bestimmte Dienstleistungen unter Umständen wieder
33 rekommunalisiert werden müssen um so faire Löhne für gute Arbeit zu ermöglichen.
34 Die Debatte um den Postmindestlohn hat dies in beeindruckender Weise gezeigt.
35 Währenddessen der Mindestlohn weitestgehend unumstritten war, haben sich viele
36 Kommunalverwaltungen, zur Vermeidung weiterer Kosten, privater Zustelldienste
37 bedient. In vielen Fällen wurde dabei nicht beachtet, dass diese Unternehmen
38 teilweise nicht den von uns geforderten Mindestlohnvorstellungen gerecht wurden.
39 Hier muss sozialdemokratische Politik ein glaubhafter und zuverlässiger Partner
40 derer sein, die gute Arbeit leisten. Wir tragen Verantwortung und wollen dieser auch
41 gerecht werden.

Unser Verhältnis zur Linke – eine Standortbestimmung

Historie

Was wir heute als Die Linke kennen, begann als Reaktion auf die Politik der rot-grünen Regierung, vor allem im Arbeitsmarkt- und Sozialbereich, namentlich in Form der Agenda 2010 und Hartz-Gesetze.

Aus Protest gegen die genannte Politik bildeten sich im Verlauf der Jahre 2003/2004 die „Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“, vornehmlich aus bayerischen GewerkschafterInnen zusammengesetzt, sowie im nord- und westdeutschen Bereich die Wahlalternative. Im Juli 2004 schlossen sich diese dann zur „WASG – Wahlalternative für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ als eingetragener Verein zusammen.

Nachdem im November 2004 einige Mitglieder des Bundesvorstandes der WASG angekündigt hatten, den Verein in eine Partei überführen zu wollen, folgte im Dezember desselben Jahres eine Mitgliederbefragung, deren Ergebnis dieses Vorhaben unterstützte. Die Parteigründung erfolgte dann Ende Januar 2005.

Den ersten Wahlkampf bestritt die WASG im Mai 2005 im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen und erreichte – für BeobachterInnen damals sehr überraschend – auf Anhieb einen Anteil von 2,2% (die SPD verlor 5% und die Regierungsmehrheit) und wurde damit aus dem Stand fünft stärkste Kraft im Lande. Ihre WählerInnen rekrutierten sich vornehmlich aus ehemaligen NichtwählerInnen sowie früheren SPD-WählerInnen.

Nach dem Ergebnis der NRW-Wahl kündigte Gerhard Schröder an, Neuwahlen anzustreben, die über eine absichtlich verloren gegebene Vertrauensfrage auch für den September 2005 eingeleitet wurde.

In der Folge überschlugen sich die Ereignisse. Oskar Lafontaine trat aus der SPD aus und in die WASG ein, verbunden mit der Absicht, zusammen mit Gregor Gysi und der PDS eine gemeinsame Plattform für die vorgezogene Bundestagswahl zu bieten. Ziel war es, in Gesamtdeutschland als „vereinigte Linke“ anzutreten. Eine beachtliche Zahl an SPD-Mitglieder ist dem Schritt Oskar Lafontaines, in die WASG zu wechseln, gefolgt.

Aus wahlrechtlichen Gründen kandidierten dann am Ende KandidatInnen der WASG auf den für sie geöffneten Listen der zu diesem Zweck umbenannten Linkspartei.PDS. Bei der Bundestagswahl errang diese Kombination 8,7% der Stimmen und zog in Fraktionsstärke ins Parlament ein.

Im Nachhall der erfolgreichen Wahl beschlossen die Vorstände der beiden Gruppierungen, die gemeinsame Parteienbildung schneller als geplant voran zu treiben und mit der Zwischenstation eines Kooperationsvertrages wurde am 16. Juni 2007 per Beitritt der WASG zur Linkspartei.PDS (die Zustimmung der Delegierten der parallel tagenden Parteitage lag bei knapp 90%) die Partei „Die Linke“ gegründet.

51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101

Das 5-Parteien-System. Ist die SPD schon angekommen?

Seit klar ist, dass Die Linke kein kurzfristiges Phänomen ist, das man einfach aussitzen und durch Ignorieren marginalisieren kann, sondern dass sich die Linkspartei im politischen System bislang erfolgreich etabliert hat, ist der Umgang mit ihr bestenfalls verunsichert zu nennen. Statt einer Auseinandersetzung mit der Linkspartei als politischem Faktor auf allen Ebenen wird sie von den etablierten demokratischen Parteien, allen voran der SPD, entweder ignoriert oder dämonisiert. Von Vorwürfen der Politikunfähigkeit über Verweise auf die SED-Vergangenheit bis zur ständigen Beschwerde, man würde aus populistischen Gründen das Blaue vom Himmel herab versprechen, wird die Partei medienwirksam eigentlich permanent mit herablassenden Kommentaren bedacht.

Die notwendigen Schlussfolgerungen aus der sich ergebenden Arithmetik in den Parlamenten, vor allem jenseits des bürgerlichen Lagers, scheinen sich nicht durchzusetzen.

Dass die alten Koalitionsoptionen höchstwahrscheinlich nicht mehr tragen werden, ist eine gerne im Munde geführte Binsenweisheit, aber das Verhalten im Umgang oder die Denkmuster im Bezug auf politische Konstellationen zur Regierungsbildung werden, wie mit Scheuklappen, nicht in Betracht gezogen und in der Debatte auch nicht zugelassen.

„Dauerwahlkampf“ SPD vs. Die Linke

Gerade Amts- und MandatsträgerInnen der SPD fühlen sich in hohem Maße und in geringem zeitlichem Abstand dazu bemüßigt (und werden auch öffentlich dazu gedrängt), sich möglichst unzweideutig zur Linkspartei und deren Untauglichkeit als Partei zu äußern. Die Sprache, die man verwendet, wie auch die Heftigkeit des Umgangs, erlebt man sonst nur in zugespitzten Wahlkampfzeiten. Sicher auch, weil den KontrahentInnen medial ständig eine Arena bereitet wird.

Die Zahl der Talkshows und Artikel, in denen SozialdemokratInnen, „Konvertiten“ bzw. Mitglieder der Linke genüsslich aufeinander los gelassen werden, sind inzwischen nicht mehr zählbar.

Jedoch das Klima der permanenten Konfrontation und die damit einhergehenden Verletzungen auf beiden Seiten führen trotz der teilweise vorhandenen Bemühungen der Annäherung natürlicherweise zu sehr verhärteten Fronten. Perspektivisch ist das schädlich für sozialdemokratische Machtoptionen und ganz im Sinne der Konservativen.

Mindestens ebenso schädlich ist der Tatbestand, dass man an die Linke einen anderen Maßstab anlegt als an die übrigen Parteien. Kataloge aufstellen, in denen man einer anderen Partei auflistet, was alles zu tun ist, bis sie in den eigenen Augen als Partei akzeptabel ist, verbietet sich schon aus Gründen des guten Geschmacks. Wenn - wie dieser Tage von Seiten der FPD - ein Anforderungskatalog an die SPD gestellt wird, um überhaupt koalitionsfähig zu sein, entlockt uns das aus gutem Grund nur ein müdes Lächeln. Wenn wir hingegen die hohen Ansprüche an eine Koalition mit der Union stellen würden, wie sie von uns für ein Zusammengehen mit der Linken gestellt werden, müssten wir die Große Koalition augenblicklich

102 verlassen. Duldet doch die CDU FunktionärInnen in ihren Reihen, die nachweislich
103 bei NPD-Aufmärschen in den Reihen stramm mitmarschieren. In den neuen Ländern
104 weisen sie sogar prominente Parteigranden auf, die in Rechtsaußen-Blättern ihrer
105 national gesinnten Ideologie frönen. Ganz zu schweigen von der in der CDU nicht
106 erfolgten kritischen Auseinandersetzung beim Einverleibungsprozess der Mitglieder
107 und Vermögensgegenständen der ehemaligen Blockparteien. Wer hier also die
108 lupenreineren DemokratInnen sind, lässt sich nicht aufrechnen.

109
110 Wenn wir unsere eigene Forderung, die Linke zu behandeln wie jede andere
111 demokratische Partei, ernst nehmen, dann muss man sich von der Aufstellung
112 solcher to-do-Listen ein für allemal verabschieden.

113
114 Wenig förderlich für die kritische und ernsthafte Auseinandersetzung ist sicherlich
115 auch der Personenstreit, der an der Person Lafontaine heraufgezogen wird. So
116 begründet manche Emotionen innerhalb der SPD auch sein mögen, von persönlicher
117 Enttäuschung über Wut auf Seiten der Linken bis hin zur Erleichterung, einen Feind
118 weniger innerhalb der Partei zu haben und ihn jetzt sozusagen von außen
119 attackieren zu können, dürfen diese persönlichen Animositäten nicht dazu führen,
120 dass machtpolitische Chancen vergeben werden und strategische Offenheit nicht
121 zuletzt an der Personenfrage scheitert.

122
123 **Hessen und die „neue politische Landkarte“**

124
125 Das Wahlergebnis der Landtagswahl in Hessen und die darauf folgenden Vorgänge
126 sind uns allen noch gut in Erinnerung.

127 Zu den taktischen und internen Fehlern im konzertierten (oder eher nicht) Vorgehen,
128 der Kommunikation intern und mit den diesbezüglich aufgetretenen Problemen und
129 Fragen sowie zu den Querschüssen aus anderen Landesverbänden und Teilen der
130 Partei ist alles Nötige gesagt.

131
132 Dass der hessische Landesverband dennoch die Kraft und den Mut findet, unter den
133 veränderten Bedingungen und nach der mehr als eindeutigen Absage der
134 potenziellen Beteiligten anderer Konstellationen, nun doch noch einmal einen Anlauf
135 zu nehmen diesen ersten rot-roten Versuch in Westdeutschland zu wagen, nötigt
136 Respekt ab.

137
138 Der Verband hat schon vorher festgestellt, dass wir es nur für richtig halten, die
139 Linkspartei wie jede andere demokratische Partei zu behandeln und weiter der
140 Gepflogenheit Folge zu leisten ist, dass prinzipiell alle demokratischen Parteien
141 untereinander koalitionsfähig sein müssen.

142
143 Die Linke ist für uns zuerst ganz normale Gegnerin und Konkurrentin in der
144 Auseinandersetzung um WählerInnenstimmen und Mehrheiten – nicht mehr und
145 nicht weniger.

146
147 Alles Weitere ist dann Sache von Koalitionsverhandlungen. Hier sind unsere
148 Wahlprogramme die maßgeblichen Koalitionsprüfsteine. **Für uns gilt es, ein**
149 **Maximum an sozialdemokratischer Politik durchzusetzen – nach diesem**
150 **Kriterium wählen wir KoalitionspartnerInnen aus.** Das muss die zentrale Lehre
151 aus den hessischen Vorgängen sein.

152

153 Weiter muss man zur Kenntnis nehmen, was auch schon an verschiedenen Stellen
154 in den Medien dargestellt wurde: die Mehrheiten in den Ländern sehen so aus, dass,
155 würde die SPD anfangen, die Linke als möglichen Bündnispartner zu betrachten und
156 zu begreifen, sie in einigen Ländern den Regierungschef stellen könnte.

- 157 - Berlin: bereits von rot-rot regiert
- 158 - Brandenburg: SPD 31,9% + PDS, 28%, könnte die Große Koalition ablösen
- 159 - Hessen: voraussichtlich wird es hier auch zu rot-rot kommen
- 160 - Mecklenburg-Vorpommern: SPD könnte rot-rot mit 1 Sitz Mehrheit anführen
- 161 - Sachsen-Anhalt: rot-rot unter Führung der PDS ist möglich

162
163 Das wäre ein massiver politischer Landgewinn für die SPD und die
164 ArbeiterInnenbewegung insgesamt. Spätestens wenn man die Option rot-rot-grün mit
165 in Betracht zieht – und drei-Parteien-Konstellationen gehören mit zur politischen
166 Realität der Zukunft – hätte man eine ähnliche Situation wie nach Übernahme der
167 Bundesregierung 1998: die politische Landkarte und fast alle Verfassungsorgane
168 wären rot eingefärbt. Daraus ergäben sich auch bundespolitische Chancen, auch mit
169 Blick auf mögliche Koalitionsoptionen nach der Bundestagswahl 2009. Inhaltliche
170 Glaubwürdigkeit und eine bessere Politik für die Menschen durch strategischen
171 Kurzblick und reflexartige Abwehrhaltungen so aufs Spiel zu setzen, ist fast nur noch
172 verantwortungslos auch gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern zu nennen.

173
174 Die zentrale Lehre, die die hessische SPD gezogen hat, der inhaltlichen
175 Glaubwürdigkeit den Vorzug vor der Glaubwürdigkeit in Bezug auf
176 Koalitionskonstellationen zu geben, ist genau richtig, wenn auch besser eine
177 Festlegung auf eine Koalition bzw. der Ausschluss derselben unterlassen worden
178 wäre.

179
180 In den konservativen Kreisen der SPD wird von uns kritisch begleitete Politik gerne
181 so argumentiert, dass es dabei um Machtoptionen geht, um dem Vorwurf entgegen
182 zu treten, sie seien in ihrem politischen Handeln ideologisch geleitet. Wenn es
183 wirklich vor allem um Machtoptionen geht, muss man rot-rot ernsthaft ins Auge
184 fassen.

185 186 **Keine Angst vor der Linke**

187
188 Die Partei Die Linke bietet zur Programmatik der Jusos große Schnittmengen.
189 Wichtig zu sehen ist, dass unser analytischer Ansatz für gesellschaftliche Probleme
190 sehr ähnlich ist. Wir erkennen die große Konfliktlinie in der Gesellschaft zwischen
191 Kapital und Arbeit und leiten andere gesellschaftliche und Verteilungskonflikte davon
192 ab.

193 Gleichberechtigung als Querschnittsthema, Demokratisierung und ein starkes
194 Bündnis mit den Gewerkschaften bilden bei ihnen wie bei uns zentrale Pfeiler
195 unseres politischen Denkens.

196 Die Linke sieht sich in der Tradition der ArbeiterInnenbewegung und bekennt sich
197 zum Demokratischen Sozialismus sowie zum Internationalismus. Die Identitäten sind
198 sich folglich sehr ähnlich.

199
200 Auch wenn die Linke nicht die Tradition der SPD als ArbeiterInnenpartei aufweisen
201 kann, so wird anhand dieser gemeinsamen inhaltlichen Grundpfeiler deutlich, dass
202 durch die Gründung der Partei Die Linke eine künstliche Spaltung der
203 ArbeiterInnenbewegung entstanden ist, die verstärkt durch eine Absage an

204 Koalitionen und Bündnisse zur Schwächung von ArbeiternehmerInneninteressen
205 beiträgt.

206

207 **Was an der Linke problematisch ist**

208

209 Bei aller Ähnlichkeit und bei allen Schnittmengen muss man nichts desto trotz klar
210 benennen, wo wir die Probleme mit der Linke sehen, wo also aus unserer Sicht
211 Schwierigkeiten bei einer potenziellen Zusammenarbeit entstehen könnten. Dies
212 beweist, dass wir nicht traamtänzerisch oder romantisierend mit der Linken
213 umgehen.

214

215 **1. Alleinvertretungsanspruch**

216 Die Linke tritt mit dem Gestus der alleinigen und einzigen linken politischen
217 Kraft auf. Diese Position können wir als Jusos selbstverständlich nicht
218 akzeptieren. Trotz aller auch massivster Kritik an der Regierungspolitik unter
219 Gerhard Schröder und der generellen kritischen Begleitung von
220 Regierungshandeln durch unseren Verband steht doch eines
221 unmissverständlich fest: Wir sind als Jusos Teil der großen linken Volkspartei,
222 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wir sind und bleiben linker
223 Richtungsverband. Für uns ist klar, dass wir die SPD brauchen um
224 progressive Politikansätze umzusetzen.

225

226 **2. Es ist nicht alles links, was glänzt.**

227 Die Linke ist der Ansicht, sie sei so eine Art Gralshüterin des linken
228 politischen Gedankens und all ihr Handeln und Tun ist ergo per Definition
229 links.

230 Wir müssen jedoch immer wieder feststellen, dass Vorschläge aus den Reihen
231 der Linken eher als rückschrittlich zu verstehen sind. Wir haben gerade am
232 Beispiel des bedingungslosen Grundeinkommens als Verband noch einmal
233 verschiedene Punkte diskutiert, mit denen wir ein solches Vorhaben eher als
234 eine Kapitulation vor den sog. ArbeitgeberInnen sehen und sie aus der
235 Verpflichtung, Arbeitsplätze bis zur Vollbeschäftigung zur Verfügung zu
236 stellen, entlassen. Zudem entspricht ein BGE nicht unserem
237 emanzipatorischen Arbeitsbegriff, den wir in Guter Arbeit umgesetzt sehen
238 wollen. Man muss konstatieren, dass Die Linke das Marxsche „Reich der
239 Freiheit“ unbegrenzt ausdehnen will – ohne aber das „Reich der
240 Notwendigkeit“ der gesellschaftlichen Arbeit zu berücksichtigen. Ein sicherlich
241 verlockendes Versprechen – doch wir halten es eher mit Marx und verweisen
242 diese Bestrebung ins Reich des Unmöglichen.

243 Auch muss man zur Kenntnis nehmen, dass der Vorsitzende Lafontaine in der
244 Vergangenheit in rechtspolitischen Fragen (Beispiel Folter) teilweise sehr weit
245 rechts anzusiedelnde Positionen eingenommen hat. Sicher sehen auch wir es
246 so, dass nicht jedes Mitglied einer Partei in Haftung genommen werden kann
247 für die Äußerungen eines Parteivorsitzenden, unwidersprochen aus den
248 Reihen der eigenen Partei blieben diese Äußerungen nichts desto trotz.

249

250 **3. Steuergerechtigkeit**

251 Wir stehen für ein progressives Steuersystem ein. Sonderbehandlungen für
252 Kapitaleinkünfte sind uns zuwider. Starke Schultern sollen mehr tragen als
253 Schwache. Wir wollen die anhaltenden regressiven Verteilungswirkungen im
254 Steuersystem umkehren. Das alles eint uns. Betrachtet man die Beschlüsse

255 und Äußerungen der Linken zu diesem Thema, muss man mit einigem
256 Erstaunen aber feststellen, das man lediglich den Spitzensteuersatz
257 beachtlich steigern möchte. Man müsste aber besser wissen, dass bei einer
258 alleinigen Erhöhung des Spitzensteuersatzes, der Durchschnittssteuersatz
259 gerade auch für mittlere Einkommen überdurchschnittlich schnell steigt und
260 deren Nettoeinkommen empfindlich sinken würde. Es ist unerlässlich, den
261 Progressionsrahmen im Steuersystem wieder zu erweitern. Der
262 Spitzensteuersatz muss später greifen – aber auf höherem Niveau.
263

264 4. Friedenspolitik der Linkspartei

265 Wir sind ein antimilitaristischer Verband. Militärische Interventionen sind für
266 uns das Anzeichen einer gescheiterten Politik, und nicht deren Fortsetzung
267 mit anderen Mitteln. Insoweit stimmen wir womöglich noch mit den Positionen
268 der Links-Partei überein. Jedoch haben wir erkannt, dass es auch in unserer
269 modernen Zeit zu Ausnahmesituationen kommen kann, in denen politisches
270 Agieren nicht mehr möglich ist, in denen es beispielsweise zu Genoziden
271 kommt und die Bevölkerung vorübergehend durch militärische Interventionen
272 geschützt werden muss, wofür allerdings ein Mandat der Vereinten Nationen
273 unerlässlich ist. Die Linkspartei verfolgt zurzeit eine außenpolitische Position,
274 bei der diese militärischen Interventionen mit UN-Mandat nicht mehr möglich
275 sind.

276 Eng an die Frage nach Strategien der internationalen Krisenintervention ist die
277 Frage nach der Notwendigkeit von Armeen geknüpft.

278 Wir wollen so wenige Armeen wie möglich. Deswegen setzen wir uns für eine
279 Europäische Armee bei Verzicht auf die nationalen Armeen ein. Hier muss der
280 Anknüpfungspunkt sein – nicht der ad hoc Ausstieg aus der NATO bringt uns
281 auf diesem Weg weiter, sondern führt in Isolation. Es ist aber keine
282 grundsätzliche Differenz bei dem Thema festzustellen – sondern lediglich eine
283 unterschiedliche Herangehensweise – also eine taktische Frage, wie wir das
284 gemeinsame Ziel erreichen.
285

286 Die Rolle der Jusos

287
288 Die Jusos müssen, wie wir es auf einem Landesausschuss in Koblenz im Jahr 2004
289 besprochen haben, die Funktion als Bindeglied zwischen der SPD und der Linke
290 wahrnehmen. Nur dadurch, dass wir versuchen, die organisatorische Spaltung der
291 Linken zu überwinden, können wir linke Politik wieder unter dem Dach der SPD zum
292 Erfolg verhelfen.
293

294 Die Gründe dafür, dass wir Jusos hier voran gehen müssen, scheinen auf der Hand
295 zu liegen:
296

- 297 - Wir sind der Teil der SPD, der die größten inhaltlichen Schnittmengen zur
298 Linke aufweist.
- 299 - Oftmals sind handelnde Personen in der Linke Menschen, die man aus früher
300 Zeiten von der Bündnisarbeit her kennt oder die vor dem Übertritt sogar im
301 selben Parteigremium der SPD gesessen haben wie man selbst.
- 302 - Bei Demos oder Protestaktionen, bei der Begleitung von Streiks,
303 antifaschistischen Aktionen oder einfachen Dingen wie
304 Unterschriftensammlungen für einen bestimmten Zweck ist die Linke ein
305 natürlicher Bündnispartner. Es macht nur Sinn, bei solchen Aktivitäten

306 konzertiert vorzugehen. Spätestens bei Themen, die für die KollegInnen bei
307 den Gewerkschaften relevant sind, findet man sich am selben Tisch wieder.
308

309 Wir können glaubwürdig den Gesprächsfaden zwischen der SPD und der Linke
310 aufnehmen und/oder aufrechterhalten und somit unseren Teil zu dem beitragen, das
311 mittel- bis langfristig ohne jeden Zweifel unser Ziel sein muss: das Ende der
312 organisatorischen Spaltung der politischen Linken in Deutschland.
313

314 **Forderung an die SPD**

315

316 Um eine Annäherung zu einer realistischen Perspektive zu machen, die die
317 Grundlage für zukünftige politische Kooperation und Koalition legt, ist die
318 Realisierung der folgenden Punkte notwendig:
319

320 **1. Ende des „Dauerwahlkampfes“**

321 Erst wenn der Umgang miteinander wieder normale Formen annimmt, gibt es
322 die Möglichkeit, die Auseinandersetzungen da stattfinden zu lassen, wo sie
323 angemessen und geboten sind: bei den Inhalten. Nur wenn wir miteinander
324 und nicht mehr vornehmlich übereinander sprechen, wird sich mit der Zeit die
325 Schnittmenge heraus kristallisieren, aus der wir auch zukünftig gemeinsame
326 Regierungspolitik formulieren und umsetzen können.
327

328 **2. Professionalisierung von Politik**

329 Politikerinnen und Politiker verlieren auch dann an Glaubwürdigkeit, wenn sie
330 unprofessionell miteinander umgehen. Das heißt in der Wahrnehmung der
331 Bevölkerung auch, dass keine Schlammschlachten mehr geschlagen werden,
332 sondern die Inhalte im Vordergrund stehen. Persönliche Animositäten haben
333 hier genau so wenig Platz wie unsolidarische Äußerungen gegenüber
334 Genossinnen und Genossen, die den Weg der strategischen Öffnung bereits
335 jetzt aus guten Gründen verfolgen.
336

337 **3. Keine Tabuisierung von Koalitionsoptionen mehr**

338 Die offenkundige Lehre aus der Situation in Hessen nach der Landtagswahl ist
339 eine, die schon unzählige Male breit getreten wurde: man darf KEINE
340 Koalitionsoption ausschließen! Die in der öffentlichen Wahrnehmung als
341 Festlegung des Kanzlerkandidaten Steinmeier wahrgenommenen Äußerungen
342 zur Ampel sind hierbei wenig hilfreich. Wenn nicht sehr bald angefangen wird,
343 diese mediale Zuspitzung zu Recht zu rücken, sind wir genau auf dem Weg,
344 den wir dachten, nach Hessen verlassen zu haben.

345 Der von Kurt Beck wieder eingeführte Weg, den Ländern bei ihrer
346 Koalitionswahl freie Hand zu lassen, muss weiter beschritten werden. Nicht
347 nur der Unabhängigkeit der Länder wegen, sondern auch um
348 Koalitionsoptionen zu den bisher praktizierten zu testen.

349 In Berlin haben letztendlich machtpolitische Argumente auch den
350 konservativsten SPDler überzeugt, die Koalition mit der damaligen PDS heute
351 Linkspartei einzugehen. Die Zusammenarbeit hat soweit überzeugt, dass man
352 2006 eine rot-rote Koalition der möglichen Koalition mit den Grünen vorzog.
353 Wenn man ernsthaft SPD-Politik durchsetzen will, kann nur eine
354 Zusammenarbeit mit den BündnispartnerInnen, mit den größten
355 Schnittmengen, die Alternative sein.
356

357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377

4. Wahrung der inhaltlichen Glaubwürdigkeit

Wenn die SPD ihr Alleinstellungsmerkmal als linke Volkspartei sichern und ihre inhaltliche Glaubwürdigkeit wahren will, dann bleibt ihr kein anderer als der oben beschriebene Weg möglich. Die bisherige Strategie, die Linken durch Ignorieren oder Ausgrenzen klein zu halten, ist gescheitert. Nun geht es darum, zum einen im bestehenden Fünf-Parteiensystem möglichst viele sozialdemokratische Inhalte durch Regierungsbeteiligung durchzusetzen und zum anderen langfristig Positionierungen anzubieten, die im Parlament wieder ein Bild entstehen lassen, wie es einst Herbert Wehner vorschwebte: dass links von der SPD im Parlament nur die Wand sein darf!

5. Den sogenannten „Linksruck“ als Weg zurück zur „sozialdemokratischen Mitte“ begreifen

Die Reaktionen der SPD-Parteibasis auf die Basta- und Agendapolitik der vergangenen Schröder-Ära müssen ernst genommen werden. Die SPD darf keine Angst mehr vor Positionen haben, die öffentlich und von gegnerischen Parteien als „links“ bezeichnet werden. Um zurück zu ihren traditionellen Wurzeln zu finden, muss die SPD gerade in der Führungsspitze offen für einen Weg nach links werden und diesen entschlossen gehen. Hierzu gehört auch die kritische Aufarbeitung der Auswirkungen der Regierungsarbeit unter Kanzler Schröder.

1
2
3 **AdressatInnen:** SPD-LTF, kommunale SPD-Fraktionen
4

5 **DemokratInnen wehrt euch! Keine Rechtsextreme in**
6 **rheinland-pfälzischen kommunalen Parlamenten!**
7

8 Wir Jusos RLP fordern die MandatsträgerInnen und KandidatInnen der/für
9 kommunalen Parlamente- insbesondere der SPD- dazu auf sich mit rechtsextremen
10 KandidatInnen für oder MandatsträgerInnen in Räten auseinanderzusetzen. Dabei gibt
11 es keinen Königsweg. Zumindest aber muss es vor Ort eine Fraktions- bzw.
12 parteiinterne Auseinandersetzung darüber geben, wie mit den Rechten im Einzelfall
13 umzugehen ist. Wir Jusos RLP bieten eine erprobte Informationsveranstaltung
14 unsererseits an oder können Experten vermitteln. Ziel muss es sein, dass nach den
15 Kommunalwahlen 2009 in RLP keine Rechtsextremen in kommunalen Parlamenten
16 sitzen und auch langfristig eine wirksame Arbeit gg. Rechts vor Ort stattfindet.
17

18 **Rechtsextreme in den Stadträten von Ludwigshafen und Pirmasens**

19 In Pirmasens konnten die „Republikaner“ bei der Kommunalwahl 2004 erstmalig in
20 den Stadtrat einziehen. Mit einem Stimmenanteil von 10,2% und fünf Mandaten
21 gelang ihnen ein unerwarteter „Erfolg“. In Ludwigshafen ging die Wahlbeteiligung bei
22 der Kommunalwahl 2004 um rund fünf Prozentpunkte zurück, dagegen stieg der
23 Stimmenanteil für die „Republikaner“ um dreieinhalb Punkte auf 8,8 %, der ihnen
24 zwei zusätzliche Sitze und damit insgesamt fünf Mandate im Stadtrat einbrachte.
25 Seitdem sitzen in den Stadträten von Ludwigshafen und Pirmasens Rechtsextreme
26 Räte. Deren Einzug war zu einem Teil auch auf die geringe Wahlbeteiligung
27 zurückzuführen und damit auf ein Versagen der demokratischen Parteienlandschaft
28 insgesamt.

29 Die Erfahrungen mit den Rechten in den Parlamenten sind vielfältig. Meißens führen
30 nur einige wenige MeinungsführerInnen das Wort und starten offensive Werbeaktion
31 auf der Straße und in die Haushalte. Alleine die Anwesenheit der Rechten empfinden
32 jedoch viele demokratische Parlamentarier als unerträglich und tägliche Ohrfeige.
33

34 **Dem Wahlkampf der Rechtsextremen wirksame Instrumente entgegensetzen**

35 Rechtsextreme treten im Wahlkampf- wenn sie es tun- mit hohem Geldeinsatz auf.
36 Sie beauftragen gelegentlich sogar Firmen Plakate aufzuhängen. Außerdem
37 investieren sie massiv in Flyer und weitere Materialien. Ihnen massiv mit eigenen
38 Werbemitteln zu antworten birgt die Gefahr des Großredens in sich.
39 Vielversprechender ist dagegen ein sozialdemokratischer Wahlkampf im Sinne einer
40 direkten Vertrauensarbeit vor Ort- mittels der direkten Ansprache. Dazu zählen die
41 üblichen Mittel: Hausbesuche, Telefonaktionen, Ortsvereins-Zeitungen, kleinräumige
42 Veranstaltungen, Postwurfsendungen, Kleinanzeigen usw. Hier ist Kreativität gefragt
43 bei den genannten Mittel das Thema aufzugreifen und zu integrieren.
44

45 **Wir Jusos RLP bieten an beratend oder unterstützend tätig zu werden! Wir**
46 **wollen keine Rechtsextreme in kommunalen Parlamenten!**

1
2
3 **StellvertreterInnen im Bildungsausschuss**
4

5 **a) Ändere** § 5 Der Landesvorstand Punkt 5 wie folgt:
6

7 „Der Landesvorstand bestimmt auf seiner konstituierenden Sitzung drei Personen
8 und deren StellvertreterInnen, die als VertreterInnen des Landesvorstandes in den
9 Bildungsausschuss, sowie drei Personen und deren StellvertreterInnen die in den
10 Innovationsfondausschuss entsandt werden.“
11

12 **b) Ändere** § 6 Der Landesauschuss wie folgt:
13

14 Abschnitt f: „Entsendung dreier Personen und deren StellvertreterInnen in den
15 Innovationsfondausschuss.“
16

17 Abschnitt h: „Entsendung dreier Personen und deren StellvertreterInnen in den
18 Bildungsausschuss“
19

20 **c) Ändere** § 7 Weitere Gremien wie folgt:
21

22 Punkt 2 Der Innovationsfondausschuss: „Der **Innovationsfondausschuss** setzt sich
23 wie folgt zusammen: Drei VertreterInnen und deren StellvertreterInnen, gewählt
24 durch den Landesauschuss, drei VertreterInnen und deren StellvertreterInnen
25 gewählt durch den Landesvorstand und die/ der LandesgeschäftsführerIn
26 (beratend).“
27

28 Punkt 3 Der Bildungsausschuss: „Der **Bildungsausschuss** setzt sich wie folgt
29 zusammen: Drei VertreterInnen und deren StellvertreterInnen, gewählt durch den
30 Landesauschuss, drei VertreterInnen und deren StellvertreterInnen gewählt durch
31 den Landesvorstand und die/ der LandesgeschäftsführerIn (beratend).“

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19

AdressatInnen: SPD-Landesvorstand RLP, Landesregierung

Änderung des § 3 Satz 4 (Antragsrecht)

Die Landeskonferenz möge eine Neufassung des Satzes 4 beschließen:
„Alle Mitglieder der Jusos in RLP haben Rede- und Antragsrecht.“

Begründung:

Aufgrund der zunehmenden organisatorischen Schwierigkeiten, aber auch durch evtl. politische Gründe vor Ort kann es sein, dass Aktive unseres Verbandes keinem Organ zugeordnet werden können. Diese Kompetenzen möchten wir nicht verlieren und auch dieses Engagement ernst nehmen.

Da die Einschränkungen (Antragsfrist, Einladungen etc.) unberührt bleiben, besteht keine Bevorteilung gegenüber Delegierten, zumal nicht jedes Mitglied Abstimmungs- und Wahlrecht hat.

Mittelfristig sollte geprüft werden, ob auch eine offene Mitgliederversammlung als Möglichkeit in die Satzung aufgenommen werden kann.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32

§ 3 Nr. 6 d) der Satzung der Jusos Rheinland-Pfalz wird wie folgt geändert:

„d) Wahl der Delegierten für den Bundeskongress. Die Wahl erfolgt nach den Regelungen für die Wahl der Delegierten in der Wahlordnung der Partei unter Berücksichtigung der für die Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen geltenden Regelungen über die Frauenquote. Die Ausgewogenheit unter den Regionalverbänden soll hierbei Berücksichtigung finden.“

Begründung:

Schon seit Jahren entzünden sich Streitigkeiten innerhalb des Verbandes am Verfahren zur Aufstellung unserer Bundeskongressdelegation.

Unser derzeitiges Verfahren sieht vor, dass anteilig nach den Mitgliederstärken in den Regionalverbänden die Delegiertenmandate auf diese verteilt werden. Diese Quotierung wird nach dem derzeitigen Verfahren nachträglich vorgenommen, sodass es zu einer krassen Verschiebung der Wahlergebnisse kommt.

Die Wahlordnung der SPD sieht für die Wahl der Delegierten einen alphabetisch gereihten Stimmzettel vor, auf dem Delegierte und Ersatzdelegierte zu wählen sind. Nach dem Wahlgang erfolgt die Reihung nach den Stimmergebnissen unter Berücksichtigung der Geschlechterquote.

Nach mehrmaliger Diskussion im Landesausschuss wurde im vergangenen Jahr ein Kompromissvorschlag angewendet, der es den Regionalverbänden ermöglichte, den Delegierten der Landeskonferenz eine Wunschliste der Bewerberinnen und Bewerber zu präsentieren.

Wir möchten mit dieser Satzungsänderung dem Willen der Landeskonferenz mehr Gewicht geben. Wir präsentieren uns als Gesamtverband auf dem Bundeskongress und wollen dies auch in der Wahl deutlich machen.